

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

47/2008 · 17. November 2008



Extremistische Parteien

Richard Stöss

„Extremistische Parteien“: Worin besteht der Erkenntnisgewinn?

Eckhard Jesse

„Extremistische Parteien“: Worin besteht der Erkenntnisgewinn?

Cas Mudde

Radikale Parteien in Europa

Armin Nolzen

Die NSDAP vor und nach 1933

Luke March

Die Kommunistische Partei in der Sowjetunion und in Russland

Jürgen P. Lang

Wandel und Beharrung: SED und PDS

Rachid Ouaisa

Islamistische Parteien

Editorial

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit. Die prominente Nennung in Artikel 21 GG legt die Hürden für Parteiverbote sehr hoch. Zugleich gebietet das Grundgesetz, dass die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muss. Verfassungswidrig sind Parteien, deren Ziele die freiheitliche demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder gar geeignet sind, diese zu beseitigen. Über die Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

In der Politikwissenschaft herrscht keine Einigkeit über die analytische Schärfe des Terminus „Extremismus“ bzw. „extremistische Parteien“. Manche Beobachter nehmen Berührungspunkte (etwa hinsichtlich der Ablehnung demokratischer Verfahren) zum Anlass, Rechts- und Linksextremisten derselben Parteienfamilie zuzuordnen. Aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts lässt sich lernen, dass extremistische Parteien umgehend die Abschaffung der Demokratie in Angriff nehmen, sobald sie an die Macht gelangen. In diesem Sinne am „erfolgreichsten“ waren KPdSU und NSDAP. In den 1950er Jahren wurden die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei und die linksextreme KPD verboten. Ein Verbotsantrag für die NPD scheiterte vor wenigen Jahren.

Der parlamentarische Prozess in der Bundesrepublik und seine Mechanismen der Machtkontrolle sind geeignet, extremistische Parteien zu „domestizieren“ – ein Beleg für die Integrationskraft und die Zukunftsfähigkeit des pluralistischen Systems. Doch Wachsamkeit ist geboten, auch wenn sich Extremisten häufig genug selbst demontieren, sobald sie in Parlamente eingezogen sind. Die Geschichte der bald 60-jährigen Republik legt es indes nahe, extremistischen Parteien mit demokratischem Selbstbewusstsein zu begegnen.

Hans-Georg Golz

Richard Stöss

„Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnis- gewinn? Essay

Im Volksmund hat sich die Redewendung eingebürgert, dass Äpfel nicht mit Birnen verglichen werden dürfen. Diese Behauptung

Richard Stöss

Dr. phil., geb. 1944; Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Ihnestraße 21, 14195 Berlin.
rstoess@zedat.fu-berlin.de

ist unsinnig. Es ist genauso legitim, Äpfel mit Äpfeln zu vergleichen, wie Äpfel mit Birnen. Beide haben nämlich etwas gemeinsam, das den Vergleich ermöglicht: Es handelt sich um Obst, genauer gesagt um Kernobst, das wiederum von Steinobst oder von Beerenobst zu unterscheiden ist. Der Vergleich von verschiedenen Apfelsorten ist genauso berechtigt wie der von verschiedenen Obstarten. Entscheidend ist, welche Einsichten angestrebt werden und welche Erkenntnisse zu erwarten sind.

Entsprechend bestehen auch keine Einwände dagegen, die unterschiedlichsten Parteien – etwa kommunistische, faschistische oder islamistische – miteinander zu vergleichen, denn auch sie haben eines gemeinsam: Es handelt sich um Parteien. Fraglich ist allerdings, ob es sich beim Extremismus um ein systematisch begründbares und nützliches Ordnungsmerkmal für politische Parteien handelt.

Megatypen und Subtypen

Der Begriff „extremistische Partei(en)“ ist in der etablierten Parteienforschung eher ungebrauchlich. Selbstverständlich war und ist die

Forschung bemüht, die Vielfalt der konkreten Erscheinungsformen des Abstraktums Partei nach Typen zu ordnen: „Parteientypologien sind – gedanklich vereinfachte – deskriptive Ordnungsschemata zur Erfassung und Systematisierung der Artenvielfalt von Parteien.“¹ Sie versuchen „die einzelnen Parteien im Vergleich miteinander nach bestimmten einheitlichen Kriterien zu erfassen (...), indem sie jeweils einen besonderen Aspekt bei der Betrachtung der Parteien in den Mittelpunkt stellen und dabei andere, gleichermaßen mögliche Gesichtspunkte mehr oder minder bewusst vernachlässigen, um so eine prägnante Charakterisierung der Parteien zu gewinnen.“² Die Konstruktion von Parteitypen erfolgt also durch die Bestimmung von gemeinsamen Merkmalen, die für eine Gruppe von Parteien *besonders charakteristisch* sind.

Bei „Megatypen“ haben sich zusätzliche Binnendifferenzierungen als notwendig erwiesen. So eint die Familie der rechtsextremistischen Parteien ihre völkisch-nationalistische Zielsetzung. Da dieses ideologisch-politische Spektrum aber immer noch sehr heterogen ist, wird grundsätzlich zwischen einer alten und einer neuen Rechten unterschieden. Piero Ignazi verwendet dafür die Bezeichnungen traditionelle und postindustrielle extremistische Rechte.³ Michael Minkenberg stellt der alten Rechten eine neue radikale Rechte gegenüber,⁴ und Herbert Kitschelt unterscheidet innerhalb der neuen radikalen Rechten zwischen rechtsautoritären und populistisch-antietatistischen Parteien.⁵ Cas Mudde trennte diesbezüglich ursprünglich zwischen ethnozentristischen und nationalistischen Parteien,⁶ unterscheidet neuer-

¹ Elmar Wiesendahl, Parteientypologie, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 1: Politikwissenschaft, hrsg. v. Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, Neuausgabe, München 1989, S. 675.

² Walter Schlangen, Enzyklopädisches Stichwort: Politische Parteien – Geschichte und Theorie, in: ders. (Hrsg.), *Die deutschen Parteien im Überblick*, Königstein 1979, S. 17 f.

³ Vgl. Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford 2003, S. 33 f.

⁴ Vgl. Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA-Frankreich-Deutschland*, Opladen 1998.

⁵ Vgl. Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995, S. 19 ff.

⁶ Vgl. Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester–New York 2000, S. 180 ff.

dings aber zwischen einer konsequent antide-mokratischen extremistischen Rechten und einer nominell demokratischen, aber populistischen radikalen Rechten.¹⁷

Ich habe folgende drei Varianten vorge-schlagen: 1) gemäßigt nationalistisch und fremdenfeindlich, eher systemkonform; 2) nationalistisch und neorassistisch, eher sys-temkritisch; 3) (neo-) faschistisch und (neo-) rassistisch, eher systemfeindlich.¹⁸ Diese „Subtypen“ dienen „der Analyse und Beur-teilung der wirklichen Parteien“,¹⁹ vor allem auch im Ländervergleich und im Vergleich der historischen Epochen. Betrachtet man die kommunistischen Parteien Westeuropas, dann offenbart sich ebenfalls eine enorme Vielfalt von Subtypen, die von orthodoxen bis zu reformkommunistischen Familienmit-gliedern reicht und die zudem durch einen teilweise beträchtlichen Struktur- und Funk-tionswandel gekennzeichnet sind.¹⁰

Typenbildung

Die Bildung von Parteitypen orientiert sich vor allem an den Zielen der Parteien, an ihrer sozialen Basis und an ihrer Binnenstruktur. Hinzu treten oft auch die Stellung zur herr-schenden Ordnung, die Entwicklung und die Größe der Parteien.¹¹

¹⁷ Vgl. ders., *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 11 ff.

¹⁸ Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme West-europas*, Wiesbaden 2006, S. 527.

¹⁹ Manfred Hättich, *Zur Typologie politischer Partei-en*, in: Gilbert Ziebur (Hrsg.), *Beiträge zur all-gemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien*, Darmstadt 1969, S. 376.

¹⁰ Vgl. z. B. Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa*. Bd. 1: Südländer, Opladen 1978; Hans Rühle/Hans-Joachim Vein (Hrsg.), *Sozialistische und kommunistische Partei-en in Westeuropa*. Bd. 2: Nordländer, Opladen 1979.

¹¹ Die Unterscheidung zwischen Kleinparteien, Großparteien und „dritten“ Parteien ist in der For-schung gang und gäbe. Die Kleinparteienforschung hat sich als fester Bestandteil der Parteienforschung eta-bliert. Vgl. z. B. Dirk van den Boom, *Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundes-republik Deutschland*, Opladen 1999; Andreas Schulze, *Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen*, Wiesbaden 2004.

Maurice Duverger unterscheidet grund-sätzlich zwischen der Rahmenpartei (i.e. Honoratiorenpartei), der Massenpartei und der Elitepartei. Unter binnenstrukturellen Ge-sichtspunkten hebt er vier Typen hervor: die Komitee-, die Ortsgruppen-, die Zellen- und die Milizpartei.¹² Für Max Beloff sind fol-gende Typen besonders wichtig: System er-haltende demokratische Wettbewerbspartei-en, revolutionäre, System verändernde Partei-en, als Parteien getarnte Pressure-Groups („Quasiparteien“) und Pseudoparteien („Deckmantel für eng begrenzte Personen-gruppen und Cliques“).¹³ Bei Bodo Zeuner finden sich folgende Typen: Honoratioren-partei, demokratische Massenpartei, kommu-nistische Kaderpartei, faschistische Führer-partei, moderne Mehrzweckpartei.¹⁴ Sig-mund Neumann nennt zwei Haupttypen: die (liberale) Repräsentationspartei (auch: Per-sönlichkeits- und Honoratiorenpartei) und die Integrationspartei, wobei er diese in zwei Untertypen aufteilt: die demokratische Inte-grationspartei und die absolutistische Integra-tionspartei.¹⁵

Otto Kirchheimer übernimmt im Prinzip die Typologie von Neumann, ergänzt sie aber um den Typ der Allerwelts- bzw. Volkspartei: individuelle Repräsentationspartei (auch: Ho-noratiorenpartei); demokratische Integrati-onspartei auf Massengrundbasis (auch: demokrati-sche Massenintegrationspartei), auf Klassen-basis (auch: Klassenpartei) oder auf konfessioneller Basis (auch: Konfessionspartei); prinzipielle Oppositionspartei (auch: tota-litäre Partei); Allerweltspartei (auch: Volks-partei).¹⁶ Richard Katz und Peter Mair füh-ren die Typologie von Kirchheimer fort, indem sie sie um einen weiteren Typ ergän-zen: die Kartellpartei.¹⁷

¹² Vgl. Maurice Duverger, *Die politischen Parteien* (1951), hrsg. u. übers. v. Siegfried Landshut, Tübingen 1959.

¹³ Max Beloff, *Typologie der politischen Parteien*, in: *Außenpolitik*, 10 (1959) 8, S. 485–491.

¹⁴ Vgl. Bodo Zeuner, *Innerparteiliche Demokratie*, Neuauf., Berlin 1970, S. 22 ff.

¹⁵ Vgl. Sigmund Neumann, *Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege*, Berlin 1932, S. 108 ff.

¹⁶ Vgl. Otto Kirchheimer, *Der Wandel des west-europäischen Parteiensystems*, in: *Politische Viertel-jahresschrift*, 6 (1965) 1, S. 20–41.

¹⁷ Vgl. Richard Katz/Peter Mair, *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emer-gence of the Cartel Party*, in: *Party Politics*, 1 (1995) 1,

Besonders gebräuchlich ist die Gruppierung von Parteien nach ihrer ideologisch-programmatischen Ausrichtung. Klaus von Beyme nennt folgende Typen:¹⁸ liberale und radikale Parteien; konservative Parteien; sozialistische und sozialdemokratische Parteien; christdemokratische Parteien; kommunistische Parteien; Bauernparteien; regionale und ethnische Parteien; rechtsextremistische Parteien; ökologische Parteien.¹⁹ Von Beyme²⁰ und darauf aufbauend Peter Lösche²¹ haben dieses Muster zu einem Modell der Entstehung von Parteien verarbeitet, das weitere Spezifika der Parteifamilien verdeutlicht: Liberalismus gegen das alte Regime des Absolutismus und Feudalismus; Konservatismus gegen den politisch sich konstituierenden Liberalismus; Arbeiterparteien gegen das Kapital und das bürgerliche System; Agrarparteien gegen den Industrialismus; regionale Parteien gegen den Zentralismus und konkret gegen die Metropole; christliche Parteien gegen die zunehmende Verweltlichung und gegen die Trennung von Staat und Kirche; kommunistische Parteien gegen den „Sozialdemokratismus“; faschistische Parteien gegen die politische Demokratie; (rechtsextremistische bzw. rechtspopulistische Parteien) gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System (sowie gegen Immigration und Globalisierung); ökologische Parteien gegen die Wachstumsgesellschaft.²²

Auffällig ist, dass auch die Autoren, die System verändernde Parteien, absolutistische Integrationsparteien, prinzipielle Oppositionsparteien oder auch totalitäre Parteien erwähnen, zumeist sogleich zwischen sozialistischen, kommunistischen und faschistischen

unterscheiden und sich kaum mit den gemeinsamen Merkmalen derartiger Parteien befassen.²³

Parteitypen und Systemtypen

In der Parteienforschung besteht Einvernehmen darüber, dass ein Zusammenhang zwischen Parteitypen und Parteiensystemtypen besteht und dass Parteiensystemtypen mit Typen politischer Systeme korrespondieren.

Die Typologie von Joseph LaPalombara und Myron Weiner umfasst beispielsweise Nichtparteiensysteme, kompetitive und nicht-kompetitive Systeme. Kompetitive Systeme werden nach der Machtverteilung (hegemonial – wechselnd) und nach der Gesinnung (ideologisch – pragmatisch) aufgeschlüsselt. Nicht-kompetitive Systeme unterteilen die Autoren in pluralistische, autoritäre und totalitäre Systeme.²⁴ Es besteht also ein qualitativer Unterschied, ob kommunistische oder faschistische Parteien in Wettbewerbsystemen oder in Einparteienstaaten agieren. Bei der NSDAP ist mithin die Phase vor 1933 von der nach 1933 zu unterscheiden, sie hat damals einen Typenwechsel (und übrigens auch einen Strukturwandel) vollzogen. Dasselbe gilt für die KPdSU und die daraus 1990 entstandene Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) oder für die SED und ihre Nachfolgeorganisation PDS. Daher ist es sinnvoll, zwischen Staatsparteien einerseits und prinzipiellen Oppositionsparteien (Kirchheimer) bzw. teiloppositionellen Parteien²⁵ andererseits zu unterscheiden. Nach Manfred Hättich existieren Staatsparteien in totalitären Diktaturen, wo sie als Staatsorgane oder wenigstens doch als Herrschaftsinstrumente fungieren.²⁶ Partei-

S. 18. Parallel dazu findet der Begriff „professionalisierte Wählerpartei“ Verwendung: Angelo Panebianco, *Political Parties: Organization and Power*, Cambridge 1988; Klaus von Beyme, *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000.

¹⁸ Vgl. Klaus von Beyme, *Parteien in westlichen Demokratien*, München 1984, S. 43 ff.

¹⁹ Lucardie nennt noch zwei weitere Typen: anarchis-tische und feministische Parteien. Siehe Paul Lucardie, *Zur Typologie der politischen Parteien*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 63 ff.

²⁰ Vgl. K. v. Beyme (Anm. 18), S. 36 f.; ders. (Anm. 17), S. 70 f.

²¹ Vgl. Peter Lösche, *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*, Stuttgart u. a. 1994², S. 23.

²² Klammerergänzungen durch den Verfasser.

²³ Kirchheimer (Anm. 16, S. 26) beschränkt sich auf den Hinweis, dass die prinzipiellen Oppositionsparteien „die Massen an sich binden, um sie gegen die bestehende Ordnung auszuspielen“.

²⁴ Vgl. Joseph LaPalombara/Myron Weiner, *The Origin and Development of Political Parties*, in: dies. (Hrsg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton 1966, S. 22 ff., S. 33 ff.

²⁵ Vgl. Richard Stöss, *Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie*, in: ders. (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1983, S. 164.

²⁶ Vgl. M. Hättich (Anm. 9), S. 379, S. 386, S. 390.

Extremismus als typologisches Merkmal

analyse ist hier eng mit Herrschaftsanalyse verzahnt. Daher überschreibt Juan J. Linz sein Kapitel über totalitäre Parteien auch mit „Die Partei in einem totalitären System“.¹²⁷ Er befasst sich dort ausführlich mit den strukturellen und funktionalen Gemeinsamkeiten von totalitären Parteien, arbeitet aber auch ideologisch-politische und organisatorische Unterschiede zwischen kommunistischen und faschistischen Parteien heraus.¹²⁸

Die moderne, international vergleichende Parteien(system)forschung beschränkt sich nicht auf kommunistische und faschistische Organisationen, sondern berücksichtigt auch die Parteien in der „Dritten Welt“. Jenseits der in modernen, „westlichen“ Demokratien vorherrschenden Parteitypen eröffnet sich so ein breites Spektrum weiterer Parteitypen in nicht liberal-demokratischen Regimen, die keineswegs durchgängig als totalitär zu bezeichnen sind. Alan Ware listet allein sieben besonders wichtige Regimetyperen in der „non-liberal-democratic world“ auf, die hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können.¹²⁹

Entscheidend ist, dass (wie bei LaPalombara/Weiner oder Linz) zwischen autoritären und totalitären Regimen mit einer einzigen Partei oder mit Mehrparteiensystemen unterschieden wird. Nicht-kompetitive Systeme lassen sich nach Giovanni Sartori wiederum nach Einparteiensstaaten und nach Regimen unterteilen, die durch eine hegemoniale Partei geprägt sind, neben der aber „second class minor parties“ bestehen, wie beispielsweise in der DDR. Die Alleinherrschaft einer Partei könne sich totalitär, autoritär oder pragmatisch (z. B. in Portugal bis 1974) vollziehen. Auch hegemoniale Parteien könnten eher ideologisch (wie beispielsweise die SED) oder eher pragmatisch (wie die Partei der Institutionalisierten Revolution/PRI in Mexiko) ausgerichtet sein.¹³⁰

Da bislang eher der typologischen Differenzierung das Wort geredet wurde, soll nun der Frage nachgegangen werden, ob sich ein Megatyp „extremistische Parteien“ systematisch begründen lässt und als nützlich erweist. Was spricht dafür, extrem rechte, extrem linke und religiös-fundamentalistische Parteien unabhängig von ihrer Größe und Binnenstruktur, unabhängig von ihrer Machtposition und Wettbewerbssituation und unabhängig von ihrer ideologisch-programmatischen und politisch-strategischen Ausrichtung in einer Familie zu vereinen?

Es ist bemerkenswert, dass sich die Vertreter des Extremismuskonzepts dieser Frage nicht stellen. Sie belassen es zumeist mit dem Hinweis, dass die Gemeinsamkeit in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaats besteht. In der kompakten Darstellung des politischen Extremismus von Steffen Kailitz, die sich ausführlich mit politischen Parteien befasst, wird als gemeinsames Anliegen „die Errichtung und Bewahrung einer Diktatur“¹³¹ benannt. Unter Bezugnahme auf Juan J. Linz zeichnet der Verfasser ein Kontinuum von Grundformen politischer Herrschaft, das von Demokratien über autoritäre Diktaturen bis hin zu totalitären Diktaturen reicht. Das typenbildende Merkmal ist also – nicht unzulässig, aber auch nicht sonderlich originell – Herrschaft. Kailitz bleibt – wie die anderen Vertreter des Extremismuskonzepts – die Antwort auf die Frage schuldig, worin der analytische Nutzen eines Parteityps besteht, der NSDAP, SED, PDS bzw. „Die Linke“, NPD etc. in einen Topf wirft, und warum nicht entsprechend der gängigen Typologien der Parteienforschung verfahren wird, zumal Kailitz selbst die rechtsextremistischen und die linksextremistischen Parteien der Bundesrepublik in gesonderten Kapiteln abhandelt.

Die Orientierung auf den Typ „extremistische Parteien“ kann sogar zu unzulässigen Gleichsetzungen führen. Nur ein Beispiel: „Dem Untergang der DDR folgte nicht der Untergang der Staatspartei SED.“¹³² Diese Aussage (Kontinuitätsthese) übersieht den

¹²⁷ Juan J. Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime* (1975), hrsg. v. Raimund Krämer, Berlin 2000, S. 37.

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 60 ff.

¹²⁹ Vgl. Alan Ware, *Political Parties and Party Systems*, Oxford–New York 1996, S. 126.

¹³⁰ Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis*, Bd. 1, Cambridge 1976, S. 273 ff.

¹³¹ Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 16.

¹³² Ebd., S. 72.

qualitativen Unterschied zwischen Staatsparteien in nicht-kompetitiven Systemen und politischen Parteien in Wettbewerbssystemen. Die PDS war zwar juristisch die Nachfolgeorganisation der SED, parteiensoziologisch gesehen fand 1989/90 jedoch ein typologischer (binnenstruktureller und programmatischer) Wandel von der SED zur PDS statt. Dies gilt unabhängig davon, ob man die PDS als demokratische oder als antidemokratische Partei einstuft.

Überhaupt leistet das Extremismuskonzept keinen Beitrag zur Klärung der Frage, ob es sich bei den „Republikanern“ um eine rechts-extremistische oder um eine rechtsradikale,¹³³ ob es sich bei der PDS/„Linken“ um eine linksextremistische oder um eine linksradikale Partei handelt. Wenn Extremismus als ein besonders charakteristisches Merkmal einer Gruppe von Parteien angesehen wird, würde man sich gerade davon handfeste Kriterien für die Unterscheidung von demokratischen und semi-, un- oder antidemokratischen Parteien erwarten. Tatsächlich ist das typenbildende Merkmal aber so weich, dass die Tür für subjektive Werturteile weit offen steht.

Möglicherweise besteht gerade darin der eigentliche Gebrauchswert des Extremismuskonzepts. Jedenfalls macht es aus der Perspektive der Parteienforschung wenig Sinn, Parteien demselben Typ zuzuordnen, die sich in den meisten Merkmalen deutlich voneinander unterscheiden.

¹³³ Radikale Parteien sind zwar an den Rändern des politischen Spektrums angesiedelt, zählen aber noch zum verfassungskonformen Bereich.

Eckhard Jesse

„Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnis- gewinn?

Essay

In den 1970er Jahren lautete ein beliebtes Argument gegen den Totalitarismusbegriff – jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland, nicht in Frankreich, wo Alexander Solschenizyns Enthüllungen einen regelrechten Schock bei Intellektuellen hervorgerufen hatten –, dieser sei ohne (sonderlichen) Erkenntniswert. Nach dem so abrupten wie überraschenden, nahezu weltweiten Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ erlebte der Begriff jedoch eine ungeahnte wissenschaftliche Renaissance.¹ Es sei verkehrt gewesen, die Analogien zwischen rechten und linken Diktaturen herunterzuspielen. Die Totalitarismuskonzeption erfasse die Opferperspektive oder die Rolle des entrechteten Individuums besser als jeder andere Ansatz. Selbst einstige kommunistische Spitzenpolitiker wie Michail Gorbatschow, Boris Jelzin oder Eduard Schewardnadse sprachen ganz unbefangen vom totalitären System des Sowjetkommunismus. Eine Paradoxie: In dem Moment, in dem der Totalitarismus fast völlig von der politischen Bildfläche verschwand, gewannen Totalitarismusansätze

Eckhard Jesse

Dr. phil. habil., geb. 1948; Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft; Professor für „politische Systeme, politische Institutionen“ am Institut für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz. eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de

¹ Vgl. etwa Abbott Gleason, *Totalitarianism. The inner history of the Cold War*, New York–Oxford 1995.

wissenschaftliche Reputation zurück, bei mannigfachen Modifikationen im Einzelnen.

Wenn das Extremismuskonzept nicht in ähnlichem Maße reüssieren konnte, erscheint dies inkonsequent. Denn der Extremismusbegriff stellt eine Anwendung des Totalitarismus- bzw. Autoritarismuskonzepts auf diejenigen Kräfte innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates dar, die diesem offen oder verdeckt den Kampf angesagt haben. Gelangen sie an die Macht, so spricht vieles für den folgenden Sachverhalt: Sie schränken die demokratische Ordnung ein oder beseitigen sie gar.

Dieser Beitrag soll den wissenschaftlichen Wert des Extremismusbegriffs für die Parteienforschung erhellen. Wer Politikwissenschaft (auch) als Demokratiewissenschaft versteht, kommt nicht an der Extremismuskonzeption vorbei, ohne deswegen die Plausibilität anderer Ansätze in Zweifel zu ziehen. Der Vergleich gegensätzlicher – und doch verwandter – Phänomene ist ein anspruchsvolles Unterfangen.

Extremismusforschung

Für die Extremismusforschung ist der Gegensatz zwischen „extremistisch“ und „demokratisch“ fundamentaler Natur. Extremismus stellt die Antithese des demokratischen Verfassungsstaates dar. Der Extremismusbegriff, der eine lange, bis auf Platon und Aristoteles zurückreichende Tradition aufweist,¹ ist damit nicht dem Selbstverständnis der höchst heterogenen und – mehr oder weniger – antidemokratischen Kräfte entnommen. Er zielt auf strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den vielfältigen Formen des Rechts- und des Linksextremismus,² so die Ablehnung oder die Einschränkung tragender Elemente des demokratischen Verfassungsstaates wie Pluralismus, die Bejahung eines Freund-Feind-Denkens, die Akzeptanz eines hohen Maßes an ideologischem Dogmatismus und an gesellschaftlicher Homogenität sowie die Ausrichtung an kruden Verschwörungstheorien.

¹ Vgl. das Grundlagenwerk von Uwe Backes, *Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, Göttingen 2006.

² Auch der Fundamentalismus, dem eine Einheit von Religion und Staat eigen ist, stellt eine Form des Extremismus dar.

Extremismus tritt in vielerlei Varianten auf (mit fließenden Übergängen): So könnte man von einem aktions-, parlaments- und einem diskursorientierten Extremismus sprechen. Zur ersten Rubrik gehören etwa „Autonome“ und Skinheads, auch alle terroristischen Bestrebungen. In die zweite fallen die Parteien, in die dritte intellektuelle Bestrebungen, die mit Begriffen wie „Neue Linke“ oder „Neue Rechte“ höchst unscharf umschrieben sind. Neben harten Formen des Extremismus gibt es zunehmend weiche, also solche, die nur einzelne Elemente des demokratischen Verfassungsstaates in Frage stellen. Die Forschung vermag dabei in Grenzfällen abweichende Ergebnisse zu erzielen. Die Existenz von Grauzonen liegt in der Natur der Sache und kann nicht dem Extremismuskonzept an sich angelastet werden. Unterschiedliche Strömungen in einer Partei – eher extremistische wie eher demokratische – sind ebenso zu berücksichtigen wie Wandlungen.

Die Kritik am Terminus des Extremismus ist weit verbreitet und schillernd.⁴ Er sei ein unwissenschaftlicher, ideologieträchtiger Kampfbegriff, identifiziere unkritisch „Rechte“ und „Linke“, idealisiere die Mitte. Dabei trifft die Behauptung, beide Flügel des politischen Spektrums würden gleichgesetzt, nicht zu. Vereinfacht ausgedrückt: Setzen Rechtsextremisten die „Volksgemeinschaft“ oder die Nation absolut, so Linksextremisten soziale Homogenität. Vergleiche laufen keineswegs auf pauschale Gleichsetzungen hinaus. Es mutet irritierend an, wenn gerade (linke oder rechte) Kritiker des Extremismusbegriffs das Schlagwort vom „Extremismus der Mitte“ ausufernd gebrauchen.⁵ Auf diese Weise wird der Extremismus nicht be-, sondern entgrenzt. Extremismusforschung rechtfertigt entgegen stereotypen Insinuationen keineswegs unkritisch die „herrschende Politik“.

Wer das Extremismuskonzept in Frage stellt, negiert damit die Konzeption der Streit-

⁴ In plumper Form: Christoph Kopke/Lars Rensmann, *Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 45 (2002), S. 1451–1462; siehe dazu Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Die „Extremismus-Formel“*. Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13–29.

⁵ Vgl. etwa Wolf-Dieter Narr, *Vom Extremismus der Mitte*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 34 (1993), S. 106–113.

baren Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik als Reaktion auf die leidvolle Vergangenheit gilt. Extremismus beginnt nicht erst bei der Bejahung oder gar Anwendung von Gewalt. Und: Der demokratische Verfassungsstaat ist vielfältig gefährdet. Jeder Rechtsextremist ist ein Antidemokrat, aber nicht jeder Antidemokrat ein Rechtsextremist, jeder Stalinist ein Linksextremist, doch nicht jeder Linksextremist ein Stalinist.

Extremistische Parteien sind somit solche, die den demokratischen Verfassungsstaat in Zweifel ziehen. Damit verwirft der Verfasser Typologien, die antidemokratische Positionen nur einer politischen Richtung zuschreiben. Ansonsten würde der zentrale Unterschied zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Parteien höchst eigenwillig interpretiert – vorsichtig formuliert. Für den Schutz des demokratischen Verfassungsstaates ist die Frage von entscheidender Relevanz, ob die Parteien ihn bejahen oder ob sie es nicht tun – aus welcher Richtung auch immer. Dieser Frage kann und darf die Forschung nicht ausweichen.

Parteienforschung

Parteien lassen sich vielfältig typologisieren. Der Blick soll an dieser Stelle ausschließlich auf Demokratien gerichtet sein. Die Parteienforschung unterscheidet u. a. nach dem Organisationsgrad („Wählerpartei versus Mitgliederpartei“), nach der Stärke der Partei („Großpartei versus Kleinpartei“) und nach dem politischen Einzugsbereich („Volkspartei versus Interessenpartei“). Eine andere Möglichkeit liegt darin, die Frage nach der Stellung zum demokratischen Verfassungsstaat aufzuwerfen („demokratische Partei versus extremistische Partei“). Diese Typologisierung ähnelt der Giovanni Sartoris („Systemparteien“ versus „Antisystemparteien“).¹⁶

Sigmund Neumann unterschied 1932, am Vorabend der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, in seinem Klassiker neben liberalen Repräsentationsparteien zwischen „demokratischen Integrationsparteien“ (SPD, Zentrum) und „absolutistischen Integrationsparteien“ (NSDAP, KPD). Während die demokratischen Integrationsparteien bei aller Bin-

dung der Wähler an „ihre“ Partei innere Demokratie zuließen, wiesen die absolutistischen Parteien – sie hatten bei beiden Reichstagswahlen 1932 eine „negative Mehrheit“ – eine straffe und hierarchische Organisationsform auf. Scharfsinnig hatte Neumann beobachtet: „Für die absolutistische Integrationspartei ist jede ernstgemeinte und nicht nur taktische Parteien-Koalition unsinnig, sie kennt höchstens ein Parteien-Bündnis, sofern es eine Stärkung der eigenen Machtposition bedeutet. Im Grunde kann sie keinen Kompromiss schließen, kann sie keine gleichberechtigte Mitregierung neben sich dulden, oder sie muss an innerer Kraft verlieren.“¹⁷ Gewiss, heutzutage haben die meisten extremistischen Parteien einen teils taktisch, teils prinzipiell bedingten Wandel erfahren. Die relative Mäßigung bedeutet aber nicht, sie zu ignorieren.

So könnten Parteien, denen eine (teil-)extremistische Position nachgesagt wird, auf ihre Organisation, Ideologie und Strategie hin analysiert werden, um die drei wesentlichen Untersuchungsfelder für Parteien zu nennen. Das Ergebnis: Eine Partei wie „Die Linke“, die nach Meinung des Verfassers eine weiche Spielart des Extremismus verkörpert, steht dem demokratischen Verfassungsstaat deutlich näher als die NPD mit ihrer harten Variante des Extremismus – ungeachtet ähnlicher Feindbilder (Kapitalismus, Globalisierung, USA). Manche Aussage lässt aufhören: Lothar Bisky, neben Oskar Lafontaine Vorsitzender der Partei „Die Linke“, traf im Juni 2007 – auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der „Linkspartei.PDS“, einen Tag vor der Vereinigung mit der WASG – in einer Grundsatzrede die folgende Aussage: „Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“¹⁸ Solche Äußerungen, die Oskar Lafontaine und

¹⁶ Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, New York 1993², S. 132 f.

¹⁷ Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik* (1932), Stuttgart u. a. 1986³, S. 108.

¹⁸ Lothar Bisky, *Wir sind gekommen, um zu bleiben*, in: www.lothar-bisky.de/katartikel_detail.php?v=147 (22. 10. 2008).

Gregor Gysi ähnlich verlauten ließen, sind bei der NPD härter formuliert. Die Vergleiche zeigen somit nicht nur Divergenzen, sondern auch Konvergenzen.

Weitere Analysefelder wären Fragen nach der Gefahr für die demokratische Verfassungsordnung (nicht nur auf die Größenordnung bezogen, sondern auch auf den Einfluss der Eliten und auf die „Mehrheitskultur“), nach den Erfolgsbedingungen (mit Blick auf die Angebots- und die Nachfrageseite, wobei das Abschneiden umso schwächer ausfallen dürfte, je mehr sich die Parteien an diskreditierten historischen Vorbildern orientieren), nach dem extremistischen Intensitätsgrad (dessen Abschwächung hängt stark mit populistischen Elementen der extremistischen Parteien zusammen) und auch nach der Wechselbeziehung: Der Antifaschismus linksextremistischer Parteien hat auf die eigene Anhängerschaft weitaus mobilisierender gewirkt als der Antikommunismus rechtsextremistischer Parteien. Eine gegenseitige Aufschaukelung der beiden Lager ist in der Regel ausgeblieben. Allerdings gibt es Zusammenhänge: So wurzeln die Gewinne des rechtsextremistischen Front National in Frankreich offenkundig u. a. in den Verlusten der Kommunisten (u. a. aufgrund des Autoritarismus in Teilen der Arbeiterschaft);⁹ die Schwäche des parteipolitischen Rechtsextremismus in Deutschland dürfte zumindest teilweise mit der Integrationskraft der Partei „Die Linke“ zusammenhängen.

Die Überwindung der Separierungstendenzen fördert neue Ergebnisse zutage, wie etwa die Studie Tom Thiemes zum parteipolitischen Extremismus in Osteuropa erhellt.¹⁰ Hier vermengen sich herkömmliche Rechts-Links-Unterscheidungen bei den extremistischen Parteien. So gibt es internationalistische Parteien, die positiv auf den „Realsozialis-

mus“ Bezug nehmen, mit rassistisch-ethnozentrischen Elementen ebenso wie nationalistische Parteien, die an rechte Autokratien anknüpfen, mit sozialistisch-anitkapitalistischen Elementen. Diese Durchmischung trägt meistens zur Abschwächung des extremistischen Charakters bei.

Parteiensysteme können nach bestimmten Eigenschaften untersucht werden: mit Blick auf die Fragmentierung, die Asymmetrie, die Volatilität, die Polarisierung und die Legitimität bei der elektoralen Dimension, mit Blick auf die Segmentierung und die Regierungsstabilität bei der gouvernementalen Dimension.¹¹ Zumindest bei den Dimensionen „Polarisierung“, „Legitimität“ und „Segmentierung“ verspricht die Kategorie der extremistischen Parteien einen beträchtlichen Erkenntnisgewinn. Die Polarisierung misst die ideologische Distanz zwischen den Parteien, z. B. durch die Abstände zwischen dem linken und dem rechten Pol. Auch bei der Legitimität kommen die extremistischen Parteien ins Spiel: Je mehr Stimmen die Wähler diesen geben, umso stärker gebricht es dem Parteiensystem an Legitimation. Der Legitimitätsentzug bedingt oft eine sinkende Wahlbeteiligung. Insgesamt ist die Stärke der extremistischen Parteien ein wesentliches Indiz für den Konsolidierungsstand des jeweiligen demokratischen politischen Systems.¹² Schließlich ist mit Segmentierung der Anteil der politisch nicht möglichen Koalitionen gemeint. Dabei muss keineswegs jede Form einer „unmöglichen“ Koalition auf extremistischen Grundzügen eines Partners basieren. Die mangelnde Koalitionsfähigkeit von Union und Grünen auf Bundesebene hat andere Gründe als die strikte Ablehnung der SPD, sich auf ein Bündnis mit der PDS bzw. der Partei „Die Linke“ einzulassen. Allerdings gerät die SPD in Argumentationsnot, wenn sie in den Bundesländern zum Teil anders handelt.

⁹ Vgl. die klassische Abhandlung von Seymour M. Lipset, *Democracy and Working-Class Authoritarianism*, in: *American Sociological Review*, 24 (1959), S. 482–501; s. dazu: Daniel Scheuregger/Tim Spier, *Working-Class Authoritarianism und die Wahl rechtspopulistischer Parteien. Eine empirische Untersuchung für fünf westeuropäische Staaten*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 59 (2007), S. 59–80.

¹⁰ Vgl. Tom Thieme, *Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen*, Baden-Baden 2007.

¹¹ Vgl. Oskar Niedermayer, *Parteiensystem*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich*, Opladen 2003, S. 261–288; ders., *Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 114–135.

¹² Vgl. Juan J. Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore-London 1996, S. 6; Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 143–169.

Schlussfolgerungen

Die Frage nach der Existenz extremistischer Parteien vermittelt aufschlussreiche Erkenntnisse über die Gefährdungen des demokratischen Verfassungsstaates, über die Erfolgsbedingungen, den extremistischen Intensitätsgrad, die möglichen Wechselwirkungen sowie über die Parteisystemeigenschaften „Polarisierung“, „Legitimität“ und „Segmentierung“. Parteien, deren Positionen zumindest in einem Spannungsverhältnis zu demokratischen Prinzipien stehen, sollten nicht als Rand- oder Flügelparteien firmieren; diese Etikettierungen sind formaler Natur und lassen keine Rückschlüsse auf die Haltung zum demokratischen Verfassungsstaat zu.¹³ Analoges gilt für die Wahrnehmung durch die „Mehrheitskultur“. Ob diese eine Partei als extremistisch apostrophiert, sagt nur bedingt etwas über die tatsächliche politische Position aus.

Der verbreitete Eindruck, ein normativer Ansatz stünde einem empirisch-analytischen Ansatz gegenüber, ist so nicht triftig. Gero Neugebauer und Richard Stöss warnen in ihrer instruktiven Studie über die PDS davor, den Begriff der Partei „mit einem normativen Demokratiegebot (zu) überfrachten“.¹⁴ Bei der Analyse des parteipolitischen Rechtsextremismus dagegen bekennt sich Stöss durchaus zu einem normativen Gebot, nämlich dem des Antifaschismus – „als politische Norm und als pädagogisches Ziel“.¹⁵ Tatsächlich – und das ist der Kern der Kontroverse – liegt der einen Auffassung ein antiextremistischer Ansatz zugrunde, der anderen ein antifaschistischer. Dies ist eine wesentliche Ursache für die Vielzahl der vergleichenden Studien zu rechtsextremistischen Parteien und zu rechtsextremistischem Einstellungspotential (auch und gerade mit Blick auf das Gefährdungspotential von Demokratien). Derartige Vergleiche sind ebenso legitim wie Vergleiche zwischen linksextremistischen Parteien und Vergleiche zwischen extremisti-

¹³ Missverständlich ist die Bezeichnung „extreme Rechte“, wenn damit keine rechtsextremistische Position verbunden ist. Vgl. Kai Arzheimer, Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002, Wiesbaden 2008, S. 38 f.

¹⁴ Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996, S. 13.

¹⁵ So Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 244.

schen Parteien in toto, ebenso zwischen extremistischen und demokratischen. Für den parteipolitischen Linksextremismus in seinen verschiedenen Schattierungen ist das Interesse nicht sonderlich groß. Und erst recht wird der übergreifende Vergleich vernachlässigt, nahezu tabuisiert – nicht aus wissenschaftlichen, sondern vornehmlich aus politischen Erwägungen. Dabei sind solche Vergleiche überaus reizvoll, selbst durch ihre Unterschiede.

So wird die Partei „Die Linke“ nicht müde, Antifaschismus zu propagieren. Darauf geradezu fixiert, will sie eine „antifaschistische Klausel“ im Grundgesetz und in den Verfassungen der Bundesländer verankern. Dabei agiert sie mit ihrem antifaschistischen Impetus nicht nur gegen tatsächlichen Rechtsextremismus, sondern agitiert auch gegen „neoliberale“ Strömungen.¹⁶ Der Politikstil der NPD hingegen ist nicht durch Antikommunismus gekennzeichnet, sondern durch „Übernahme linksextremistischer Agitation und Rhetorik“.¹⁷ Mit ihrem aggressiven Antikapitalismus und Antiimperialismus übertreffen die Claqueure der NPD die „Linke“ bei weitem, zielen sie doch vor allem auf die Wählerschaft im Osten. Die Partei greift linksextreme Slogans („Feinde des Volkes“) und spezifische linke Symbole (wie „Palästinensertücher“) provokativ auf. In dem einen Fall ist das Verhältnis von striktester Abgrenzung geprägt, in dem anderen von taktischer Annäherung.

Forschung ist nur dann Forschung, wenn sie ergebnisoffen bleibt. Eine extremismustheoretische Vergleichsuntersuchung von Parteien kann also durchaus zum Resultat fehlender Schnittmengen führen. Gleichwohl: Wir erfahren durch Vergleiche mehr über politische Parteien, die den ideologischen Antipoden zwar bekämpfen, ihm jedoch strukturell in mancher Hinsicht ähneln. Die Stärke extremistischer demokratischer Parteien signalisiert Integrationsdefizite der etablierten Parteien. Insofern ist der parteipolitische Extremismus eine Herausforderung für den demokratischen Verfassungsstaat. Er kann damit wider Willen zu seiner Revitalisierung beitragen.

¹⁶ Vg. Tim Peters, Der Antifaschismus der PDS aus antikapitalistischer Sicht, Wiesbaden 2006.

¹⁷ So Rudolf von Hüllen, Das Rechtsextreme Bündnis: Aktionsformen und Inhalte, Sankt Augustin–Bonn 2008, S. 37.

Radikale Parteien in Europa

Ein Überblick über radikale Parteien in Europa zu geben, ist aus verschiedenen Gründen problematisch.¹ Zum einen steht die Forschung vor terminologischen Schwierigkeiten: Was ist unter „politischem Radikalismus“ zu verstehen? Und in welcher Beziehung steht er zu „politischem Extremismus“ einerseits und zur „(liberalen) Demokratie“ andererseits? Erschwerend wirkt zum anderen der Mangel an umfassenden und vergleichbaren empirischen Daten: Während

rechtsradikale Parteien – zumindest in einigen europäischen Ländern wie Frankreich und Deutschland – wissenschaftlich relativ gut erfasst sind, gilt dies längst nicht in demselben Maß für linksradikale Parteien.²

Cas Mudde

M.A., Ph.D., geb. 1967; Associate Professor in Political Science, Department Politieke Wetenschappen, Stadscampus, S.M. 281, Sint Jacobstraat 2, 2000 Antwerpen/Belgien. cas.mudde@ua.ac.be

Daher kann dieser Artikel nicht mehr leisten, als einen knappen Überblick über den Zustand und die Wahlerfolge radikaler Parteien in Europa zu liefern. Zusätzlich zu einem eigenständigen Ansatz bietet er eine kurze Darstellung und eine grobe Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen radikaler Parteien in Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es soll auf Kernideologien, Wahlergebnisse sowie die politische Bedeutung rechts- und linksradikaler Parteien insgesamt eingegangen werden, notwendigerweise unter Vernachlässigung parteispezifischer oder nationaler Besonderheiten.

Extremismus und Radikalismus

Seit 1973 unterscheidet das Bundesamt für Verfassungsschutz in der Bundesrepublik zwischen Extremismus und Radikalismus, und das spiegelt sich auch in der wissenschaftlichen Tradition der Extremismustheorie wider.³ Extremismus ist verfassungswidrig, will er doch die „freiheitlich-demokrati-

sche Grundordnung“ komplett beseitigen, wohingegen Radikalismus „nur“ verfassungsfeindlich ist, wenngleich auch er nach einseitigen, „an die Wurzeln gehenden Lösungen“ sucht, aber die Verfassungsordnung nicht in toto zu beseitigen trachtet.

Trotz ihrer intuitiv hohen Aussagekraft sind diese Definitionen nicht unproblematisch, insbesondere in der vergleichenden Forschung. Zunächst einmal sind sie eng auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ Deutschlands bezogen, weshalb sie sich nur schwer außerhalb dieses konstitutionellen Rahmens anwenden lassen. Des Weiteren ist die Unterscheidung zwischen Extremismus und Radikalismus alles andere als eindeutig und verursacht enorme Abgrenzungsschwierigkeiten in der empirischen Forschung. Wann wird eine „verfassungsfeindliche“ Partei zu einer „verfassungswidrigen“? Zudem grenzt diese Definition Demokratie implizit auf Liberaldemokratie ein, welche zwar recht verbreitet, jedoch nur eine bestimmte Form von Demokratie ist. Die liberale oder konstitutionelle Demokratie ist eine *spezifische* Demokratieform und, wie sich argumentieren ließe, nicht unbedingt die demokratischste.⁴

Ohne die Beantwortung dieser Fragen anzustreben, werde ich einen alternativen Ansatz vorstellen, der uns hoffentlich der Beantwortung ein Stück näher bringt. Wie Uwe Backes und andere definiere ich *Extremismus* als Antithese zur Demokratie, d. h. als *Antidemokratie*. Demokratie wird hier als minimal oder prozedural verstanden. In der bekannten Definition des österreichischen Ökonomen

Übersetzung aus dem Englischen: Jaiken Struck, South Petherton, England/UK.

¹ Dieser Artikel ist die überarbeitete, gekürzte und aktualisierte Fassung von Cas Mudde, *Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit: Extremistische Ideologien im Vergleich*, Göttingen 2006, S. 87–104.

² Vgl. auch Sarah De Lange/Cas Mudde, *Political Extremism in Europe*, in: *European Political Science*, (2005) 4, S. 476–488.

³ Vgl. Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989.

⁴ Eine demokratische Kritik an der liberalen Demokratie findet sich bei Margaret Canovan, *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*, in: *Political Studies*, (1999) 1, S. 2–16.

Joseph Schumpeter ist Demokratie „an institutional arrangement for arriving at political decisions which realizes the common good by making the people itself decide issues through the election of individuals who are to assemble in order to carry out its will“.¹⁵ Kurz gesagt: Extremismus weist den Glauben an die Volkssouveränität zurück, die gewöhnlich durch ein Wahlsystem nach dem Prinzip „eine Person, eine Stimme“ gekennzeichnet ist.

Anders als in der Schule der Extremismustheorie wird im vorliegenden Aufsatz *Radikalismus* als Gegensatz zu *liberaler* (oder konstitutioneller) Demokratie definiert. Von besonderer Bedeutung ist bei meiner Definition, dass Radikalismus die demokratischen Verfahrensregeln akzeptiert, Extremismus hingegen nicht. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Radikalismus sowohl die liberale Grundlage der Verfahrensdemokratie – insbesondere den positiven Wert des Pluralismus – als auch die rechtsstaatlichen Grenzen der Volkssouveränität anfechtet. Der Kern des Radikalismus ist Monismus, d. h. die Tendenz, gesellschaftliche Spaltung und Getrenntheit als *rechtswidrig* zu betrachten.

Ein gutes Beispiel für eine radikale Ideologie ist der Populismus, definiert als (dünne) Ideologie, welche die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen teilt: „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“. Laut dieser Ideologie sollte Politik ein Ausdruck des allgemeinen Volkswillens (*volonté générale*) sein.¹⁶ Bemerkenswert ist die aktuelle Kritik vieler Populisten an der liberalen Demokratie, die aus ihrer Sicht nicht demokratisch genug ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Extremismus und Radikalismus einige Merkmale gemeinsam haben, sich jedoch gleichzeitig grundlegend und eindeutig unterscheiden. Sowohl Extremismus als auch Radikalismus sind antiliberal (oder monistisch) und antikonstitutionell. In erster Linie ist Extremismus fundamental antidemokratisch, während dieses Merkmal auf Radikalismus nicht zutrifft. Folglich sind Extremisten nicht einfach

nur „extreme“ Varianten von Radikalen; vielmehr besteht ein qualitativer Unterschied, nämlich die Akzeptanz der Volkssouveränität als Richtlinie der Politik.

Links gegen Rechts

Die am weitesten verbreitete ideologische Unterscheidung in der Politikwissenschaft im Allgemeinen und in der Extremismusforschung im Besonderen besteht zwischen Links und Rechts. Die bekannteste Erklärung führt diese Unterscheidung auf das erste Parlament nach der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts zurück, wo die Anti-Revolutionäre (die Repräsentanten des *ancien régime*) auf der rechten und die Revolutionäre auf der linken Seite saßen. Teils aufgrund dieses (angeblichen) Erbes wird die politische Rechte oft als konservativ oder sogar reaktionär betrachtet, während die Linke per se als progressiv angesehen wird.¹⁷ Diese Unterscheidung ist in der vergleichenden Forschung indes so fragwürdig wie problematisch. Die Bedeutung dieser Begriffe hängt vom politischen System ab, auf das sie angewendet werden.

Vom beginnenden 19. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hinein basierte die Unterscheidung zwischen der politischen Rechten und der Linken auf religiösen Kriterien. In der Nachkriegszeit wurde die Unterscheidung zwischen Rechts und Links im Kern anhand eines sozioökonomischen Konzepts vorgenommen, d. h. hinsichtlich der Rolle des Staates in Bezug auf die Wirtschaft. In den vergangenen Jahrzehnten wurden etliche neue Vorschläge für die Links-Rechts-Skala gemacht, die von multikulturell im Vergleich zu nationalistisch und libertär gegenüber autoritär reichen. Obgleich diese neuen Einteilungen über immanente Erklärungskraft verfügen, tragen sie nicht unbedingt zu begrifflicher Klarheit bei.

Trotz dieser terminologischen Unklarheit werden die Begriffe „links“ und „rechts“ hier

¹⁵ Joseph A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York 1947, S. 250.

¹⁶ Vgl. Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government & Opposition*, (2004) 3, S. 543.

¹⁷ Zum Begriff der „Rechten“ siehe Roger Eatwell/Noel O’Sullivan (Hrsg.), *The Nature of the Right: European and American Political Thought since 1789*, London 1989; vgl. auch Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford 2003, Kapitel 1. Zur „Linken“ siehe Joseph M. Schwartz, *Left*, in: Joel Krieger (Hrsg.), *The Oxford Companion to Politics of the World*, Oxford 1993, S. 531 f.

verwendet, um zwischen den beiden Haupttypen des politischen Radikalismus in Europa zu unterscheiden. In Anlehnung an Norberto Bobbio liegt dieser Hauptunterschied in der Betrachtungsweise von gesellschaftlicher (Un-)Gleichheit: Die Linke hält die entscheidenden Ungleichheiten zwischen Menschen für künstlich und negativ und fordert, diese durch einen aktiven Staat zu überwinden; die Rechte dagegen betrachtet die ausschlaggebenden Differenzen zwischen Menschen als natürlich und positiv und verlangt vom Staat ihre Verteidigung.¹⁸

Obwohl „jede Charakterisierung bezüglich ‚links‘ und ‚rechts‘ immer eine rücksichtslose Verallgemeinerung darstellt“,¹⁹ unabhängig von der Genauigkeit und Eindeutigkeit der Definition, trägt die Unterscheidung dieser beiden verbreiteten – wenngleich unvollkommenen – Typen meiner Meinung nach dazu bei, die Argumentation und Struktur dieses Aufsatzes zu verdeutlichen. Des Weiteren hält sich diese Konzeptualisierung eng an die gängige Interpretationsweise der beiden Begriffe sowohl innerhalb als auch außerhalb der Forschung.

Linksradikale Parteien in Europa

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging die einzige bedeutsame ideologische Herausforderung der Demokratie in Westeuropa vom revolutionären Sozialismus aus, d. h. vom Kommunismus. Es existierten und existieren noch heute viele Varianten des Kommunismus – darunter der Trotzismus und der (chinesische und albanische) Maoismus –, und alle haben einen marxistisch-leninistischen Kern, nach dem die Hauptunterschiede der Menschen im Klassenkampf begründet liegen. Die sozialistische Utopie, die durch Revolution sowie eine durch die „Diktatur des Proletariats“ gekennzeichnete Übergangsphase verwirklicht werden soll, ist eine egalitäre (globale) Gesellschaft, in der soziale Klassen nicht mehr von Bedeutung sind.

¹⁸ Hierbei handelt es sich eher um eine persönliche Interpretation als um ein wortgetreues Zitat aus Bobbios Argumentation. Siehe z. B. Norberto Bobbio, *Rechts und Links*. Zum Sinn einer politischen Unterscheidung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1994) 5, S. 543–549.

¹⁹ Paul Spicker, *A Third Way*, in: *The European Legacy*, (2000) 5, S. 230.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der wichtigsten linksradikalischen Parteien in Europa (in Prozent)

Land	Partei	höchster Wert	letzter Wert
Deutschland	Die Linke (vormals PDS bzw. WASG)	8.7	8.7
Frankreich	Parti Communiste Français (PCF)	9.3	4.3
Griechenland	Kommounistikó Kómma Elládas (KKE)	13.1	8.2
Italien	Rifondazione Comunista (RC)	8.6	5.8
Moldawien	Partidul Comuniștilor din Republica Moldova (PCRM)	49.9	46.0
Russland	Kommunisticheskaya Partiya Rossiskoy Federatsii (KPRF)	24.3	11.6
Slowakei	Smer	29.1	29.1
Tschechische Republik	Komunistická Strana Čech a Moravy (KSČM)	18.5	12.8
Ukraine	Komunistychna Partiya Ukrayiny (KPU)	24.7	5.4
Zypern	Anorthotikó Kómma Ergazómenou Laoú (AKEL)	34.7	32.3

Quelle: eigene Zusammenstellung; die Angaben beziehen sich auf nationale Parlamentswahlen ab 1989.

Der Niedergang der real existierenden sozialistischen Regime in den Jahren 1989/91 führte zu einer (weiteren) tiefen Krise der kommunistischen Parteien Europas.¹⁰ Sie antworteten darauf auf vier verschiedene Arten: 1) mit dem Verzicht auf das Etikett „kommunistisch“ und der vollständigen Entwicklung zum demokratischen Sozialismus; 2) durch die Transformation zu sozialdemokratischen Parteien (wie die *Democratici di Sinistra*/DS, Linksdemokraten in Italien oder die *Magyar Szocialista Párt*/MSzP, Ungarische Sozialistische Partei); 3) durch Beendigung ihrer unabhängigen Existenz und die Neugründung als Teil anderer Parteien (wie die *Communistische Partij Nederland*/CPN, Kommunistische Partei der Niederlande, die in der *GroenLinks*, Grüne Linke, aufging); und 4) durch ungebrochene Loyalität zum Kommunismus.¹¹

¹⁰ Eine detailliertere Beschreibung linksradikaler Parteien der Nachkriegszeit mit Schwerpunkt auf der Zeit nach 1989 findet sich in Luke March/Cas Mudde, *What's Left of the Radical Left? The European Radical Left since 1989: Decline and Mutation*, in: *Comparative European Politics*, (2005) 3, S. 23–49.

¹¹ Siehe auch Patrick Moreau/Stéphane Courtois/Gerhard Hirscher, *Einleitung*, in: Patrick Moreau et al.

Trotz des Makels, der dem Begriff anhaftet, entschieden sich einige Parteien für die Beibehaltung der Bezeichnung „kommunistisch“. Nur wenige der heutigen kommunistischen Parteien können als in der besonderen Gunst der Wähler stehend oder gar als politisch bedeutsam bezeichnet werden (siehe *Tabelle 1*). Die meisten spielen in ihren Ländern kaum eine Rolle. Doch die wenigen, die der Roten Fahne treu geblieben sind, konnten bislang der politischen Marginalisierung entgegen. Als bedeutendste offen kommunistische Parteien in Westeuropa sind die *Kommounistikó Kómma Elládas* (Kommunistische Partei Griechenlands, KKE), die *Parti Communiste Français* (Kommunistische Partei Frankreichs, PCF) und die *Rifondazione Comunista* (Partei der Kommunistischen Wiedegründung, RC, in Italien) zu nennen, die mit jeweils fünf bis sechs Prozent der Wählerstimmen in den Parlamenten vertreten sind. Nichtsdestoweniger sind die revolutionären Überzeugungen dieser Parteien nur schwach ausgeprägt. Ihr Bekenntnis zum Kommunismus dient meist als kosmetisches und rhetorisches Mittel. Ihr Verhalten gleicht insofern dem sozialdemokratischer Parteien, als sie die parlamentarische Demokratie akzeptieren; dabei streben sie jedoch (zumindest in der Theorie) die Schaffung eines sozialistischen Regimes an.

In Osteuropa ist die Lage anders. Während die meisten kommunistischen Nachfolgeparteien auch hier ihre Vergangenheit hinter sich gelassen haben und die uneinsichtigen größtenteils in Vergessenheit geraten sind, ist es einigen offen kommunistischen Parteien dennoch gelungen, einen erheblichen Teil der Wählerschaft zu halten.¹² Diese finden sich überwiegend in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, besonders in Russland und der Ukraine, wobei es diesen Parteien allerdings nicht gelungen ist, den Rückhalt der Wähler in politische Macht umzusetzen. Nicht so in Moldawien: Hier ist die *Partidul Comunistilor din Republica Moldova* (Kommunistische Partei der Republik Moldawien, PCRM) stärkste Kraft im Land und stellt seit 2001 allein die Regierung. Doch trotz ihres Namens und ihrer Symbole hat die Partei in ihrer Re-

gierungsarbeit Pragmatismus bewiesen und kann allenfalls als radikal, jedoch keineswegs als extremistisch eingestuft werden.

Innerhalb der EU-Mitgliedstaaten waren (und sind) nur drei linksradikale Parteien in der Lage, einen bedeutenden Anteil der Wählerstimmen für sich zu gewinnen und politischen Einfluss auszuüben. Da ist zunächst die *Anorthotikó Kómma Ergazómenou Laoú* (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes, AKEL) in Zypern, die bei den letzten Wahlen über 30 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnte und bereits zwei Mal den Präsidenten gestellt hat. Allerdings gehen Wahlerfolg und politische Bedeutung Hand in Hand mit ideologischer Mäßigung, unabhängig von anderslautenden Behauptungen der Partei selbst. Bei der zweiten Partei, die sich ohne massive Stimmeinbußen von einer linksextremen zu einer linksradikalen gewandelt hat, handelt es sich um die tschechische *Komunistická Strana Čech a Moravy* (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, KSČM), die trotz schwindenden Erfolgs an den Wahlen noch immer die drittgrößte Partei der Tschechischen Republik ist. Die verstärkte Polarisierung der beiden wichtigsten politischen Blöcke in Tschechien, Reformen (sowohl in Bezug auf ideologische Fragen als auch auf politische Persönlichkeiten) innerhalb der KSČM sowie die zunehmende Offenheit der Sozialdemokraten haben indes die Chancen der Partei, aus ihrem politischen Ghetto auszubrechen, deutlich erhöht.

Das dritte und letzte Beispiel bildet die *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) in Deutschland, seit 2006 unter dem Namen „Die Linke“. In den 1990er Jahren schien es so, als würde die PDS zum Prototyp eines neuen linksradikalen Phänomens, einer linkspopulistischen Partei, die (sanften) Sozialismus mit Populismus kombiniert.¹³ Da diese Parteien nicht länger den Anspruch geltend machten, die Verteidiger des Proletariats zu sein, waren sie zur Stimme des Volkes geworden. Statt purer sozialistischer Ideologie wurde populistische Kritik zur Waffe von Parteien wie der niederländischen *Socialisti-*

(Hrsg.), *Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?*, Landsberg 1998, S. 15–21.

¹² Siehe z.B. András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), *The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe*, Armonk, NY 2002.

¹³ Ausführlicher beschrieben in Luke March, *From Vanguard of the Proletariat to Vox Populi: Left-Populism as a „Shadow“ of Contemporary Socialism*, in: *SAIS Review*, (2007) 1, S. 63–77; siehe auch L. March/C. Mudde (Anm. 10).

sche Partij (Sozialistische Partei, SP) und der PDS, was Wahlparolen der 1990er wie *Stem tegen!* (Stimme dagegen!) oder *Wahltag ist Protesttag!* verdeutlichen.

Trotz wachsenden Unmuts gegenüber der gemäßigten Linken und dem fast vollständigen Verschwinden der Linksextremen wird linkspopulistische Politik in Zukunft keinen starken Einfluss auf das europäische Parteiensystem ausüben. Die niederländische SP hat sich des Großteils ihres Populismus entledigt, um koalitionsfähig zu werden, wohingegen die *Scottish Socialist Party* (Schottische Sozialistische Partei) nach mehreren Skandalen um Parteivorsitzende implodiert ist. Dies steht in scharfem Kontrast zur Situation in Lateinamerika, wo Linkspopulismus in Ländern wie Bolivien oder Venezuela die Parteipolitik dominiert.¹⁴

Zur Zeit ist „Die Linke“, die transformierte PDS, eine der wenigen noch verbliebenen und erfolgreichen linkspopulistischen Parteien; ihr wachsender Erfolg wird zweifellos andere inspirieren. Eine andere, ziemlich eigenwillige linkspopulistische Partei ist die slowakische *Smer* (Richtung), die Hauptkraft in der derzeitigen slowakischen Regierung des Premiers und Smer-Vorsitzenden Robert Fico. Die Tatsache, dass Smer Mitglied der *Party of European Socialists* (Partei Europäischer Sozialisten, PES) ist und nicht etwa (wie *Die Linke*) der *Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left* (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, GUE/NGL), belegt sowohl die unterschiedlichen Entstehungshintergründe der Parteien als auch das Fehlen einer Selbstdefinition und internationaler Zusammenarbeit linkspopulistischer Parteien.

Rechtsradikale Parteien in Europa

Im heutigen Europa gibt es keine rechtsextremen Parteien, die Erfolge bei Wahlen verbuchen können. Die beiden wichtigsten rechtsextremen Parteien sind die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) und die italienische *Movimento Sociale-Fiamma Tricolore* (Sozialbewegung-Dreifarbige Flamme, MS-FT). Aber auch deren Wahlergebnisse

¹⁴ Siehe z. B. Mitchell A. Seligson, *The Rise of Populism and the Left in Latin America*, in: *Journal of Democracy*, (2007) 3, S. 81–95.

sind nur in einzelnen Regionen der jeweiligen Länder nennenswert. Zudem sind diese Parteien zwar eindeutig antiegalitär, ihr antidemokratischer Charakter äußert sich jedoch zumeist nur implizit (oder kann sogar grundsätzlich angezweifelt werden).

Während die *extreme* Rechte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die stärkste Bedrohung für die westeuropäische Demokratie darstellte, geht die größte Herausforderung für liberale Demokratien in Europa heute vor allem von der *radikalen* Rechten aus. Die Literatur unterscheidet innerhalb dieser groben Kategorien wiederum verschiedene Untergruppen und -typen, die allerdings nicht immer auf eindeutigen Definitionen basieren. Im Folgenden soll näher auf die beiden zu Anfang des 21. Jahrhunderts am weitesten verbreiteten Untertypen eingegangen werden: neoliberalen Populismus und radikalen Rechtspopulismus.¹⁵

Die neoliberalen Populisten waren die erste ernstzunehmende rechtsradikale Herausforderung für das Westeuropa der Nachkriegszeit. Ihre Kampfansage begann mit der dänischen *Fremskridtspartiet* (Fortschrittspartei, FP), die bei den „Erdrutschwahlen“ 1973 die erschreckende Anzahl von 28 Sitzen im dänischen Parlament, dem *Folketing*, erhielt. Obwohl ihr Erfolg nicht lange währte, folgte ihr bald ihre norwegische Namensschwester, die *Fremskrittspartiet* (FrP), die sich als beständiger erwiesen hat. Die Grundlage ihrer Ideologie war eine Kombination aus Neoliberalismus, d. h. einem grundlegenden Glauben an den kapitalistischen (Welt-) Markt, und Populismus, dem Kampf „des einfachen Volkes“ gegen „die korrupte Elite“.

Doch erst in den 1990er Jahren wurden neoliberale Populisten zu wirklich einflussreichen Akteuren in der europäischen Politik. Die beiden bekanntesten Repräsentanten dieser Spielart des Rechtsradikalismus sind die *Forza Italia* (Aufschwung Italien, FI) und die *Lijst Pim Fortuyn* (Liste Pim Fortuyn, LPF).¹⁶ Obgleich Silvio Berlusconi und Pim

¹⁵ Vgl. vor allem Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007; Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, Basingstoke 1994.

¹⁶ Dieser Kategorie wäre evtl. auch die sog. *Schill-Partei* zuzurechnen. Siehe z. B. Frank Decker, *Parteien*

Tabelle 2: Wahlergebnisse der wichtigsten radikal-rechtspopulistischen Parteien in Europa (in Prozent)

Land	Partei	höchster Wert	letzter Wert
Belgien	Vlaams Belang (VB)	12.5	12.5
Bulgarien	Natsionalen Säyuz Ataka (NSA)	8.9	8.9
Dänemark	Danks Folkeparti (DFP)	13.8	13.8
Frankreich	Front National (FN)	14.9	4.3
Italien	Lega Nord (LN)	10.1	8.3
Kroatien	Hrvatska stranka prava (HSP)	6.8	3.5
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	26.9	17.5
Polen	Liga Polskich Rodzin (LPR)	8.0	1.3
Rumänien	Partidul România Mare (PRM)	19.5	13.0
Russland	Liberalno-demokraticeskaya partiya Rossii (LDPR)	22.9	8.8
Schweiz	Schweizerische Volkspartei (SVP)	29.0	29.0
Serbien	Srpska radikalna stranka (SRS)	28.6	28.6
Slowakei	Slovenská národná strana (SNS)	11.6	11.6

Quelle: eigene Zusammenstellung; die Angaben beziehen sich auf nationale Parlamentswahlen ab 1989.

Fortuyn zeitweise fremdenfeindliche (insbesondere islamfeindliche) Äußerungen von sich gaben, ist die Kernideologie ihrer Parteien nicht nationalistisch, sondern neoliberalistisch. Zusätzlich gerieten sie sich selbst während ihrer Regierungszeit äußerst populistisch und wandten sich vor allem gegen „die roten Roben“ (Berlusconi) oder „die linke Kirche“ (Fortuyn). Bisher ist Rechtspopulismus vor allem ein westeuropäisches Phänomen, wobei sich einzelne Vertreter auch im Osten des Kontinents finden.¹⁷

unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Opladen 2000.

¹⁷ Die spärliche Literatur zum Populismus in Osteuropa bezieht sich auf rechte Parteien wie die bulgarische *Nacionalno dvizenie Simeon II* (Nationalbewegung Simeon II) des ehemaligen Königs oder die slowakische *Aliancia Nového Občana* (Allianz des Neuen Bürgers, ANO), die als Beispiele für „sanften“ oder „gemäßigten“ Populismus dienen. Siehe Peter Učeň, *Parties, Populism, and Anti-Establishment Politics in East Central Europe*, SAIS Review, (2008) 1, S. 49–62; Grigorij Mesežnikov/Ol'ga Gyárfášová/Daniel Smilov (Hrsg.), *Populist Politics and Liberal Democracy in Central and Eastern Europe*, Bratislava 2008.

Die andere wichtige Untergruppe des Rechtsradikalismus im heutigen Europa bilden radikale Rechtspopulisten. Diese Ideologie ist eine Kombination aus Nativismus (eine Mischung aus Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit), Autoritarismus (im Sinne Adornos) und Populismus.¹⁸ Ihre wichtigsten Vertreter auf der politischen Bühne sind Parteien, die in der Literatur üblicherweise als rechtsextrem bezeichnet werden.¹⁹ Da sie die Verfahrensdemokratie jedoch zweifellos akzeptiert haben, werden diese Parteien im vorliegenden Aufsatz als Teil der *Rechtsradikalen* eingestuft.

Obwohl radikale, rechtspopulistische Parteien nur in wenigen europäischen Staaten nennenswerte Wahlerfolge verbuchen können (siehe *Tabelle 2*), erleben sie derzeit ihre einflussreichste Phase seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In einigen Ländern (Österreich, Kroatien, Italien, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei und Schweiz) haben es radikal-rechtspopulistische Parteien bis in die nationalen Regierungen geschafft, unterstützen eine Minderheitsregierung (Dänemark) oder gehören zu den Hauptoppositionsparteien (Belgien, Bulgarien, Frankreich). Allerdings liegt das höchste Wahlergebnis von sieben der 13 bedeutendsten, in *Tabelle 2* aufgeführten Parteien eine (ganze) Weile zurück; drei Parteien haben in jüngster Zeit gänzlich an Bedeutung verloren (FN, HSP, LPR).

Doch selbst in Ländern wie Großbritannien oder Lettland, in denen die Wahlergebnisse eher niedrig ausfallen, wird ihre Wirkung auf die politische Tagesordnung als (überproportional) hoch bewertet. Im gesamten Europa haben es Wahlkampfthemen der radikalen Rechtspopulisten (Kriminalität, Korruption und Immigration/Integration) ganz nach oben auf die politische Agenda geschafft. Und offenbar haben sich einige Parteien der politischen Mitte so weit in Richtung der radikalen Rechtspopulisten bewegt, dass sich ihre Wahlkampagnen nur noch mit Mühe von denen ihrer Herausforderer unterscheiden lassen – Beispiele dafür sind die niederländische *Volkspartij voor Vrijheid en De-*

¹⁸ Vgl. C. Mudde (Anm. 15).

¹⁹ Eine knappe Auswahl aus der wachsenden Literatur zu diesem Thema berücksichtigt Paul Hainsworth, *The Extreme Right in Western Europe*, London 2008; P. Ignazi (Anm. 7).

mocratie (Volkspartei für Freiheit und Demokratie, VVD), die bayerische *Christlich Soziale Union* (CSU) oder die ungarische *Fidesz-Magyar Polgári Szövetség* (Fidesz-Ungarischer Bürgerbund).

Andererseits lassen sich unmittelbare Auswirkungen der Rechtsradikalen auf das Vorgehen anderer Parteien nicht einfach isolieren.¹²⁰ Was direkte Einflussnahme betrifft, so haben regierungsbildende rechtsradikale Parteien die Gesetzgebung hauptsächlich im Bereich Integration/Immigration und öffentliche Ordnung beeinflusst. Ähnliche Beobachtungen indirekter Auswirkungen in diesen Bereichen wurden in Ländern mit starken rechtsradikalen Parteien gemacht. Gleichwohl muss festgehalten werden, dass diese beiden Themenfelder in nahezu allen europäischen Ländern zugespitzt diskutiert werden – ungeachtet der politischen oder Wahlkampfposition der jeweiligen radikal-rechts-populistischen Partei.

Der Unterschied zwischen den rechtsradikalen und den Mitte-(Rechts-)Parteien scheint somit eher in der Abstufung als in der politischen Substanz zu liegen. In der bekannten Terminologie Erwin Scheuchs und Hans-Dieter Klingemanns ist der radikale Rechtspopulismus nicht eine normale Pathologie, sondern vielmehr eine pathologische Normalität, d. h. eine Radikalisierung der politischen Hauptströmung.¹²¹

Fazit

Dieser Artikel hat eine weitgehend neuartige Typologie radikaler Parteien vorgestellt und dabei zwischen politischem Extremismus und politischem Radikalismus (d. h. dem Gegensatz zur Demokratie bzw. zur Liberaldemokratie) einerseits sowie zwischen Links und

¹²⁰ Siehe z. B. Martin Schain/Aristide Zolberg/Patrick Hossay (Hrsg.), *Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*, New York 2002; C. Mudde (Anm. 15), Kapitel 12.

¹²¹ Vgl. Erwin Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, (1967) 12, S. 11–29; Cas Mudde, *The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy*, in: *West European Politics* (i. E.).

Rechts (d. h. der Verteidigung von Gleichberechtigung bzw. von Ungleichheit) andererseits unterschieden. In diesem zwangsläufig knappen und oberflächlichen Überblick wurden die derzeit wichtigsten links- und rechtsradikalen Parteien in Europa vorgestellt und erläutert.

Abschließend möchte ich einige allgemeine Betrachtungen anfügen. Obgleich im 21. Jahrhundert nahezu jeder von sich behauptet, ein Demokrat zu sein, haben wir das von Francis Fukuyama ausgerufene „Ende der Geschichte“ nicht erreicht.¹²² Während die *prozedurale* Demokratie von allen politischen Akteuren – abgesehen von einigen wenigen Randerscheinungen – akzeptiert wird, scheint die *liberale* Demokratie zunehmend zur Disposition gestellt zu werden.

Wir leben in einem „populistischen Zeitgeist“, in dem Radikale der Linken und Rechten den Pluralismus und Konstitutionalismus heutiger Liberaldemokratien ernsthaft bedrohen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche Parteien der Mitte – darunter auch Regierungsparteien – sich dafür entschieden haben, gemäßigte Formen der populistischen Rhetorik und entsprechende Lösungskonzepte zu übernehmen.¹²³ Wie das Ende des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland das Ende der Rechtsextremen bedeutete, so führte der Fall der Berliner Mauer zunächst zum Untergang der Linksextremen. Bisher ist dies nicht von einem Aufschwung der Linksradiikalen begleitet worden, die weiterhin als allenfalls schwach einzustufen sind. Andererseits brauchten auch die Rechtsradikalen etwa vierzig Jahre, um sich von den Verlusten der Rechtsextremen zu erholen.

Die größte Herausforderung für die europäischen Liberaldemokratien bildet heute die radikale Rechte, insbesondere der radikale Rechtspopulismus. Gleichzeitig sind Wahlerfolge und politischer Einfluss einzelner radikal rechtspopulistischer Parteien in Europa je nach Land sehr unterschiedlich. In der Stärke radikaler Parteien in Ost- und Westeuropa besteht kein wesentlicher Unterschied. Keine dieser Regionen ist eine Brutstätte des politi-

¹²² Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

¹²³ Vgl. C. Mudde (Anm. 6).

schen Radikalismus. Es bleibt festzuhalten, dass die Linksradikalen, relativ betrachtet, im Osten und die Rechtsradikalen im Westen stärker sind.

In Westeuropa kennt das Lager der Rechtsradikalen einen zweiten Typus, den neoliberalen Populismus. Statt innerhalb eines Parteiensystems zu kooperieren oder zu wetteifern, scheinen sich neoliberale Populisten und radikale Rechtspopulisten funktional zu entsprechen, vergleichbar mit christdemokratischen und konservativen Parteien. Während das 20. Jahrhundert eine Ära des politischen Extremismus darstellte, könnte das 21. Jahrhundert zur Epoche des politischen Radikalismus werden.

Armin Nolzen

Die NSDAP vor und nach 1933

In seiner im Winter 1942/43 verfassten Schrift „Selbstbesinnung und Selbstkritik“ beschäftigte sich Herbert Wehner, der zu diesem Zeitpunkt in Schweden im Gefängnis saß, mit den Gründen für den Erfolg des Nationalsozialismus im Deutschen Reich. Nur wenige Monate zuvor war er in Moskau damit beauftragt worden, den illegalen Apparat der KPD wieder aufzubauen, um auf den Sturz des NS-Regimes hinzuwirken. Als ihn die schwedische Polizei aufgrund der sich gegen einen fremden Staat richtenden Aktivitäten inhaftierte, wurden diese Vorbereitungen jäh unterbrochen.

Armin Nolzen

M. A., geb. 1968; Historiker, Redakteur der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“, www.beitraege-ns.com, Universität Bochum; lfd. Dissertation über „Rudolf Heß, Martin Bormann und die Geschichte der NSDAP, 1933–1945“, Betreuer: Prof. Dr. Hans Mommsen. armin.nolzen@ruhr-uni-bochum.de

Mit seiner unvollendeten und unveröffentlicht gebliebenen Bekenntnisschrift verfolgte Wehner ein zweifaches Ziel. Zum einen ging es ihm um eine Klärung seines persönlichen Standortes in der sozialistischen Arbeiterbewegung, zum anderen um eine Neuorientierung ihres politischen Kampfes gegen den NS-Staat. Als Ausgangspunkt diente Wehner die zutreffende Beobachtung, dass es bislang keine überzeugende marxistische Analyse der Ursachen jenes beispiellosen Siegeszuges gebe, den der Nationalsozialismus seit 1930 im Deutschen Reich angetreten hatte.

Ins Zentrum seiner Analyse rückte er die soziale Praxis der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), in der Wehner das Geheimnis jener Erfolge erblickte. Für ihn war die NSDAP eine „Partei mit den vielen Gesichtern“, die während der Weimarer Zeit drei außergewöhnliche Neuerungen in das politische System eingeführt

Hans Mommsen zum 5. November 2008.

Wir müssen reden.

Über die Zeitenwende 1989 und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft. Seit den Friedlichen Revolutionen in der DDR und in Ostmitteleuropa sind 20 Jahre vergangen. Zeit für Gespräche und offene Auseinandersetzungen.

28. bis 31. Mai 2009 in Berlin
www.geschichtsforum09.de

Vorträge
Filme
Diskussionen
Theater
Ausstellungen
Lesungen
Workshops
Musik

1989
2009
GESCHICHTSFORUM
EUROPA ZWISCHEN TEILUNG UND AUFBRUCH

hatte.¹ Erstens habe sie bewusst die unterschiedlichen Interessen aller sozialen Schichten angesprochen, zweitens sei sie dazu übergegangen, immer größere Teile der deutschen Bevölkerung in sich aufzunehmen, und drittens habe sie dafür gesorgt, ihren Organisationsapparat stets in Bewegung zu halten. „Massenwerbung, Massenzusammenballung und Massenbewegung“, mit diesen Worten brachte Wehner die soziale Praxis der NSDAP auf den Punkt.²

Die klassenübergreifende Propaganda, die Integration breiter Bevölkerungskreise in ihre Apparate und deren ständiger Einsatz waren, folgt man Wehner, nicht nur für die Wahlsiege der NSDAP bis 1932/33 verantwortlich. Vielmehr bildeten diese drei Herrschaftstechniken auch nach Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 das Lebenselixier der NSDAP. Es entstand ein unüberschaubares Geflecht nationalsozialistischer Organisationen, dem schließlich die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung angehörte. Deren Einbeziehung in die weit verzweigten Apparate der NSDAP deutete Wehner fast ausschließlich als Ausfluss von mehr oder weniger direktem Zwang. Über die daraus resultierende Konsequenz, dass die Bevölkerung den ideologischen Zwecken des Nationalsozialismus dienstbar gemacht wurde, gab er sich keinerlei Illusionen hin. Umso dringender war es ihm, Antworten auf zwei wesentliche Fragen zu finden: Wie war es der NSDAP gelungen, aus den Hinterzimmern der Münchener Bierkeller heraus zur Massenpartei zu werden, der zu diesem Zeitpunkt, 1942/43, fast sieben Millionen Personen angehörten? Welche Mechanismen hatten dazu geführt, dass sich eine noch viel größere Zahl von Mitgliedern in ihren Nebenorganisationen einfand, die sich anscheinend beliebig für die Interessenlagen der NSDAP mobilisieren ließen? Beide Fragen sollten den archimedischen Punkt jeder Geschichte der NSDAP bilden.³

¹ Vgl. Herbert Wehner, *Selbstbesinnung und Selbstkritik. Gedanken und Erfahrungen eines Deutschen*, hrsg. v. August Hermann Leugers-Scherzberg, Köln 1994, S. 111–149, hier S. 136. Eine Interpretation findet sich bei Michael F. Scholz, *Herbert Wehner in Schweden 1941–1946*, München 1995, S. 55–79, hier S. 76 ff.

² H. Wehner (Anm. 1), S. 93.

³ Die bisherigen Gesamtdarstellungen zur Geschichte der NSDAP von Dietrich Orlow, *The History of the*

Im Folgenden wird auf der Basis der neueren Forschung zum Thema versucht, mögliche Antworten einzukreisen. Dabei geht es weniger darum, neue Thesen zur sozialen Schubkraft der NSDAP vor und nach 1933 zu entwickeln und nach Gründen für ihre dynamische Entwicklung zu suchen. Im Mittelpunkt steht vielmehr eine methodische Herangehensweise, mit der sich die Forschung vielleicht selbst überraschen könnte.

Interaktionsraum Ortsgruppe

Die NSDAP wurde im Januar 1919 von dem Werkzeugschlosser Alfred Drexler und dem Journalisten Konrad Harrer unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ in München gegründet. Sie gehörte zu einem Netzwerk „völkischer“ Geheimbünde und Sekten, die zu dieser Zeit in der bayerischen Hauptstadt aus dem Boden schossen und deren einziger gemeinsamer Nenner in radikalem Antisemitismus bestand. Wenig später stieß Hitler zu dieser Partei und entwickelte sich aufgrund seines Rednertalents bald zur unverzichtbaren Integrationsfigur. Schnell übernahm er den Vorsitz der NSDAP und verwandelte sie in eine „Führerpartei“, deren unumschränkter Herrscher er selbst war.⁴

In der Ortsgruppe München schuf sich Hitler eine innerparteiliche Hausmacht.⁵ Seit 1922/23 dehnte sich die NSDAP in die Umgebung Münchens und nach Franken aus. Alenthalben gründeten Aktivisten in eigener Regie neue Ortsgruppen und unterstellten sich nach und nach dem Führungsanspruch Hitlers. Die Ortsgruppe bildete den Dreh- und Angelpunkt aller Aktivitäten in der NSDAP, und die dortige Vergemeinschaftung fand als Interaktion unter Anwesenden statt.⁶ In den Ortsgruppen entfachten die Parteiakti-

Nazi Party, 2 Bde., Pittsburgh 1969–1973; Johnpeter H. Grill, *The Nazi Movement in Baden 1920–1945*, Ph. D. thesis, Chapel Hill 1983, sowie Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, *Geschichte der NSDAP 1920 bis 1945*, Köln 1998, haben diese Einsicht zu wenig beherrzt.

⁴ Vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 173–330.

⁵ Vgl. Mathias Rösch, *Die Münchner NSDAP 1925–1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik*, München 2002, S. 77–85.

⁶ Dazu allgemein André Kieserling, *Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme*, Frankfurt/M. 1999, S. 15–31 und S. 335–387.

visten eine rege Versammlungstätigkeit, die zunächst auf ihren Freundes- und Bekanntenkreis beschränkt blieb. Von Beginn an verschrieb sich die NSDAP der bedingungslosen Hetze gegen die Weimarer Republik. Pausenlos agitierten Hitler und seine Mitstreiter gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die das Deutsche Reich angeblich immer weiter in den Ruin trieben. Unverhohlen rief die NSDAP zum gewaltsamen Umsturz der politischen Verhältnisse auf.

Dagegen nahm sich das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920, das Hitler und Drexler gemeinsam entworfen hatten, vergleichsweise moderat aus. Darin verlangte die NSDAP, dem Deutschen Reich die durch den Versailler Vertrag abgetrennten Gebiete wieder zurückzugeben und das Recht auf überseeische Kolonien zuzugestehen.¹⁷ Darüber hinaus bestritt sie Juden das Staatsbürgerschaftsrecht, forderte die Ausweisung aller nach dem 2. August 1914 eingewanderten „Nicht-Deutschen“ und den Ausschluss von Juden aus journalistischen Berufen. Antisemitismus und der außen- und kolonialpolitische Revisionismus fanden sich auch in den Programmen anderer rechter Parteien.

Nachdem der Putschversuch der NSDAP in München in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 kläglich gescheitert war, schien das Ende dieser immer noch auf Bayern beschränkten Splitterbewegung besiegelt zu sein. Doch Hitler baute nach seiner Haftentlassung die NSDAP im Februar 1925 neu auf und konzentrierte sich auf deren Ausbreitung außerhalb Bayerns. Weil das Preußische Innenministerium ihn mit Redeverbot belegt hatte, musste Hitler Personen seines Vertrauens gewinnen, die für die weitere organisatorische Verfestigung der Partei und die Einverleibung konkurrierender „völkischer“ Gruppierungen sorgten. Er betraute Gregor Strasser mit dem Aufbau der Partei in Nord- und Westdeutschland. Strasser und seine Gefolgsleute waren eine der Münchener Gruppe um Hitler gleichwertige Kraft, ohne freilich dessen Führungsanspruch in Frage zu stellen.¹⁸

¹⁷ Gedruckt in: Albrecht Tyrell, *Führer befehl... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP*, Düsseldorf 1969, S. 23–26. Eine gute Interpretation bei K. Pätzold/M. Weißbecker (Anm. 3), S. 31–52.

¹⁸ Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Strasser und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 28–122.

Im Hinblick auf die Bindung zwischen Hitler und seinen Gefolgsleuten werden die Strukturprinzipien der NSDAP in der Regel als „charismatisch“ bezeichnet.¹⁹ In der Tat hingen viele Männer, mit denen sich Hitler täglich umgab, an seinen Lippen und schienen ihm regelrecht verfallen. Anhand der notorischen innerparteilichen Auseinandersetzungen ist jedoch zu erkennen, dass dieser Befund nicht verallgemeinert werden darf.²⁰ In der Gruppe um Strasser waren charismatische Bindungen an den „Führer“ ebenfalls geringer ausgeprägt. Je mehr Mitglieder die NSDAP gewann, umso mehr wandelte sich überdies die Funktion von Hitlers Charisma: Es musste sich weniger in Situationen gegenseitiger Anwesenheit bewähren, sondern wurde Hitler aufgrund spezifischer Qualitäten zugerechnet. Der Hitler-Mythos und der „Führerkult“, wie sie sich von 1926/27 an in der Partei entwickelten, sind ein beredeter Ausdruck dieses Sachverhaltes. Deshalb ist der Begriff „Charisma“ für die NSDAP eher von begrenztem Wert. Man sollte ihn lediglich für die persönlichen Beziehungen zwischen Hitler und seiner Gefolgschaft reservieren.

Massenbewegung des Protests

Um zur Massenbewegung zu werden, reichte es für die NSDAP nicht mehr aus, sich in erster Linie auf Interaktionen im Freundes- und Bekanntenkreis zu stützen. Sie musste sich nach außen wenden und an Wahlen teilnehmen. Dies war gleichbedeutend mit der Notwendigkeit, eine politische Taktik zu entwickeln, um Wählerstimmen zu gewinnen. Die NSDAP konstituierte sich von 1928/29 an daher zunehmend als Protestbewegung. Damit ist nicht nur gemeint, dass sie gegen gesellschaftliche Missstände protestierte und Abhilfe versprach, wie es ein generelles Kennzeichen von Protestbewegungen ist.²¹ Vielmehr lehnte sie die Weimarer Demokratie als Ganzes ab, betrieb also radikale Funda-

¹⁹ Etwa bei Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1992¹³, S. 33–81.

²⁰ Grundlegend Joseph Nyomarkay, *Charisma and Factionalism in the Nazi Party*, Minneapolis 1967.

²¹ Dazu allgemein Heinrich W. Ahlemeyer, *Soziale Bewegung als Kommunikationssystem. Einheit, Umweltverständnis und Funktion eines sozialen Phänomens*, Opladen 1995, sowie Kai-Uwe Hellmann, *Systemtheorie und neue soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft*, Opladen 1996.

mentalopposition. Darüber hinaus wandte sich die Partei an alle Schichten der Bevölkerung und gründete zu diesem Zwecke eigene Fach- und Berufsverbände etwa für Juristen, Beamte, Bauern, Frauen, Arbeiter oder Studenten. Ihre Propaganda passte sie auf geschickte Art und Weise den Bedürfnissen und Erwartungen dieser Klientelgruppen an. Von 13 Sitzen, die sie bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 errungen hatte, steigerte sich die NSDAP am 14. September 1930 auf 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen oder 107 Mandate, bevor ihr die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 mit 37,3 Prozent und 230 Sitzen den Status der stärksten Reichstagsfraktion einbrachte.¹² In viele Landtage und Kommunen zog die NSDAP ebenfalls ein. Im Mittelpunkt ihrer Agitation standen Antisemitismus, Antikommunismus, Antikapitalismus und Antiparlamentarismus.¹³ Zudem praktizierte die NSDAP eine regional diversifizierte Propaganda, die an die unterschiedlichsten Traditionsbestände anknüpfte. Dadurch gelang es ihr, die steigende Unzufriedenheit mit der Weimarer Republik zu bündeln.

Mobilisierung durch Protest stößt schnell an Grenzen, wenn die Massenmedien die von einer sozialen Bewegung besetzten Themen nicht oder nur unzureichend aufnehmen. Die NSDAP war jedoch in einer komfortablen Position, weil ihre Fundamentalopposition eine unerschöpfliche Themenpalette implizierte und es ihr erlaubte, immer mehr Themen zu politisieren. Zusätzlich steuerte sie einer Stagnation ihrer Mobilisierung auf zweierlei Art und Weise entgegen: Zum einen stampfte sie einen eigenen Medienkonzern aus dem Boden, der für Publizität sorgte. Zum anderen garantierten die Gewalttaten ihrer paramilitärischen Sturmabteilung (SA) eine permanente mediale Prominenz. Die Gewalt der SA war eine bewusste und kalkulierte. Sie richtete sich gegen die politischen Gegner, also in erster Linie gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, und zielte auf deren Lahmlegung ab.¹⁴ Sie machte auch vor Juden und

jüdischen Geschäften nicht halt. Die SA reagierte insofern nicht auf eine angeblich vorgängige kommunistische Gewalt; sie war selbst provokatorisch-aggressiv. Die besondere Bedeutung ihrer Gewalt lag darin, dass sie eine Reaktion von Polizei und Justiz erforderte. Die SA-Gewalt war grundsätzlich illegal, und das Versagen der Weimarer Demokratie bestand vor allem darin, dass sie nicht konsequent dagegen einschritt. Erst dies ermöglichte es der NSDAP, die SA-Gewalt als Mittel auch zur Gewinnung neuer bürgerlicher Wählerschichten einzusetzen. Zu diesem Zwecke provozierte sie auf der Straße Zusammenstöße mit ihren Gegnern, aber auch mit der Polizei. Insofern schuf die NSDAP gerade jene chaotischen bürgerkriegsähnlichen Zustände, die sie in ihrer Wortpropaganda stets zu bekämpfen vorgab. Sie produzierte also die Bedingungen ihres Erfolges zu einem guten Teil selbst, indem sie eine Spirale der Gewalt in Gang brachte und zugleich das Gewaltmonopol des Staates unterhöhlte.

In der überbordenden Straßengewalt der SA zeigte sich jenes Charakteristikum, das die Forschung oftmals „faschistisch“ nennt. Der Begriff stammt vom italienischen *fascio* (Bund) ab und ist seit den 1960er Jahren zu einem systematischen Vergleichskonzept für soziale Bewegungen (teilweise auch politische Regime) ausgebaut worden. Unter „Faschismus“ wird seither ein Zusammenhang zwischen antisemitisch-rassistischer und extremnationalistischer Ideologie, einer dualen Struktur von Partei und paramilitärischer Bewegung und einer sozialen Praxis verstanden, bei der Gewalt einen hohen Stellenwert besitzt.¹⁵ Auch die NSDAP ist immer wieder als „faschistisch“ bezeichnet worden. Allerdings bleibt das Faschismuskonzept auf Binnenverhältnisse in solchen Parteien oder Bewegungen beschränkt und erklärt deren Anziehungskraft nach außen nur unzureichend.

Der Begriff der Protestbewegung geht darüber hinaus und bezieht auch Umweltbedingungen ein. So profitierte die NSDAP von der Beschleunigung der technologischen Entwicklung, des sozialen Wandels sowie des allgemeinen Lebensstempos, die sich in den 1920er Jahren zu einer besonderen Krise verdichteten.¹⁶ Mit ihrem Protest nahm die

¹² Vgl. Jürgen Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, bes. S. 364–375, der die NSDAP auch als „Volkspartei des Protests“ bezeichnet.

¹³ Vgl. generell Gerhard Paul, *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*, Bonn 1990.

¹⁴ Die Gewalt der SA systematisiert Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, Köln–Weimar–Wien 2002, S. 100–133.

¹⁵ Zuletzt Michael Mann, *Fascists*, Cambridge 2004.

¹⁶ Die Arbeit von Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne*, Frank-

NSDAP diese günstigen Gelegenheiten auf. Aber dies allein hätte nicht zur Eroberung der politischen Macht ausgereicht. Wichtiger war, dass Inhalte wie Formen ihres Fundamentalprotests von der politischen Zentralgewalt und einem wachsenden Teil der Bevölkerung als legitim erachtet wurden. Die Weimarer Demokratie scheiterte an einem Prinzip, das in modernen Gesellschaften ansonsten für emanzipatorischen sozialen Wandel steht: an den Wechselwirkungen zwischen Protestbewegungen und politischer Zentralgewalt.¹⁷

Netzwerk von Organisationen

Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 begann ein Prozess, den man als Ausdifferenzierung immer neuer Apparate aus der NSDAP bezeichnen kann.¹⁸ Bei Hitlers Machtübernahme hatten der NSDAP rund 850 000 Personen angehört. Bis zum Januar 1935 verdreifachte sich ihre Mitgliederzahl auf 2,5 Millionen.¹⁹ Bereits in den ersten Wochen von Hitlers Reichskanzlerschaft waren fast eine Million Aufnahmeanträge bei den Parteidienststellen eingegangen. Im Zuge der „Gleichschaltung“ des Vereins- und Verbandswesens, die bald nach dem 5. März 1933 begonnen hatte, wuchsen auch ihre paramilitärischen Organisationen sowie Fach- und Berufsverbände. Es differenzierten sich in der NSDAP vier Teilbereiche aus: die Partei, ihre Gliederungen, die angeschlossenen und die betreuten Verbände. Jede dieser Organisationen baute eigene bürokratische Apparate auf, deren vertikale Instanzenzüge lediglich nominell in die Partei eingebunden waren. Institutionell waren die Gliederungen und die angeschlossenen und betreuten Verbände vom Parteiapparat unabhängig. Gleichzeitig waren sie jedoch über Personalunionen auf allen Ebenen mit diesem verzahnt. Insofern ent-

furt/M. 2005, S. 124–138, zwingt dazu, die Erfolgsbedingungen für die NSDAP neu zu überdenken.

¹⁷ Vgl. Shmuel Noah Eisenstadt, *Tradition, Wandel und Modernität*, Frankfurt/M. 1979, S. 102–127.

¹⁸ Vgl. zum Begriff Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1997, S. 595–608; allgemein Uwe Schimank, *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*, Weilerswist 2007³.

¹⁹ Vgl. Michael H. Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders, 1919–1945*, Cambridge, Mass. 1983, sowie Torsten Kupfer, *Generation und Radikalisierung. Die Mitglieder der NSDAP im Kreis Bernburg 1921–1945*, Berlin 2006.

wickelte sich die NSDAP zu einem Netzwerk von Organisationen,²⁰ das stets in seiner Gesamtheit betrachtet werden muss. Wenn im Folgenden von „NSDAP“ die Rede ist, meine ich damit das gesamte Netzwerk.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges umfassten die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen beziehungsweise betreuten Verbände schätzungsweise zwei Drittel der Bevölkerung im „Großdeutschen Reich“.²¹ Millionen von Funktionären hielten die NSDAP in Bewegung, und zu mehr als 95 Prozent agierten diese ehrenamtlich. In der Forschung wird das Mitgliederwachstum in der NSDAP oftmals als Ausfluss ihres „totalitären“ Verfügungsanspruchs auf das Individuum interpretiert. Damit einher geht die Ansicht, die Funktion der NSDAP habe in erster Linie in der sozialen Disziplinierung ihrer Mitglieder gelegen. Diese Deutung greift zu kurz, denn damit ist der hohe Grad an Freiwilligkeit, wie er sich in der überwiegenden Ehrenamtlichkeit unter den Funktionären manifestierte, nicht zu erklären. Jenes permanente Organisieren, das die NSDAP nach 1933 praktizierte, sollte indes nicht mit „Totalitarismus“ verwechselt werden.²² Dieser Begriff ist missverständlich, suggeriert er zum einen eine zwangsweise Erfassung der Bevölkerung, zum anderen eine repressive Binnenintegration. Im Licht neuerer Forschungen müssen beide Ansichten korrigiert werden, denn ohne den beispiellosen Zustrom neuer Mitglieder nach 1933 und die nicht zu unterschätzenden Tendenzen zur „Selbstgleichschaltung“ wäre es kaum zu einer so breiten gesellschaftlichen Verankerung der NSDAP gekommen.

Aus den genannten Gründen ist es notwendig, die gängige Begrifflichkeit für die soziale Praxis der NSDAP nach 1933 zu verändern.

²⁰ Vgl. Dirk Baecker, *Form und Formen der Kommunikation*, Frankfurt/M. 2005, S. 226–237.

²¹ Zum Folgenden Armin Nolzen, *Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 9: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945*, Teilbd. 1: *Politisierung – Vernichtung – Überleben*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Jörg Echternkamp, München 2004, S. 99–193, hier S. 103, S. 114 und S. 117.

²² Vgl. dagegen Aryeh C. Unger, *The Totalitarian Party. Party and People in Nazi Germany and Soviet Russia*, Cambridge 1974, pars pro toto für die totalitarismustheoretische Literatur.

Als Netzwerk von Organisationen zielte sie zunehmend weniger auf Sozialdisziplinierung. Vielmehr bot die NSDAP ihren Mitgliedern viele Möglichkeiten, die sich primär auf ihren Binnenbereich bezogen und materielle, politische wie auch fachliche Aspekte umfassten. In der Partei, den Gliederungen sowie den angeschlossenen und betreuten Verbänden gab es drei Gruppen von Mitgliedern: hauptamtliche Funktionäre, ehrenamtliche Funktionäre und Beitragszahler. Die Bezahlung der Hauptamtlichen entsprach in der Regel einem vergleichbaren staatlichen Amt. In der Partei und in einigen Gliederungen standen ihnen finanzielle Entschädigungen zu, wenn sie im Einsatz für ihre Organisationen Sach- oder Personenschäden erlitten. Zusätzlich genossen sie das Privileg, unter bestimmten Umständen vom „Wehrdienst“ zurückgestellt werden zu können. Ehrenamtliche Funktionäre besaßen, wie die neuere Forschung gezeigt hat, umfassende Herrschaftsmöglichkeiten in ihren lokalen Milieus.²³ Und selbst reine Beitragszahler, die man ansonsten in der NSDAP beargwöhnte, wurden begünstigt: Sie konnten zum Beispiel in den „Lehrerlagern“ des Nationalsozialistischen Lehrerbunds (NSLB) Fachkompetenzen und in den Motorsportschulen des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) den Führerschein erwerben. Die Liste dieser Möglichkeiten für Parteimitglieder ließe sich nahezu beliebig erweitern.

Inklusion und Exklusion

Das Mitgliederwachstum in der NSDAP ging bis zum 8. Mai 1945 ungebrochen weiter. Zu diesem Zeitpunkt gehörten der Partei rund neun Millionen Personen an; für die Gliederungen sowie die angeschlossenen und betreuten Verbände lassen sich keine exakten Zahlen mehr feststellen. Die NSDAP hatte eine neue Differenz etabliert, die sich für das Alltagsleben im „Dritten Reich“ als wichtig erwies: die zwischen Mitgliedschaft und Nichtmitgliedschaft. Ihre Mitgliederzahl stieg, der Anteil der Nichtmitglieder sank kontinuierlich. Im Verlauf dieses Prozesses kristallisierte sich die Regelung von Inklusion und Exklusion als ei-

²³ Paradigmatisch Carl-Wilhelm Reibel, *Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945*, Paderborn–München–Wien–Zürich 2002, S. 271–381.

gentliche Funktion der NSDAP heraus. Dabei fungierte der individuelle Mitgliederstatus als erster Filter.

Inklusion und Exklusion bilden eine soziologische Unterscheidung, die Niklas Luhmann im Anschluss an einschlägige Überlegungen Talcott Parsons' und Thomas H. Marshall erarbeitet hat. Sie tritt an die Stelle der bisherigen Begriffe der sozialen Ungleichheitsforschung beziehungsweise der sozialen Integration von Individuen. Luhmann zufolge sind Inklusion und Exklusion nicht etwa mit Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit von Personen in Interaktionen, Organisationen und den Funktionssystemen der Gesellschaft deckungsgleich, wie es ein umgangssprachliches Verständnis suggeriert.²⁴ Stattdessen bezeichnen sie Formen, in denen Personen in diesen sozialen Systemen berücksichtigt werden. Das Begriffspaar Inklusion und Exklusion hebt also auf die kommunikative Adressierung von Personen durch Interaktionen, Organisationen und die Funktionssysteme der Gesellschaft ab. Die Reichweite des Begriffspaares Inklusion/Exklusion lässt sich an der Ermöglichungsfunktion der NSDAP deutlich machen: Diese erschöpfte sich nicht nur in jenen internen Mechanismen, die oben beschrieben wurden. Ermöglichung besaß darüber hinaus auch eine externe Komponente, die aus den vielfältigen Inklusionen der NSDAP-Mitglieder in Funktionssysteme der NS-Gesellschaft bestand.

Zur Verdeutlichung dieses Aspektes bedarf es einer weiteren Überlegung. In den modernen, nach dem Primat der funktionalen Differenzierung organisierten Gesellschaften (dazu zähle ich den NS-Staat, ohne es an dieser Stelle ausführlich begründen zu können) obliegt die Regelung von Inklusion und Exklusion den Funktionssystemen, also beispielsweise Recht, Wirtschaft oder Wissenschaft. Nach 1933 vollzogen sich Inklusionen und Exklusionen auch weiterhin auf dieser Ebene. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass die NSDAP sukzessive an die Funktions-

²⁴ Die Referenztexte sind Niklas Luhmann, *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, München-Berlin 1981, S. 7–42; ders., *Inklusion und Exklusion*, in: ders., *Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch*, Opladen 1995, S. 237–264, sowie ders. (Anm. 18), S. 618–634. Vgl. jetzt Rudolf Stichweh, *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, Bielefeld 2005.

systeme andockte. So agierten zum Beispiel die Deutsche Arbeitsfront im Wirtschaftssystem, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt im System der Sozialen Hilfe und die Hitler-Jugend (HJ) im Erziehungssystem. Die Differenz zwischen Mitglied und Nichtmitglied in der NSDAP entwickelte sich mehr und mehr zur doppelten Voraussetzung für Inklusionen: Zum einen entschied sie über die Möglichkeit, einen Beruf innerhalb eines Funktionssystems auszuüben, zum anderen über den Grad, inwieweit eine Person als deren Klient behandelt wurde. Individueller Mitgliederstatus in der NSDAP wurde mithin zum Zugangskriterium für Leistungs- und Publikumsrollen in den Funktionssystemen. Für Jugendliche, die eine Berufsausbildung machen wollten, war es geradezu obligatorisch, der HJ anzuhören. Lehrer mussten dem NSLB beitreten, und Rechtsanwälte wurden bei Gericht nur dann zugelassen, wenn sie im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund waren. Für die Inklusion in die Publikumsrollen erwiesen sich „politische Beurteilungen“ als wichtig. Bevor jemand befördert wurde oder staatliche Leistungen erhielt, waren die Verwaltungsbehörden gehalten, dessen „politische Unbedenklichkeit“ bei den Parteidienststellen feststellen zu lassen. Zentrales Kriterium dieser „politischen Beurteilung“ war der Mitgliedsstatus des Antragstellers in der NSDAP.²⁵ Wenn unter dieser Rubrik „Fehlanzeige“ zu vermelden war, wurde der Antrag in der Regel ohne nähere Begründung abgelehnt.

Die NSDAP beschränkte sich nicht darauf, ihren Mitgliedern einen Raum an Möglichkeiten bereitzustellen. Gleichzeitig verwehrte sie ihren Gegnern diese Möglichkeiten und entwickelte sich zu einem Instrument der Exklusion. Zu diesem Zweck schuf die NSDAP eine „Gegnerhierarchie“, an deren Spitze die Juden standen, gefolgt von sowjetischen und polnischen Zwangsarbeitern. Diese Gruppen wurden zum einen Opfer gezielter Gewalttaten der NSDAP, zum anderen wirkte die Partei an deren systematischer Ermordung mit, indem sie sich zum Beispiel an den „Judendeportationen“ der Jahre 1941/42 beteiligte. Die Gewalt der NSDAP gegen Juden und andere

„Fremdvölkische“ vollzog sich als Frontalangriff auf deren Körper: Ihre Opfer sollten vorsätzlich verletzt werden. Mitglieder von SA, Schutzstaffel (SS), NSKK und HJ waren dafür prädestiniert, weil sie eine paramilitärische Sozialisation durchlaufen hatten. Nicht wenige Täter waren diesen Organisationen erst nach 1933 beigetreten und sahen Gewalt als Bewährung für höhere Aufgaben an. Die Gewalt der NSDAP besaß also auch eine kaderpolitische Funktion. Andere „Gegnergruppen“ wie Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten und Zeugen Jehovas litten ebenfalls stark darunter. Auch sie wurden in Konzentrationslager gepfercht, in denen sie unter entwürdigenden Umständen ihr Dasein fristeten, auch wenn sie größere Überlebenschancen hatten als Juden.

Weiterhin erwies es sich für alle Gruppen von „Gegnern“ als bedeutsam, dass die NSDAP auch in den übrigen Organisationen und in den Funktionssystemen der Gesellschaft Exklusionen auslöste. Hierfür war die Dienststelle des Stellvertreters des Führers/Partei-Kanzlei, das Zentralorgan der NSDAP, von großer Bedeutung. Diese Dienststelle besaß weitgehende Mitwirkungsrechte an der Gesetzgebung und an der Personalpolitik.²⁶ Gemeinsam mit der Wehrmachtführung sorgte sie etwa dafür, ehemalige „Schutzhäftlinge“ und „jüdische Mischlinge“ entweder vom Wehrdienst auszunehmen oder aus der Wehrmacht zu entfernen und sie jeder weiteren Betätigungsmöglichkeit in dieser Organisation zu berauben. In vielen Funktionssystemen kam es ebenfalls zu kumulativen Exklusionen. Ministerialbürokratie und Dienststelle des Stellvertreters des Führers/Partei-Kanzlei sorgten auf administrativem Weg dafür, „Gegnern“ die Ausübung ihrer Berufe zu verwehren und ihnen Leistungen der Funktionssysteme zu entziehen. Die staatlichen Behörden entfalteten eigene Initiativen zur Exklusion, so in der Rassen- und Gesundheitspolitik. Daher ist die Position der älteren Forschung, wonach die NSDAP bei Exklusionen eher aktiv, die staatliche Verwaltung eher reaktiv gewesen sei, zu modifizieren.

²⁵ Vgl. Sebastian Lehmann, Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007, S. 192–212.

²⁶ Vgl. Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München–London–New York–Paris 1992, S. 40–89.

Die NSDAP und die vier Formen des Sozialen

Herbert Wehner hatte Recht, wenn er die NSDAP in seiner eingangs zitierten Schrift als „Partei mit den vielen Gesichtern“ bezeichnete. Und ebenfalls ist ihm darin zuzustimmen, in „Massenwerbung, Massenzusammenballung und Massenbewegung“ drei wesentliche Aspekte ihrer sozialen Praxis zu sehen. Wie andere zeitgenössische Interpreten hat Wehner aber die Dichotomie zwischen „Herrschaft“ (hier: der NSDAP) und „Gesellschaft“ (hier: der Bevölkerung) überschätzt. Der NSDAP war es ja gerade gelungen, beide Bereiche immer mehr miteinander zu verschmelzen, indem sie Funktionären und Mitgliedern nach ihrer Machtübernahme vielfältige Möglichkeiten bot. Die wichtigste bestand darin, sich selbst Herrschaft aneignen zu können, und die hohe Zahl an Funktionären zeigt, dass dieses Angebot gerne angenommen wurde.

In der Geschichte der NSDAP lassen sich insgesamt vier Formen des Sozialen ausmachen, die sich zwar überlagerten, aber jeweils eine bestimmte Entwicklungsphase dominierten. Die NSDAP hatte als Partei begonnen, die auf nachbar- und freundschaftlichen Interaktionen basierte. In einer zweiten Phase seit 1925/26 konstituierte sie sich als Protestbewegung. Die Form „Protest“ bestand in einer Fundamentalopposition gegen die Weimarer Republik und konkretisierte sich in der permanenten Mobilisierung durch Propaganda und Gewalt. Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 rückte drittens der Ausbau der NSDAP zu einer formalen Organisation ins Zentrum ihrer Aktivitäten. Mit dem Zustrom neuer Mitglieder zur Partei und mit der „Gleichschaltung“ der Vereine, Organisationen und Verbände differenzierten sich in der NSDAP viertens jene riesenhaften bürokratischen Apparate aus, die es ihr ermöglichten, die gesellschaftlichen Strukturen zu transformieren. Indem sie Inklusion und Exklusion immer wieder neu regelte, führte die NSDAP Veränderungen zwischen den Funktionssystemen herbei, die auf eine schleichende Überwindung des Primats funktionaler Differenzierung hinausliefen. Letztlich bedurfte es des militärischen Sieges der Alliierten, um diese Entwicklung aufzuhalten.

Luke March

Die Kommunistische Partei in der Sowjetunion und in Russland

Wenn man Extremismus als Gegensatz zu den Werten und Verfahren liberaler Demokratie definiert und ihm vielleicht noch einen Hang zu politischer Gewalt zuschreibt, dann war die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) lange Zeit die weltweit bedeutendste extremistische Partei. Mit einer Mitgliederzahl von zeitweise 19 Millionen stand sie zwar hinter der KP Chinas mit rund 70 Millionen Mitgliedern zurück, ihr ideologischer Einfluss umspannte jedoch den halben Erdball.

Luke March

Ph.D., geb. 1971; Senior Lecturer in Russian Politics, School of Social and Political Sciences, University of Edinburgh, Chrystal Macmillan Building, 15a George Square, Edinburgh EH8 9LD, Schottland/UK. www.pol.ed.ac.uk/staff_profiles/march_luke l.march@ed.ac.uk

Der Kommunismus hat, wenn auch geschwächt, nicht zuletzt in Russland selbst dem Untergang der Sowjetunion in einem 1991 nicht erwarteten Maße standgehalten. Die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF) behauptet, die unmittelbare Nachfolgepartei der KPdSU und ihrer Traditionen zu sein, beansprucht ihr Eigentum und war in den 1990er Jahren die stärkste Partei des postkommunistischen Russlands. Obgleich die Popularität der Partei im Vergleich zu 1996 mittlerweile stark abgenommen hat, belegte ihr Führer Gennadi Sjuganow bei den Präsidentschaftswahlen im März 2008 immerhin den zweiten Rang.

Ein Vergleich der sowjetischen und der russischen kommunistischen Parteien führt

Übersetzung aus dem Englischen: Jaiken Struck, South Petherton, England/UK.

zu der Erkenntnis, dass sich die KPRF von ihrer Vorgängerpartei außer in Stil und Symbolik in jeder Hinsicht sehr stark unterscheidet: Sie ist nicht revolutionär, sondern konservativ, sie ist zunehmend gemäßigt, sie ist eher eine parlamentarische Partei als eine militante Zelle, sie ist ganz sicher nicht „kommunistisch“ im Lenin'schen Verständnis, und in einigen Bereichen ist ihre linke Ausrichtung kaum noch erkennbar. Wenn man bedenkt, dass das heutige Russland häufig als Wiedergeburt der UdSSR stereotypisiert wird, ist es bemerkenswert, wie wenig sein „neosowjetisches“ Wiedererstarken dem Marxismus-Leninismus als Ideologie oder gar der Stärke der KPRF als Partei verdankt. Im Übrigen ist die KPRF heute keineswegs der „extremste“ politische Akteur in Russland.

Die KPdSU

Sowohl die KPdSU als auch die KPRF sehen ihre Ursprünge in der 1898 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands und Wladimir Iljitsch Lenins Mehrheitsfraktion (Bolschewiki), die sich auf dem zweiten Kongress der russischen Sozialdemokraten 1903 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Revolutionsstrategie von der Minderheitsfraktion (Menschewiki) abgespalten hatte: Die Bolschewiki strebten eine elitäre Partei von Berufsrevolutionären an, die Menschewiki hingegen eine demokratische Volkspartei. Bekanntermaßen führte dieser Konflikt nach dem Zweiten Weltkrieg zur entscheidenden Spaltung der Linken des 20. Jahrhunderts in revolutionäre Kommunisten einerseits und parlamentarische Sozialdemokraten andererseits.

Unter den sowjetischen Kommunisten entwickelte sich der klassische Marxismus über den Marxismus-Leninismus zum Stalinismus und brachte ein politisches System hervor, das dem marxistischen Schwerpunkt auf Überwindung von Entfremdung, für Arbeiterdemokratie und das „Absterben des Staates“ diametral entgegengesetzt war. Stattdessen war die Macht der (sowjetischen) Arbeiter nur noch Fassade, und der Staat dominierte die Gesellschaft mit einem System aus Bürokratie und Geheimpolizei. Die UdSSR war ab 1921 ein Einparteiensstaat unter Führung der Kommunistischen Partei, die sich ab 1925 KPdSU nannte. Stalin

schwächte die Partei in einem solchen Ausmaß, dass 1937 und 1938 „alte Bolschewiki“ (Lenins frühere Mitstreiter) und gewöhnliche Parteimitglieder zu den Hauptopfern seiner Terrorherrschaft zählten; zwischen 1936 und 1950 kostete der Terror bis zu zwölf Millionen Menschen das Leben.

Dieser Entwicklung vom Marxismus zum Stalinismus kommt nicht nur historische Bedeutung zu, vielmehr beeinflusst sie auch unsere heutige Sicht auf den Kommunismus und selbst auf den Marxismus als realisierbare politische Projekte. Diese Fragen sind vielfach diskutiert worden. War die Oktoberrevolution von 1917 angewandter Marxismus? Brachte der Leninismus tatsächlich notwendiger Weise Stalin hervor? Da Marx vor dem Aufkommen des Leninismus und Lenin vor dem Beginn des Stalinismus starb, werden wir es nie erfahren. Doch Marx' Kritik an doktrinären Marxisten und Lenins Vorbehalte gegen Stalin in seinem „letzten Testament“ geben reichlich Anhaltspunkte dafür, dass die Geschichte auch anders hätte verlaufen können.

Aber wie anders? Sicherlich könnte man argumentieren, dass Leninismus und Stalinismus vielleicht nicht die einzig möglichen, aber doch plausible Umsetzungen des Marxismus sind – nicht zuletzt deshalb, weil die Schriften von Marx und Engels in Bezug auf den Revolutionsverlauf wie auch den Charakter der kommunistischen Gesellschaft äußerst mehrdeutig gehalten sind. Obwohl der Leninismus Anspruch auf viele nicht-marxistische russische Revolutionstraditionen erhob und sich dadurch zu einer deterministischen und strengen Doktrin verhärtete, waren seine Verheißungen, die bürgerliche Welt zu verändern und nicht bloß neu zu interpretieren, gleichbedeutend mit einer unmittelbaren Verschärfung des marxistischen Revolutionseifers. Der Leninismus fügte außerdem eine Besessenheit mit Fragen der Organisation, Disziplin und Geschlossenheit der Partei hinzu. Wie die Unterdrückung parteiinterner Verwerfungen innerhalb der KPdSU bei ihrem zehnten Kongress im Jahr 1921 zeigt, beförderte Lenins Verunglimpfung von Pluralismus und Parlamentarismus („keine Politik ist die beste Politik“) – praktiziert von einer instabilen elitären Minderheit im verrohten und entmodernisierten Nachkriegsrußland der beginnenden 1920er Jahre – den Zentralis-

mus, die Paranoia und die Geheimhaltung, auf denen der Stalinismus gedeihen konnte.¹

Der sich herausbildende „Extremismus“ des sowjetischen Systems ist so umstritten wie seine Ursprünge. Eine verbreitete Sichtweise (im Januar 2006 von einem parlamentarischen Ausschuss des Europarats in einem Beschluss hervorgehoben) sieht die UdSSR als „totalitäre“ Diktatur (*totale* gesellschaftliche Kontrolle anstrebend), im Wesentlichen verbrecherisch, wenn nicht sogar bösartig sowie moralisch und politisch mit Nazi-Deutschland auf einer Stufe stehend. Das lange in der Sowjetunion-Forschung dominierende totalitäre Paradigma sah die UdSSR ebenfalls als strikt hierarchische, monolithische Gesellschaft unter der Knechtschaft der Geheimpolizei und der kommunistischen Doktrin.

Aber die auf den Tod Stalins folgenden Entwicklungen brachten dieses Bild durcheinander, da die UdSSR zunehmend als „posttotalitär“ erschien: Der unmittelbare Terror nahm ab, die KPdSU übernahm wieder die Kontrolle, die Parteiführung wurde eine kollektive und das politische System ganz offensichtlich facettenreicher, wenn auch nicht pluralistisch. Unter Leonid Breschnew (1964–1982) wandelte sich die KPdSU zu einer spürbar weniger revolutionären, ja, zu einer konservativen Organisation, die ihre Legitimität weniger durch Versprechungen einer klassenlosen Zukunft als vielmehr durch den „entwickelten Sozialismus“ und durch patriotischen Stolz auf die „Errungenschaften“ des sowjetischen Staates beanspruchte. Der internationale Kommunismus wurde außerdem zu einer kaum mehr revolutionären, sondern eher zu einer Statusquo-Bewegung, da sich die größten kommunistischen Parteien Europas in Frankreich, Italien und Finnland zunehmend an die Arbeit in „bürgerlichen“, parlamentarischen Regierungssystemen gewöhnten, statt deren Destabilisierung anzustreben. Die UdSSR verkündete „friedliche Koexistenz“ mit dem Westen, wobei sich der Systemkonflikt zwischen Ost und West stellvertretend in Auseinandersetzungen in der „Dritten Welt“ fortsetzte.

¹ Vgl. z. B. Chris Ward, *Stalin's Russia*, London 1999.

Derartige Entwicklungen verliehen der Auffassung an Glaubwürdigkeit, nach der die Herrschaft der Kommunisten flexibler, anpassungsfähiger und sogar stärker auf Einvernehmen ausgerichtet war als vom „totalitären“ Modell proklamiert. Vielleicht verfügte die Sowjetunion über ein gewisses Entwicklungspotential, und ihr Niedergang war gar nicht unabwendbar.² Immerhin stimmten 76 Prozent der sowjetischen Bevölkerung bei einem Volksentscheid im März 1991 für die Fortführung der Union; das eindrucksvolle weltpolitische Auftreten des kommunistischen China heute zeigt, dass ein solcher Ausgang keineswegs abwegig war. Gleichwohl hatte das totalitäre Modell selbst die Zeit nach Stalin ergriffen, in der das Streben nach umfassender Kontrolle aufrechterhalten wurde. Die Starrheit des sowjetischen Einparteiensystems und der anhaltende Widerstand gegen jede Weiterentwicklung (wie beispielsweise in China mit den Wirtschaftsreformen nach 1979) in Verbindung mit der Unterdrückung von Eigeninitiative führte zu einem überregulierten, außerordentlich komplexen politischen System, das nicht in der Lage war, die sozioökonomischen Krisen der 1970er und 1980er Jahre zu bewältigen und stattdessen immer neue Fehlentwicklungen hervorbrachte (verbreiteter Alkoholismus, Arbeitsunfälle, Umweltzerstörung).

Der bürokratische Einparteiensystem wurde von Michail Gorbatschow, dem Reformler und ab 1985 Generalsekretär der Partei, zutreffend als „Verwaltungs- und Kommandosystem“ bezeichnet. Als Teil der Perestroika (Umstrukturierung) leitete Gorbatschow durchgreifende Maßnahmen ein, um die Partei zum Verzicht auf ihre in der Verfassung garantierte „leitende und führende Rolle“ über die Gesellschaft und Wirtschaft zu drängen und Demokratisierungsprozesse einzuleiten. Gorbatschows Reformen schlugen aus vielerlei Gründen fehl, nicht zuletzt aufgrund eigener Fehler im Führungsverhalten. Dennoch erschien die KPdSU nun als durch und durch konservative, unreformierbare Organisation: Als bürokratischer Apparat mit enormen Mitteln der sozialen Kontrolle stellte jede nennenswerte Verringerung ihrer Machtbefugnisse eine Bedrohung sowohl der per-

² Eine eingehendere Erörterung findet sich in *Slavic Review*, 63 (2004) 3, Sonderausgabe zu Gorbatschow und zur Reformfähigkeit der UdSSR.

sönlichen Interessen ihrer Funktionäre als auch ihrer zentralen legitimierenden Mythen dar – die nur die Partei allein durch den „wissenschaftlichen“ Marxismus-Leninismus steuern konnte. Zudem war die Partei alles andere als monolithisch, sondern umfasste vielmehr etwa ein halbes Dutzend „Proto-Parteien“ sowie eine beträchtliche Zahl an Personen, die der Partei vor allem aus Karrieregründen beigetreten waren. Dementsprechend erwies sich die KPdSU als zu zersplittert, schwerfällig und passiv, um aktiv auf Gorbatschows Forderung nach „mehr Sozialismus, mehr Demokratie“ reagieren zu können.

Es dauerte bis 1990, dass sich die Kommunisten offen gegen Gorbatschow wandten. Im Gegensatz zu den 14 anderen Unionsrepubliken fehlte es Russland an republikanischer Parteiorganisation innerhalb der KPdSU. Dennoch bauten Hardliner im Juni 1990 eine Kommunistische Partei Russlands auf. Allerdings war diese vor dem Untergang der UdSSR stets schwächer, als es nach außen den Anschein hatte. Weiter intern gespalten und jede offene Kritik an Gorbatschow ablehnend (schließlich stand Gorbatschow noch immer an der Parteispitze, da die Kommunistische Partei ein Teil der KPdSU war), büßte die Kommunistische Partei Russlands massiv an Einfluss und auch an Mitstreitern ein. Es war symptomatisch, dass die Organisatoren des gescheiterten Staatsstreichs gegen Gorbatschow im August 1991 die Partei weitgehend umgangen und diese den Putschversuch nur halbherzig unterstützt hatte. In einem riskanten Gegenputsch nahm der russische Präsident Boris Jelzin diese Unterstützung zum Vorwand, um die KPdSU am 23. August 1991 auf russischem Territorium aufzulösen und schließlich am 6. November zu verbieten. Die russischen Kommunisten verloren Mitarbeiter, Besitz und scheinbar die letzten Spuren von Rückhalt im Volk.

Die KPRF

Formell liegen die Wurzeln der KPRF in der Kommunistischen Partei Russlands. Sie war zunächst noch immer unverkennbar als kommunistisch-hierarchische, auf den grundlegenden Parteiinstanzen basierende, von einem Zentralkomitee geführte Organisation strukturiert und nach Lenins Prinzip des de-

mokratischen Zentralismus (der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit und strenger Parteidisziplin) aufgebaut.

Dennoch sollte sich die Partei bald grundlegend verändern. Die Verdrängung des erfolglosen Iwan Poloskow vom Parteivorsitz durch Valentin Kuptsow am 6. August 1991 spiegelte den Teilerfolg gemäßigter Parteifunktionäre über den radikalsten Flügel wider, aber es gelang den moderaten Kräften nicht, ihre Position noch vor dem Verbot der Partei zu konsolidieren.¹³ Allerdings behielten sie während des Verbots Kontaktpersonen im Obersten Sowjet (Parlament). Die wachsende Dominanz der Gemäßigten war für die Zukunft der Partei von existentieller Bedeutung, da diese die Pragmatiker repräsentierten, die für eine Neuorientierung der Partei an den postsowjetischen Realitäten bereit waren. Obgleich Jelzins Verbot die russischen Kommunisten weiter ermunterte, die postsowjetische Regierungsform als von Grund auf rechtswidrig zu betrachten, argumentierte die Gruppe um Kuptsow mit Demokratie und Verfassungsmäßigkeit, um das Verbot vor dem Verfassungsgericht anzufechten. Am 30. November 1992 konnten Kuptsows Anhänger einen moralischen Sieg verbuchen, denn das Gericht genehmigte die Basisorganisationen der Partei, was sie als Erlaubnis zur Wiederbelebung einer russischen Parteiorganisation auslegten.

Der Neugründungsprozess wurde durch die Konkurrenz eines halben Dutzends kommunistischer Splittergruppen erschwert, vor allem durch die Kommunistische Arbeiterpartei Russlands, die ebenfalls Anspruch auf die Nachfolge der KPdSU erhob. Diese Gruppen spielten bei heftigen Straßenprotesten, hervorgerufen durch die Wirtschafts-

¹³ Für eine ausführlichere Beschreibung der KPRF siehe Joan Barth Urban/Valerii Solovei, *Russia's Communists at the Crossroads*, Boulder, CO 1997; Richard Sakwa, *Left or right? The CPRF and the problem of democratic consolidation in Russia*, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 14 (1998) 182, S. 145; Luke March, *The Communist Party in Post-Soviet Russia*, Manchester 2002; ders., *The pragmatic radicalism of Russia's communists*, in: Joan Barth Urban/J. Curry (Hrsg.), *The Left Transformed: Social Democrats and Neo-Leninists in Central and Eastern Europe*, Lanham, MD 2003, S. 163–208; ders., *The Contemporary Russian Left after Communism: into the Dustbin of History?*, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 22 (2006) 4, S. 431–456.

flaute 1991 bis 1993 und institutionelle Konflikte zwischen Präsident Jelzin und dem Parlament, eine wichtige Rolle. Unter den konkurrierenden Neugründungsinitiativen obsiegte die Gruppe um Kuptsow aufgrund einer Mischung aus höherem Prestige, strategischer List und ideologischem Pragmatismus. Ein gutes Beispiel bildet die Wahl Genadi Sjuganows zum Parteivorsitzenden im Februar 1993: Er galt als gemäßigt-konservativ, hatte jedoch ein militant nationalistisches Profil, weshalb er sich die russischen Traditionen des „Nationalbolschewismus“ zu Nutze machen konnte. Dieser autoritäre Nationalismus rechtfertigt die kommunistische Herrschaft, indem er sich auf den Status als Supermacht statt auf den Marxismus-Leninismus beruft. Er wurde während und nach dem Zweiten Weltkrieg von Stalin genutzt, um eine emotionale Bindung ans Vaterland herzustellen. Dieser Nationalbolschewismus half der KPRF, Nicht-Kommunisten anzusprechen, die den Verlust des globalen Status der UdSSR und seines wohlfahrtsstaatlichen Paternalismus beklagten. Des Weiteren konnten so Behauptungen entkräftet werden, nach denen die Partei „gorbatschowistisch“ sei – ein Begriff, der im kommunistischen Wortgebrauch mit „Verräter“ gleichgesetzt wird. Dennoch zeigte die Verlagerung zum Nationalismus, dass selbst die Kommunisten Russlands im Marxismus-Leninismus von früher einen Makel sahen.

Die KPRF war von Beginn an gemäßigter und offener als die Kommunistische Partei Russlands, und so verblieben die militantesten kommunistischen Fundamentalisten in den Splittergruppen. Auch überzeugte Sozialdemokraten schlossen sich der neu gegründeten Partei nicht wieder in größerer Zahl an. Infolgedessen lag die anhaltende Schwäche der KPRF-Strategie in ihrem Unvermögen, sich in Richtung einer „pragmatischen Reform“ zu entwickeln, d. h. einen Schwerpunkt auf Demokratie und Modernisierung zu legen, wie es viele ehemalige kommunistische Parteien in Mittelosteuropa erfolgreich taten, wodurch das Stigma ihrer Vergangenheit verblasste und sie klassenübergreifende Anziehungskraft entwickeln konnten.¹⁴ Stattdessen war die nationalbolschewistische Stra-

ategie der KPRF konservativ und nostalgisch und sprach vor allem jene an, die in der postsowjetischen Ära ihren Status und/oder ihr Vermögen verloren hatten. Es überrascht nicht, dass 1998 lediglich 13 Prozent der 560 000 Parteimitglieder nicht ehemalige KPdSU-Mitglieder waren; die Partei leidet bis heute unter der Überalterung seiner Wählerschaft.

Die KPRF beherbergt mindestens vier ideologische Hauptrichtungen: Sjuganows „staatlich-patriotische Kommunisten“, „marxistische Reformer“ (Unterstützer eines anti-bürokratischen Marxismus), eher theoretisch-konservative „marxistisch-leninistische Modernisierer“ sowie „rote Patrioten“. Letztere kümmern sich weniger um die inhaltliche Ausrichtung, sondern haben eine emotionale Bindung an die Symbole sowjetischer Macht, Stalin inbegriffen. Überdies gibt es eine klare Trennung zwischen der gemäßigten Gruppierung, die sich mit dem postsowjetischen System arrangiert hat, und der radikalen, die jeden Kompromiss mit dem so genannten „antinationalen Regime“ verachtet. Ideologisch wurde der Einfluss von Sjuganows staatspatriotischer Position im Laufe der Zeit immer deutlicher. Sjuganow war einer der ersten und bedeutendsten Befürworter der Vereinigung Roter und Weißer (antikommunistischer Nationalisten) im „nationalen Befreiungskampf“ der russischen Bevölkerung gegen gemeinsame Feinde (die „neoliberale“ Wirtschaft, die prowestliche Außenpolitik und demokratische Reformen). Allerdings war die „weiße“ Identität der Partei oft deutlicher zu erkennen als ihre kommunistische „rote“. Die KPRF sang nun das Loblied auf die heimische Wirtschaft gegen das „vom Westen“ kontrollierte „Komprador“-Kapital und spielte den Klassenkampf (Sjuganow behauptete, Russland habe seine Grenze für Revolutionen erreicht) zugunsten von „Staatspatriotismus“ (nationaler Konsens über einen starken, sozial orientierten Staat) herunter.

Während einige sich zunehmend aussichtslose Hoffnungen auf die Sozialdemokratisierung der Partei machten, sahen andere die KPRF als eine grundlegend illiberale, extremistische, konservative, nationalistische, geradezu rechtsgerichtete Organisation, die Slobodan Miloševićs nationalpopulistischer Sozialistischer Partei Serbiens ähnelte. Der „nationale Sozialismus“ (rechtsstehende kul-

¹⁴ Vgl. András Bozóki/John T. Ishiyama (Hrsg.), *The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe*, Armonk, NY 2002.

turelle Werte, linksgerichtetes Wirtschaftsprogramm) bedeutete, dass einige ihn als bestenfalls stalinistisch und schlimmstenfalls faschistisch betrachteten. Selbst die einst kompromisslose Kommunistische Partei Frankreichs ging Ende der 1990er Jahre schrittweise auf Distanz zur „stalinistischen“ KPRF. Die ablehnende Haltung der KPRF gegenüber Schwulenparaden („Gay Pride“) 2006 und 2007 in Moskau stellte ein Musterbeispiel für kulturellen Konservatismus dar.

Die angebliche Rechtsausrichtung der Partei war überspitzt, da dies ursprünglich nur Teil der Wahlkampagne war, mit der demonstriert werden sollte, dass die Partei patriotisch sei und sich in Einklang mit den russischen Traditionen befinde. Doch versuchte die Partei zunehmend, sich der breiten Masse der (antikommunistischen) Wählerschaft und ihren (nostalgisch kommunistischen) Stammmitgliedern gegenüber jeweils völlig anders zu präsentieren. Für interne Kreise wurde aus dem Parteiprogramm deutlich, dass der „nationale Befreiungskampf“ unauslöschlich mit dem „sozialen Klassenkampf“ verknüpft und lediglich die erste Etappe eines dreistufigen Übergangs zum Kommunismus sei, ferner, dass sich die Partei weiterhin dem Marxismus-Leninismus verpflichtet sehe. Die marxistisch-leninistischen Elemente in der Partei erklären einen Großteil ihres oft vorsichtigen und widersprüchlichen Verhaltens. Obwohl alle bedeutenden linksextremen Herausforderer außerhalb der Partei nach ihrer Entscheidung, die Parlamentswahl vom Dezember 1993 zu boykottieren, nie wieder an Einfluss gewannen, achtete die KPRF darauf, ihre parteiinternen Radikalen nicht über Gebühr zu verprellen oder eine Spaltung der Partei zu riskieren und richtete sich regelmäßig mehr nach links aus, um ihre Wählerschaft zu radikalieren. Gleichwohl umwarb die KPRF die nationalistische Rechte viel beharrlicher als die sozialistische Linke oder selbst die Mitte-Links-Parteien. Trotz ihrer Huldigung Lenins (der erste Mitgliedsausweis der Partei wurde symbolisch auf Lenin ausgestellt) fällt es schwer zu glauben, dass Lenin sich in einer Partei wohlfühlt hätte, deren Internationalismus, Antikapitalismus und Engagement im Klassenkampf zunehmend heuchlerisch wirkt.

Sicherlich erklärt die nationalistische Haltung der Partei zum Teil ihren Niedergang

nach der dramatischen Niederlage bei der Präsidentschaftswahl 1996. Insbesondere die Betonung des Patriotismus entwertete ihre Kritik am korrupten und zunehmend autoritären russischen Staat. Am schädlichsten wirkte sich aus, dass die KPRF in Ermangelung einer Klassenkritik an der Bourgeoisie des Landes zunehmend in dubiose Beziehungen mit Russlands kriminalisierten Superreichen verwickelt wurde, was ihre Mitglieder irritierte und verunsicherte. Dadurch wurde die Partei immer häufiger bezichtigt, Beziehungen zu Russlands Plutokraten („Oligarchen“) wie beispielsweise Boris Beresowski und Michail Chodorkowski zu unterhalten, die sie in ihren Erklärungen doch verabscheute.¹⁵

Tatsächlich wurde die Partei nicht ohne Grund beschuldigt, nur eine „Opposition auf dem Papier“ zu sein, die aufgrund ihrer Risikoscheu den gesellschaftlichen Protest befriedet und somit letztlich das System stabilisiert. Die Partei schien sich in zunehmendem Maße damit zufrieden zu geben, stets nur eine Neben- und nie die Hauptrolle zu spielen; eine introvertierte Partei, die sich damit begnügte, ihre Mitglieder zu besänftigen statt ihre Wählerschaft zu vergrößern. Absichtlich oder unabsichtlich verpasste die KPRF zahllose Gelegenheiten, die Macht der obersten Behörden anzufechten. Beispielsweise übernahm sie nicht die sich wiederholt anbietende Führung des außerparlamentarischen Protests; ebenso wenig knüpfte sie engere Kontakte mit den Gewerkschaften – in dieser Beziehung war die so genannte „Vorhut der Arbeiterklasse“ bemerkenswert abwesend. Insgesamt schwächte eher die Betonung nationaler Einigkeit als Klassenkämpfe ihre Fähigkeit, die gesellschaftlichen Verwerfungen während des verhängnisvollen wirtschaftlichen Zusammenbruchs im Russland der 1990er Jahre für ihre Zwecke zu nutzen.

Des Weiteren beeinträchtigten illiberale Entgleisungen einiger KPRF-Führer (z. B. Sjuganows Anbändeln mit dem antiwestlichen fundamentalistischen Flügel der orthodoxen Kirche und antisemitische Ausbrüche einiger Funktionäre) ernsthaft die russische Linke insgesamt als eine progressive Kraft.

¹⁵ Vgl. Andrew Wilson, *Virtual Politics: Faking Democracy in the Post-Soviet World*, New Haven, CT 2005, S. 235.

Die nationalistische Haltung wurde noch problematischer, als der liberale, prowestliche Jelzin im Dezember 1999 sein Amt niederlegte und der weniger liberale, nationalistischere Wladimir Putin Präsident wurde. Der KPRF fehlte es an einer klaren Linie. Obgleich die Partei danach einen Linksruck erfuhr, konnte ihr Niedergang nicht aufgehalten werden.

Zur Ehrenrettung der KPRF muss man anmerken, dass sie in einem äußerst schwierigen Umfeld agiert. Das russische „superpräsidiale System“ brachte eine einflussreiche exekutive Präsidentschaft mit sich, die weitgehend unabhängig von parlamentarischer Aufsicht agiert – eine überparteiliche Regierung und schwache parlamentarische Rechte. Die große kommunistische Parlaments-(Duma-) Fraktion in den 1990er Jahren hatte nur geringen Einfluss auf die Politikgestaltung, was sie in den Augen ihrer Wähler kontinuierlich schwächte. Die Präsidentschaftswahlen personalisierten und polarisierten die Politik und sahen eine 50-Prozent-Hürde vor, welche die Kommunisten unmöglich überspringen konnten.

Immerhin wurde der Wahlerfolg der KPRF in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl 1996 (siehe die *Tabelle*) trotz Jelzins erheblichem Amtsbonus (hauptsächlich finanzieller und medialer Art) erreicht. Jelzins möglicherweise das Ergebnis verändernder Herzanfall zwischen beiden Wahlrunden wurde der Öffentlichkeit vorenthalten. Überdies wurden die regionalen Wahlsysteme auf Parteiebene erst 2003 geschaffen, wodurch das Potential der Partei als landesweite Kraft erheblich geschwächt wurde. Darüber hinaus übte die Putin-Präsidentschaft verstärkt administrativen und finanziellen Druck aus, um die Kommunisten in ihrer Position als fügsame und stabile Opposition zu halten, die ihr die Macht im Grunde genommen nicht streitig machen konnte. Tatsächlich stellte der Kreml bei mehreren Gelegenheiten linke Herausforderer (z. B. den Mutterlands-Block im Jahr 2003 und die Partei „Gerechtes Russland“ im Jahr 2007) auf, um das kommunistische Lager zu spalten und zu beherrschen. Es war ein schwerer Schlag für die Partei, als der Unternehmer Gennadi Semigin im Jahre 2004 vom Kreml zur Bildung einer Splitterpartei ermuntert wurde, was in einem Mitgliederverlust für die KPRF von zwei Dritteln (auf

Tabelle: Wahlergebnisse der KPRF (in Prozent)

1993 (Duma)	12.4
1995 (Duma)	22.3
1996 (Präsidentschaft, 1. Wahlgang)	32.0
1996 (Präsidentschaft, 2. Wahlgang)	40.3
1999 (Duma)	24.3
2000 (Präsidentschaft, 1. Wahlgang)	29.2
2003 (Duma)	12.6
2004 (Präsidentschaft, 1. Wahlgang)	13.7
2007 (Duma)	11.6
2008 (Präsidentschaft, 1. Wahlgang)	18.0

Quelle: eigene Zusammenstellung.

unter 180 000 im Jahr 2006) resultierte. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000, 2004 und 2008 schien der Kreml die Kommunisten als Hauptoppositionskandidaten zu unterstützen, um sie anschließend mühelos zu besiegen.

Es wäre zu einfach, den Niedergang der KPRF einzig äußeren Einflüssen zuzuschreiben. Sie wurde von ihrer Spitze auf erbärmliche Weise geführt, und das nicht nur aufgrund ihrer verfehlten Gesamtstrategie des „Staatspatriotismus“. Sjuganow war bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 bereits Vergangenheit, und äußerst negative Umfragewerte zeigten, dass er beinahe jedem Herausforderer im zweiten Wahlgang unterlegen sein würde, doch die KPRF versäumte es, ihn zu ersetzen oder die Führungsspitze radikal zu verjüngen – ein verbreitetes Problem kommunistischer Parteien, da der demokratische Zentralismus die Möglichkeit zur Kritik und die Organisationsfähigkeit von Gegnern einschränkt. In der Tat wurde viel Aufmerksamkeit einer anderen Altlast der KPdSU gewidmet, dem Bemühen um die Beseitigung von Rivalen und dem Streben nach „Vorhutschaft“, also nach Vormachtstellung gegenüber den verbündeten Parteien und Gruppierungen, was die Partei an der Bildung eines wirklich umfassenden Wahlbündnisses hinderte.

Bei der Duma-Wahl im Jahr 2003 waren die Probleme der Partei hausgemacht: Sie setzte Dollarmillionäre des Ölkonzerns Yukos zu dem Zeitpunkt auf ihre Wahllisten, als sie ein gegen die Oligarchen gerichtetes Wahlprogramm verabschiedet hatte. In einem von der Festnahme des Yukos-Geschäftsführers Chodorkowski und einer massenhaften

antioligarchischen Gegenbewegung geprägten Wahlkampf bedeutete dies politischen Selbstmord – die KPRF büßte die Hälfte ihrer Stimmen ein. Die landesweiten Wahlergebnisse von 2003 bis 2007 (siehe die *Tabelle*) entsprechen den kurz nach der Neugründung 1993 erreichten Ergebnissen, und trotz einer gewissen Stabilisierung der regionalen Wahlergebnisse sowie eines zweiten Rangs bei den Präsidentschaftswahlen 2008 ist der Regenerationsprozess der KPRF weiterhin fragil.

Schlussbemerkung

Inwieweit ist die KPRF tatsächlich die Nachfolgepartei der KPdSU? Entgegen eigenen Behauptungen scheint sie allenfalls noch ein Schatten ihrer selbst zu sein: Seit 2008 betragen die Mitgliederzahlen nur noch ein Hundertstel der Vorgängerpartei; sie ist eine marginalisierte Oppositionspartei und nicht mehr die Macht im Einparteienstaat. Statt um eine dynamische, revolutionäre Vorhut handelt es sich um eine alternde Parlamentspartei.

Ist die KPRF noch eine extremistische Partei? Auf jeden Fall drohen das Schweigen zu Stalin, der Antisemitismus und der eingefleischte Nationalismus, rhetorisch betrachtet, „die verschiedenen scheußlichen Gespenster, welche die politische Philosophie Europas seit zwei Jahrhunderten heimsuchen“, in einer Partei zu vereinigen.¹⁶ Gleichwohl hat die KPRF oftmals die Demokratie, den Parlamentarismus und das Mehrparteiensystem verteidigt, vor einer präsidentialen „Diktatur“ gewarnt und damit 2008 von der Protestwahl unzufriedener Demokraten profitiert. Mit allen Vor- und Nachteilen ist sie derzeit die einzige halbwegs unabhängige Oppositionspartei in Russland. Dennoch fällt es schwer, die Partei als ernstzunehmende demokratische Kraft zu betrachten, solange sie die philosophische Grundlage westlicher Liberaldemokratien weiter ablehnt.

Es kann als Zeichen des Niedergangs der Partei gesehen werden, dass sie nicht länger die Hauptbedrohung für die russische Demokratie darstellt, so wie es für den überwiegenden Teil der 1990er Jahre dargestellt wurde. Tatsächlich ist es überholt, von Ge-

fährungen der Demokratie zu sprechen, seit Russland im Jahr 2005 von der Organisation „Freedom House“ per se als „unfreier“ Staat eingestuft wurde. Das Ausmaß, in dem die Behörden vielleicht selbst extremistisch sind, bleibt eine offene Frage.

Eine der vielleicht gravierendsten Altlasten der KPRF liegt darin, dass sie einen großen Teil ihrer Prinzipien dem politischen Autoritarismus gewidmet hat, gegen den sie nun protestiert. Dies wird deutlich, wenn man Sjuganows Reden mit der stark nationalistischen, staatszentrierten und oftmals antiwestlichen Rhetorik des Kremls während der Putin-Ära vergleicht.

Tatsächlich hat Russlands führende Partei „Einiges Russland“ sowohl der KPRF als auch der KPdSU eine Menge in Bezug auf Stil und sogar Inhalt (ihre Ideologie ist gemäßigt konservativ) zu verdanken. Stark zentralisiert, äußerst diszipliniert sowie das Parlament und die Exekutive mit ihren 1,7 Millionen Mitgliedern – darunter die Mehrheit der politischen Elite – dominierend, hat diese Partei die komplette Kontrolle über russische Wahlen erlangt und ähnelt zunehmend einer Neuauflage des „Staates im Staate“ zu Zeiten der KPdSU. Es ist umstritten, ob der Autoritarismus von „Einiges Russland“, ihr zeitweiliger Nationalismus und die Zugehörigkeit militanter Jugendgruppen als extremistisch zu gelten haben. Es ist aber zunehmend relevant, in dem hier in Rede stehenden Zusammenhang nach „Einiges Russland“, nicht mehr unbedingt nur nach der KPRF zu fragen.

¹⁶ Vgl. R. Sakwa (Anm. 3), S. 152.

Wandel und Beharrung: SED und PDS

Fast zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes hat das Schönreden der DDR Konjunktur. Ungeniert treten ehemalige Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) an die Öffentlichkeit, um ihre Version der Geschichte kundzutun. Die 1990 in PDS umbenannte SED hat nicht unwesentlich zu dieser Kultur des Umdeutens beigetragen.¹

Jürgen P. Lang

Dr. phil., geb. 1964; Politikwissenschaftler und Redakteur beim Bayerischen Fernsehen, Floriansmühlstraße 60, 80939 München. j@jplang.de

Auch nach ihrer Fusion mit der „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ (WASG) zur Partei „Die Linke“ tut sie sich schwer, die DDR als das zu be-

zeichnen, was sie wesentlich war: eine kommunistische Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Vielen in der Partei galt die DDR vor allem als Paradies sozialer Fürsorge; dieses Bild scheint sich ins kollektive Gedächtnis des PDS-Elektorats in den ostdeutschen Bundesländern eingebrannt zu haben. Vor allem dort ziehen „antikapitalistische“ und „antwestliche“ Ressentiments die Demokratie in Zweifel.²

Die Begriffe Diktatur und Extremismus sind Sammelbezeichnungen für antidemokratische Staatsformen bzw. Bestrebungen. Beschreibt die Wissenschaft nach 1989 – von marxistischen Ansätzen abgesehen – die SED nahezu einhellig als Diktaturpartei, kursieren gegensätzliche Auffassungen zur demokratischen Qualität der „Linken“. Normative Analysen verweisen durchweg auf deren extremistischen Charakter,³ wohingegen eher parteiensoziologisch ausgerichtete Studien dies verneinen bzw. eine solche Problemstellung von vornherein als irrelevant, wenn nicht unsinnig ansehen.⁴ Unbestreitbar hat sich „Die Linke“, die sich zum größten Teil

aus der PDS rekrutierte, zu einem relativ starken politischen Akteur im demokratischen System der Bundesrepublik entwickeln, Zweifel an ihrer demokratischen Orientierung jedoch bis heute nicht ausräumen können. Dieser Beitrag will die Frage beantworten, ob diese Zweifel gerechtfertigt sind. Ein Vergleich mit der SED spinnt den roten Faden.

Die SED vor 1989

Die DDR war der Gegenentwurf zu einem demokratischen Verfassungsstaat. Gewaltenteilung existierte nicht, stattdessen eine unter Lenins Begriff „demokratischer Zentralismus“ firmierende Ordnung, die staatliche Strukturen, gesellschaftliche Organisationen und die Rechtsprechung dem Apparat, dem Diktat und der Willkür der SED unterwarf. Weder stand die DDR auf dem Boden eines Konstitutionalismus, noch konnten die Bürgerinnen und Bürger in freien Wahlen entscheiden. Die Partei musste ihre von der sowjetischen Siegermacht nach dem Zweiten Weltkrieg installierte Herrschaft pseudolegitimieren: durch einen instrumentalisierten „Antifaschismus“ und durch den Marxismus-Leninismus.

Aus diesem Dogmengebäude leitete die SED sowohl ihre „führende Rolle“ in Staat und Gesellschaft als auch ein Wahrheitsmonopol ab. Ihre Interpretationen politischer und gesellschaftlicher Ereignisse waren ebenso sakrosankt wie ihre Entscheidungen. Auch die Partei selbst war nicht demokratisch organisiert: Alle Macht ging vom Politbüro an der Spitze aus; interne Kontrolle fehlte. Dies

¹ Vgl. Hubertus Knabe, *Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur*, Berlin 2008.

² Vgl. Viola Neu, *Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus*, Baden-Baden 2004; Michael Gerth, *Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten*, Hamburg 2003.

³ Vgl. zuletzt Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei*, München 2008; Armin Pfahl-Traughber, *Demokratiethoretische Anfragen an die Partei „Die Linke“*. Kritische Bemerkungen zu einigen Auffassungen und Handlungen, in: *Deutschland Archiv (DA)*, 41 (2008) 3, S. 402–407.

⁴ Vgl. zuletzt Dan Hough/Michael Koß/Jonathan Olsen, *The Left Party in Contemporary German Politics*, Basingstoke 2007.

sollte es Apologeten später erleichtern, die Verantwortung am Unrecht des SED-Regimes auf die jeweils höhere Instanz zu schieben.

Freiheit und Menschenrechte unterwarf die SED der marxistisch-leninistischen Ideologie – ein Freibrief, diese Grundwerte in der politischen Praxis zu ignorieren. Der Bau der Mauer 1961, das MfS und die politische Justiz wurden zu Symbolen der Unfreiheit und der Missachtung fundamentaler Rechte. Von vornherein war in der Dogmatik der SED die „persönliche F(reiheit) des Menschen (...) immer an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Sie bestimmen den konkreten Rahmen und den Inhalt der F(reiheit) des Individuums.“¹⁵ In einer Diktatur kann dies nur heißen: Der Potentat bestimmt, was Freiheit zu bedeuten hat; sie fungiert nicht als unpolitischer Wert an sich. Entsprechend verkehrte die SED die Menschenrechte – an deren erster Stelle bezeichnenderweise das „Recht auf Arbeit“ stand – zu Pflichten in der sozialistischen Gesellschaft. Menschenrechte seien nicht individuell, sondern könnten „nur als Klassenrechte existieren und verwirklicht werden“.¹⁶

Was die SED als „Demokratie“ ausgab, hatte mit einer freiheitlichen politischen Ordnung nichts zu tun. Die Exegeten des Marxismus-Leninismus wandten sich explizit gegen die „bürgerliche Ideologie“, die Diktatur und Demokratie als Antipoden gegenüberstellt. Solange die „klassenlose Gesellschaft“ des Kommunismus nicht erreicht sei, handele es sich vielmehr um „voneinander nicht zu trennende Seiten der staatlichen Organisation“.¹⁷ Die Methoden der Diktatur waren aus dieser Sicht in der noch nicht „klassenlosen“ DDR legitim. Theoretisch konnten tatsächliche und vermeintliche Renegaten als „Klassenfeinde“ gebrandmarkt und nach Belieben schikaniert werden, was in der Praxis auch geschah. Entsprechend war die „sozialistische D(emokratie) darauf gerichtet, das ganze Volk in die Leitung und Planung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzubeziehen und damit die echte Volksherrschaft zu verwirklichen“.¹⁸ Die SED propagierte

eine identitäre Demokratie, in der der Volkswille mit dem Parteiwillen zusammenfallen sollte. Ein solcher Interessenmonismus widerspricht dem Interessenpluralismus einer freiheitlichen Gesellschaft diametral.

Unverkennbar hat es aber in der politischen Realität der DDR spätestens in den 1980er Jahren begrenzten gesellschaftlichen Pluralismus gegeben. Eckhard Jesse – er wendet die von Juan J. Linz entwickelten Kriterien⁹ an – hält deshalb für diese Spätphase die Bezeichnung „totalitär“ für unangebracht und erkennt Indizien einer „autoritären“ Diktatur. Die SED habe den politischen Monismus nicht mehr vollständig durchsetzen können, der Marxismus-Leninismus habe seine handlungsleitende Funktion zunehmend verloren.¹⁰ Es gelang nicht, die DDR-Bürger vollständig zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen. Trotz einer stetigen Ausweitung ihres Repressionsapparates MfS konnte die Partei in der Ära Honecker die Bildung einer regimekritischen, wenn auch im Vergleich etwa zu Polen weit schwächeren und weniger fundamental argumentierenden Opposition nicht verhindern. Zugleich nahm die Zahl der Ausreisewilligen stetig zu.

Dennoch hielt die SED bis zum bitteren Ende an ihrem totalitären Machtanspruch fest: einer umfassenden Kontrolle und ideologischen Durchdringung der gesamten Gesellschaft.¹¹ Der Volksaufstand im Juni 1953 war ein Warnschuss gewesen, konnte er doch nur mit Hilfe der Sowjetarmee niedergeschlagen werden. Ökonomische und kulturelle „Liberalisierungen“ unternahm die SED danach nur vorsichtig und nahm sie wieder zurück, sobald sie das Gefühl hatte, ihr gleite das Heft aus der Hand. Dieser dogmatische Starrsinn, den Ende der 1980er Jahre selbst die wirtschaftliche Misere der DDR, der wachsende Unmut in der Bevölkerung und die Perestroika beim „Großen Bruder“ Sowjetunion nicht erweichen konnten, sollte schließlich maßgeblich zur plötzlichen und unerwarteten Implosion der DDR beitragen.

¹⁵ Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1987³, S. 184.

¹⁶ Ebd., S. 341.

¹⁷ Ebd., S. 105.

¹⁸ Ebd.

⁹ Juan J. Linz, Totalitarian and Authoritarian Regimes, Boulder-London 2000.

¹⁰ Vgl. Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: APuZ, (1994) 40, S. 12–23.

¹¹ Vgl. die Beispiele bei Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

Die SED/PDS und die demokratische Revolution

Die DDR-Diktatur zerfiel innerhalb weniger Wochen. Die SED versuchte diesen Prozess zwar nicht mit allen Mitteln – vor einer „chinesischen“ Reaktion auf die Großdemonstrationen in Leipzig, Berlin und anderen Städten schreckte sie zurück –, wohl aber so gut es ging aufzuhalten, und geriet schnell selbst in den Sog der Revolution. Was die Partei auch in den verschiedenen Phasen unternahm, sie hinkte den sich überschlagenden Ereignissen hinterher. Auch der Wandel der SED war weitgehend von außen erzwungen. Nachdem sich das Politbüro am 17. Oktober 1989 zum Sturz Erich Honeckers als Generalsekretär durchgerungen hatte, rückte dessen politischer Ziehsohn Egon Krenz an die Spitze der Partei. Er hielt an der „führenden Rolle“ der SED fest. Sein Versuch, dem Aufstand der Bürger durch Dialog mit den allerdings nach wie vor als „Verfassungsfeinde“ stigmatisierten Oppositionsgruppen die Spitze zu nehmen, scheiterte. Selbst in der SED regte sich Unmut über die mangelnde Reformbereitschaft. Die mit Korruptionsvorwürfen konfrontierte Parteispitze verspielte das Vertrauen nicht nur des Volkes, sondern auch der eigenen Basis. Zehntausende Mitglieder verließen binnen kurzer Zeit die SED.

Wenige Tage nach dem Fall der Mauer am 9. November stieg der Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow zum starken Mann in der DDR auf – nicht als Parteivorsitzender, sondern in dem zuvor relativ einflusslosen Amt des Ministerpräsidenten. Dem frischgebackenen Politbüromitglied eilte der Ruf des „Reformers“ voraus. Von weitgehenden Zugeständnissen wie freien Wahlen wollte Modrow zwar zunächst nichts wissen. Doch unter ihm wurde die „führende Rolle“ der SED aus der Verfassung gestrichen. Er verstand es geschickt, das Machtmonopol vom Parteiapparat auf die staatlichen Institutionen zu verschieben.¹² Die „alte Garde“ der SED war kaltgestellt. Politbüro und Zentralkomitee traten am 3. Dezember zurück. Ein so genannter „Arbeitsausschuss“, in dem mit dem

¹² Vgl. Manfred Wilke, „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90. Interview mit Wolfgang Berghofer, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007, Berlin 2007, S. 407 f.

Rechtsanwalt Gregor Gysi, dem Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer oder dem Magdeburger SED-Bezirkschef Wolfgang Pohl Leute der zweiten Reihe saßen, füllte das Machtvakuum in der Partei.

Mit der Strategie, die Opposition in eine „Regierung der Nationalen Verantwortung“ einzubinden, wollte Modrow das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen, um die DDR unter sozialistischen Vorzeichen zu bewahren – und scheiterte. Modrow konnte weder den Massenexodus noch die Erosion staatlicher Strukturen, noch gar die Wiedervereinigung aufhalten. Doch bis es soweit war, brauchte der Ministerpräsident den Rückhalt der Partei. Die SED/PDS war zu dieser Zeit – bis zu den ersten und letzten demokratischen Wahlen in der DDR am 18. März 1990 – keine Staatspartei mehr, wohl aber Regierungspartei. Als solche saß sie bzw. saßen ihre neuen Köpfe mit den Bürgerrechtsgruppen am Zentralen Runden Tisch – und dort zwischen den Stühlen: Einerseits musste die diskreditierte SED, über der das Damoklesschwert des Verbots hing, auf die Opposition zugehen, andererseits die Politik der Regierung vertreten.

So stand das häufig gebrauchte, vereinnahmende „Wir“, mit dem sich die Partei an die Seite der Bürgerrechtler zu stellen versuchte, im Gegensatz zu ihren Warnungen, dem Runden Tisch allzu viel Macht zu gewähren. Beim Thema Auflösung des MfS – wohl das wichtigste Anliegen der Oppositionellen – wagte die SED keinen offenen Affront, machte aber Modrows Taktik des Hinhaltens, Abwartens und Verheimlichens mit. Die Fortexistenz des – später zynisch zum Sündenbock stilisierten – MfS unter anderem Namen begründete sie mit der Angst vor einem „Sicherheitsvakuum“ in der DDR und half mit, den Rechtsextremismus als neues Feindbild aufzubauen.¹³ Hauptmotiv war die Rettung der Strukturen der DDR und der Partei selbst – auch gegen den Widerstand aus der eigenen Basis.

Es ist davon auszugehen, dass immerhin knapp die Hälfte der verbliebenen Mitglieder die Auflösung der SED wollte. Auf dem Son-

¹³ Vgl. ausführlich Jürgen P. Lang, Im Sog der Revolution. Die SED/PDS und die Auflösung der Staatssicherheit 1989/90, in: DA, 40 (2007) 1, S. 97–105.

derparteitag im Dezember 1989 gelang es der Führung unter dem neuen Vorsitzenden Gysi jedoch, die Delegierten vom Fortbestand der SED zu überzeugen, wobei die Rettung des riesigen Parteivermögens ein nicht unwesentliches Motiv gewesen sein dürfte. Die massenhaften Austritte konnte sie damit jedoch nicht stoppen. Die PDS, wie die Partei ab Februar 1990 hieß, stand nicht in der Tradition derer, die für die Auflösung der Partei votiert hatten, und auch nicht in der Tradition der demokratischen Revolution. Als Zeichen der Erneuerung vollzog der Sonderparteitag zwar einen Bruch mit dem „Stalinismus“. Doch hatte dieser Begriff vor allem apologetische Funktion; von einer grundlegenden Kritik an der DDR-Diktatur war die PDS weit entfernt. Jahre später sollte sich erweisen, dass nicht einmal „Antistalinismus“ ohne Weiteres als Konsens der Partei firmieren konnte.

Die PDS nach 1990

Die ehemaligen Staatsparteien Osteuropas nahmen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus denkbar unterschiedliche Wege. Die polnisch-amerikanische Politologin Anna M. Grzymała-Busse hat aufgezeigt, dass jene Organisationen in den neuen Demokratien reüssieren konnten, die sich programmatisch, personell und organisatorisch am deutlichsten von der Vergangenheit absetzten. Der PDS stellte die Autorin ein mittelmäßiges Zeugnis aus.¹⁴ Was ihre Organisation betrifft, hat die PDS eindeutig mit der SED gebrochen. Das leninistische Parteiprinzip machte innerparteilicher Demokratie Platz. Neue Eliten – zumeist aus der mittleren Funktionärschicht der SED stammend – ersetzten die alten Kader. Als „Reformer“ trieben sie die Erneuerung der Partei voran, konnten aber ihre Vorstellungen nur bedingt durchsetzen. Denn „orthodoxen“ Gruppierungen wie der Kommunistischen Plattform (KPF) – sie wählte die PDS auf dem Weg der „Sozialdemokratisierung“ und Anpassung an das „System“ – gelang es beizeiten, die überalterte und häufig im traditionellen Denken gefangene Basis auf ihre Seite zu ziehen. Die Eliten wechselten, die Mitglieder nicht. 1995 scheiterten die „Reformer“ mit dem Versuch,

„stalinistische“ Positionen für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft zu erklären. Die PDS war zu keinem Zeitpunkt eine Bastion demokratisch Geläuterter.

Krisenzeiten der PDS waren stets Hochzeiten der „Orthodoxen“. So drängte das Desaster bei der Bundestagswahl 2002 die „Reformer“ vorübergehend in die Defensive. Die heftigen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln – es brauchte fünf Jahre, bis die PDS 2003 ein neues Grundsatzzprogramm verabschieden konnte – zeigten: Die zahlenmäßig kleine KPF war keine Randerscheinung, sondern gehörte zum Kern der Partei. Bestrebungen, den Einfluss der „Orthodoxen“ zu begrenzen, zielten darauf, „Politikfähigkeit“ zu erlangen und die PDS regierungsfähig zu machen. Die herkömmlichen kommunistischen Strategien hielten die „Reformer“ zwar für untauglich, aber nicht für untragbar. Dieselben Motive steckten hinter der „Abgrenzung“ zu linksextremistischen Organisationen, deren Angehörige sich zuhauf in der West-PDS festgesetzt hatten. Nichts dagegen einzuwenden hatte die Partei allerdings, dass Personen aus dem linksextremen Spektrum PDS-Mandate wahrnahmen.

Die PDS hätte zuletzt anders ausgesehen, wäre sie nicht vier Jahre nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern – weniger wegen ihrer politischen Angebote, sondern wegen ihres Habitus als Anti-West-Partei – auf unverhofft großen Wählerzuspruch gestoßen. Die Wahlerfolge etablierten die PDS als Machtfaktor im ostdeutschen Parteiengefüge. Ihre Abgeordneten bewiesen schnell Verlässlichkeit und brachten mit den „Pragmatikern“ eine neue Strömung hervor, die mit wenig ideologischem Gepäck daherkam.¹⁵ Die indirekte oder direkte Beteiligung an SPD-geführten Landesregierungen leitete in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin programmatische Veränderungen ein. Radikale Forderungen wichen realistischen Konzepten. Die betreffenden Landesverbände entfernten sich dabei weit von der Strategie der „Reformer“, die das Mitregieren mit der Formierung gesellschaftlicher Opposition verknüpfte. Vor allem die

¹⁴ Vgl. Anna M. Grzymała-Busse, *Redeeming the Communist Past. The Regeneration of Communist Parties in East Central Europe*, Cambridge 2002, S. 272 ff.

¹⁵ Dies problematisieren Michael Koß/Dan Hough, *Die Linkspartei.PDS nach der Bundestagswahl 2005. Die ostdeutschen Landesverbände als Hort des Pragmatismus?*, in: DA, 40 (2007) 1, S. 11–19.

Berliner PDS tat sich immens schwer damit, das, was man den rigiden Sparvorgaben abtrotzen konnte, als sozialistische Politik zu verkaufen. Wähler und Parteilager gottierten die Regierungsbeteiligung, nicht die Regierungspolitik.

In anderen Landesverbänden gab es eine entgegengesetzte Entwicklung. In Brandenburg war die PDS jahrelang in vorauseilendem Gehorsam auf die SPD zugegangen, bevor sie resigniert in fundamentaloppositionelle Attitüden zurückfiel. Im Krisenjahr 2003 warnten selbst „Reformer“ davor, die außerparlamentarische Orientierung zu verlieren. Die PDS hat den strategischen Widerspruch von „Widerstand und Ministeramt“, wie es die zeitweilige Vorsitzende Gabriele Zimmer einmal nannte, nie klären können. Ihre federführenden Strategen hielten aber stets an dem Anspruch einer sozialistischen „Transformation der Gesellschaft“ und einer „linken Hegemonie“ fest, in welche die SPD durch „Mitte-Links-Bündnisse“ langfristig auch im Bund eingespannt werden sollte. Man kann von einer Mäßigung, aber auch Erweiterung der kommunistischen Revolutions- und Klassenkampfideologie sprechen. Während die KPF auf dem strikten Antagonismus von Kapitalismus und Sozialismus beharrte und die DDR zum Vorbild nahm, ließen die „Reformer“ offen, welche Gesellschaft sie anstrebten. Ihrer Kritik an der „undemokratischen“ DDR folgte kein eindeutiges Plädoyer für den demokratischen Verfassungsstaat. Einerseits bekannte man sich verbal zu dessen Institutionen und Prinzipien, legte andererseits aber ein rein instrumentelles Verhältnis an den Tag, böten doch Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit „trotz ihrer Dienlichkeit als Herrschaftsmechanismus eine Chance für Gegenmächte“.¹⁶

Im Laufe der Zeit rückte mit der Freiheit ein demokratischer Grundwert ins Zentrum der zunehmend moderaten PDS-Programmatik. Allzu anstößige Forderungen wie die Etablierung von Gegenmächten „gegen den Staat“ hatte man ebenso entsorgt wie die positive Würdigung der russischen Oktoberrevolution. „Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik“, hieß es an exponierter Stelle

¹⁶ Programmkommission der PDS, Thesen zur programmatischen Debatte, in: PDS-Pressedienst vom 26. 11. 1999, S. 4.

le des Chemnitzer Programms. Ehrlicher wäre die umgekehrte Formulierung gewesen: Sozialistische Politik ist Bezugspunkt der Freiheit. Denn dort steht auch: „Gerechtigkeit verlangt, dass Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen.“¹⁷ Eine solche Freiheit ist kein Individual-, sondern ein Kollektivrecht.

Selbst die „Reformer“ sahen Freiheit nicht als politisch neutral an, sondern verknüpften sie eng mit bestimmten Forderungen – zum Beispiel dem Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit oder Gesundheit, oder Pflichten der Bürger, etwa zur „Wahrnehmung sozialer und ökologischer Aufgaben“.¹⁸ Die propagierte Selbstbestimmung der Individuen wird kanalisiert in eine „solidarische Entwicklung aller durch bewusste Rahmensetzung“¹⁹. In diesem Sinne kann nur eine übergeordnete Instanz – der Staat, die Partei – definieren, was „Freiheit“ ist. Entsprechend sollte an die Stelle des Parlamentarismus eine „partizipative Demokratie“²⁰ treten, die eine politische Mobilisierung der Bürger für bestimmte politische Ziele einschloss und die formale Trennung von Staat und Gesellschaft aufhob. Es ist offensichtlich, dass das identitäre Demokratieverständnis der SED in der PDS fortwirkte, nicht nur bei den „orthodoxen“ Kommunisten.

„Die Linke“

Der Zusammenschluss mit der westdeutschen Protestpartei WASG beendete die Isolation der ostdeutschen Ideologiepartei PDS in den alten Bundesländern. Die WASG war als Reaktion auf die „neoliberale Wende“ der SPD entstanden und brachte zahlreiche enttäuschte SPD-Mitglieder und Gewerkschafter in „Die Linke“. Bei Wahlen stieß die neue Formation in eine Klientel vor, die zuvor

¹⁷ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin 2003, S. 3.

¹⁸ Michael Brie/Dieter Klein/André Brie, Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. 4. 2001, S. 14.

¹⁹ Michael Brie, Ist sozialistische Politik aus der Regierung heraus möglich? Fünf Einwände von Rosa Luxemburg und fünf Angebote zur Diskussion, in: ders./Cornelia Hildebrandt (Hrsg.), Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006, S. 89.

²⁰ Ebd., S. 90.

nicht zum klassischen PDS-Elektorat gehört hatte: Arbeiter, Arbeitslose und sozial Schwache. Es fiel ihr leicht, sich als „wahre Sozialdemokratie“ zu gerieren. Die Erwartung, die Fusion trage zur Demokratisierung der PDS bei, hat sich indes bislang nicht erfüllt. Meist wird übersehen, dass mit der WASG nicht nur Anhänger des Sozialstaatskonzepts Willy Brandts in die Partei kamen und auch in den Vorstand gelangten. In den westlichen Landesverbänden stellen Linksausleger eine starke Bastion. Sie lieferten sich heftige Machtkämpfe mit gemäßigten Kräften und obsiegtten meist.

In der „Linken“ ringen zwei starke „orthodox“ ausgerichtete Strömungen um die programmatische Lufthoheit: die „Sozialistische Linke“, in der neben Trotzlisten auch linke Gewerkschafter eine Heimat fanden, und das vergleichsweise lose Netzwerk „Antikapitalistische Linke“, in dem unter anderem KPF-Aktivisten mitmachen. Die ideologischen Auseinandersetzungen, welche die PDS geprägt hatten, setzen sich in der neuen Partei fort, wenngleich mit einem anderen Frontverlauf. Denn paradoxerweise finden die „Orthodoxen“ in Parteichef Oskar Lafontaine und den auf die Arbeiterklasse fixierten sozialen Populisten der Ex-WASG Verbündete. Diese Phalanx bekämpft alle tatsächlichen und vermeintlichen „liberalen“ Auswüchse in der Partei. Die Kommunisten in der „Linken“ werden auf-, die „Pragmatiker“ der alten PDS, die für eine demokratische Entwicklung stehen konnten, abgewertet.¹²¹

Nicht zu Unrecht befürchten viele „Reformer“, der wegen seines autoritären Führungsstils nicht allzu beliebte Lafontaine könnte „Die Linke“ in eine reine Protestorganisation verwandeln – und in die strikte Gegnerschaft zu seiner alten Partei SPD treiben. Zudem scheint sich in der „Linken“ nun der Habitus „Opposition um der Opposition willen“ zu festigen. Wie den „orthodoxen“ Kräften war den aus der WASG stammenden Aktivisten die als „neoliberal“ verdammte Regierungspolitik der PDS schon immer ein Dorn im Auge. Die „parlamentarische Arbeit“, heißt es nun, sei so zu „gestalten, dass sie der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften der ‚Linken‘, der öffentlichen Darstellung eigener Reformvorschläge und dem

Einbringen alternativer Gesetze“¹²² diene. Die Mobilisierung außerparlamentarischen Widerstands, der in der PDS sachte in den Hintergrund gerückt war, scheint wieder zu höheren Weihen zu kommen.

„Die Linke“ hat sich programmatisch noch nicht konsolidiert. Die so genannten „Eckpunkte“ sind ein Provisorium, ein Steinbruch an Forderungen der WASG und der PDS. Analog zu deren Vorstellungen ordnet „Die Linke“ den Freiheitsbegriff ebenso wie die Menschenrechte politischen Bedingungen unter. Alles in allem gibt sich das Grundsatzpapier antikapitalistischer und radikaler als das Chemnitzer PDS-Programm, was „Sozialistische“ und „Antikapitalistische Linke“ ausdrücklich begrüßten. Populistische Forderungen verdrängten realistische Konzepte der PDS, etwa zur Steuerpolitik. Die Feststellung, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei „das größte Gegengewicht“ zu den „zerstörerischen Tendenzen des ungehemmten kapitalistischen Marktes“¹²³ weggefallen, liegt nahe an der alten SED-Ideologie des Systemantagonismus, welche die PDS eigentlich hinter sich lassen wollte. Auf dem Vereinigungsparteitag der „Linken“ überboten sich die Vorsitzenden Lafontaine und Lothar Bisky mit Parolen wie: „Wir stellen die Systemfrage!“ Nur die Unverblümtheit dieser Worte überrascht.

Noch steht nicht fest, wohin die Partei programmatisch treibt – zu einer sozialistischen Richtungspartei oder zu einer linken Sammlungs- und Protestorganisation? In jedem Fall werden diejenigen einen schweren Stand haben, die sich einer pragmatischen Politik verschrieben haben. Insgesamt verfolgt „Die Linke“ kein offen extremistisches Projekt, ist aber in wichtigen Teilen angesichts ihrer Haltung zu demokratischen Grundwerten, der fehlenden Abgrenzung zu Extremisten und der fundamentalen Systemgegnerschaft nicht über alle Zweifel an ihrer demokratischen Orientierung erhaben. Schlägt man einen Bogen zur SED, treten neben Elementen des Wandels ebenso deutlich Indizien der Beharrung zu Tage.

¹²² Programmatische Eckpunkte, in: Disput, (2007) April, S. 45.

¹²³ Ebd., S. 35.

¹²¹ Vgl. E. Jesse/J.P. Lang (Anm. 3), S. 97–108.

Rachid Ouaiassa

Der Aufstieg islamistischer Parteien

Der Aufstieg sozial-religiöser politischer Bewegungen in islamisch geprägten Ländern und ihr Wandel zu mehrheitsfähigen, relativ breiten Volksparteien wird in der populären, aber auch in der Fachliteratur häufig mit Vorbehalten, ja mit Ängsten aufgenommen. In der Literatur werden oft nur die Gewaltbereitschaft solcher Bewegungen, ihre Rückständigkeit, ihr reaktionäres Verhalten

Rachid Ouaiassa

Dr. rer. pol.; geb. 1971 in Algerien; Gastprofessor für „Politik des Nahen und Mittleren

Ostens“ am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Institut für Politikwissenschaft an der Universität

Leipzig, Beethovenstraße 15,

04107 Leipzig.

ouaiassa@uni-leipzig.de

und ihr Hass auf „den Westen“ betont, vor allem aber werden diese Bewegungen als eine Art politisches Novum dargestellt. In der Debatte dominieren trotz relativ breiter Themenwahl und disziplinärer Vielfalt auch in der wissenschaftlichen Literatur modernisierungstheoretische und kulturzentrierte Ansätze.¹ Dabei ist die Politisierung von religiösen und/oder ethnischen Werten bzw. der Rückgriff auf tradierte Kulturbestände, um politische und ökonomische Ziele zu erreichen, nicht typisch für den Islam und schon gar nicht für die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (MENA),² wie die Geschichte Europas dokumentiert.

Aus islamistischen Bewegungen entstanden inzwischen in vielen Ländern politische Parteien mit modernen Strukturen und Arbeitsstilen. Die Forschung über islamistische Parteien steckt indes noch in den Anfängen. Bisher werden islamistische Parteien in der westlichen Literatur meist nicht als politische Parteien wahrgenommen, sondern mit terroristischen bzw. extremistischen Organisationen und gewaltbereiten Gruppierungen gleichgesetzt. Dabei gehören sie seit einigen

Jahren zur Realität bzw. gar zur Normalität in der politischen Landschaft der arabisch-islamischen Welt. Von Marokko bis Indonesien stellen sie große Fraktionen in den Nationalparlamenten, sitzen in wichtigen Ausschüssen und sind sogar – wie die MSP (*Mouvement pour la Société de la Paix*/Bewegung für eine Friedliche Gesellschaft) in Algerien – an Regierungskoalitionen beteiligt. Längst schmieden sie politische Allianzen mit anderen Oppositionsparteien in der Innenpolitik und fungieren somit als potentielle Ansprechpartner für den Westen – wäre nicht das Gespenst des 11. September 2001.

Islamistische Bewegungen

Die heutigen islamistischen Parteien sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen, etappenweise fortschreitenden Transformation sowohl der so genannten islamistischen Bewegungen als auch struktureller Faktoren der politischen Systeme der MENA-Region. Als Untergrundorganisationen mit einer relativ begrenzten Anzahl an Militanten waren die islamistischen Organisationen in den 1950er und 1960er Jahren nach der Machtübernahme nationalistischer Bewegungen in Moscheen und studentischen Milieus verankert. Erst Anfang der 1980er Jahre konnten die so genannten fundamentalistischen Bewegungen nach dem Scheitern der auf staatlichen Rentenzahlungen aufgebauten Entwicklungsmodelle und mit der einsetzenden Legitimitätskrise der säkular-nationalistischen Eliten breitere Gesellschaftsschichten für sich mobilisieren. Diese Bewegungen rekrutierten sich überwiegend aus Mitgliedern der Mittelschicht,³ eine frühere und meist auch organische Klientell⁴ der Staatsklasse, die sich nun bei ihrem gesellschaftlichen Aufstieg blockiert sahen.

¹ Vgl. z. B. Sigrid Faath/Hanspeter Mattes, Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie? Algeriens Dilemma im Umgang mit dem islamischen Fundamentalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1992) 3, S. 281–289.

² MENA: *Middle East and North Africa*.

³ Vgl. Asef Bayat, Revolution without Movement, Movement without Revolution: Comparing Islamic Activism in Iran and Egypt, in: Society for Comparative Study of Society and History, 40 (1998) 1, S. 157; Richard Paul Mitchell, The society of the Muslim Brothers, New York 1993, S. 329 f.

⁴ Vgl. Hartmut Elsenhans, Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt/M. – New York 1984, S. 165–192.

Gerade aufgrund der Entwicklungswege der 1960er und 1970er Jahre waren in vielen arabischen Rentierstaaten breite Mittelschichten entstanden. Neben der direkten Kooptation in die Staatsklasse durch verschiedene Aufstiegskanäle wie die Massenorganisationen, die herrschenden Parteien oder die Bürokratie bot der riesige öffentliche Sektor soziale Aufstiegsmöglichkeiten. Mit Hilfe der Erdölerlöse erzielten die Staatsführungen beachtliche soziale Fortschritte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, Lohnsteigerungen, Kaufkraftsteigerungen, niedrige Preise für Konsumgüter durch staatliche Subventionen und ein kostenloses Gesundheits- und Schulsystem erhöhten den Lebensstandard und den Wohlstand der breiten Bevölkerung. Durch Rentenakkumulation und Rentendistribution gewann der Staat ein hohes Maß an Autonomie gegenüber der Gesellschaft und band zugleich diverse Gruppen der Gesellschaft klientelistisch an sich. Durch die auf der politisch motivierten Rentendistribution fußende Sozialpolitik konnte die herrschende Klasse alle gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bereiche an sich binden und dadurch die für den sozialen Aufstieg nötigen „Kapitalsorten“ determinieren.¹⁵ Es gab nur einen Islam, nämlich den offiziellen. Das gleiche galt für die Sprache und das gesamte kulturelle Leben.

Das Scheitern der Entwicklungsmission durch den Niedergang der staatlichen Renten ab Anfang der 1980er Jahre führte zur Diskreditierung der nationalistisch-laizistischen Diskurse. Die Legitimitätskrise der herrschenden Klassen sowie die veränderten internationalen Umstände führten zur so genannten politischen und ökonomischen Öffnung (*Infitah*) in den meisten Ländern der MENA-Region. Die beiden oft euphorisch und verfrüht als Demokratisierung und Liberalisierung bezeichneten Strategien gelten jedoch eher als das, was Naomi Chazan¹⁶ als *survival strategies* beschreibt.¹⁷ Dagegen

¹⁵ Vgl. Pierre Bourdieu, *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt/M. 1998.

¹⁶ Vgl. Naomi Chazan, *Patterns of State-Society Incorporation and Disengagement in Africa*, in: D. Rothchild/dies. (Hrsg.), *The Precarious Balance: State and Society in Africa*, Boulder, Col. 1988, S. 122.

¹⁷ Vgl. Rachid Ouassa, *Die Dynamik der Staatsklasse in Zeiten niedriger Renten am Beispiel Algerien*, in: Martin Beck et. al. (Hrsg.), *Der Nahe Osten im Umbruch – Zwischen Transformation und Autoritarismus*, Wiesbaden (i. E.).

scheiterte die Übernahme marktradikaler Strategien¹⁸ im Zuge der Umsetzung von IWF-Maßnahmen durch die Staatsklasse am Widerstand der Mittelschichten, die sich wegen des Marktversagens einem veränderten Marktinterventionismus, einer *moral economy*, unter nationalistischen und staatsorientierten Vorzeichen zuwandten.¹⁹

Unter diesen Umständen boten sich der Islam bzw. die Ethnie und Identität (z. B. die Berberbewegung in Nordafrika) als neue Kanäle sozialen Protests an. Soziologisch¹⁰ handelte es sich überwiegend um städtische Bewegungen, die ihre Anhänger selten aus ländlicher, rückständiger, armer und analphabetischer Bevölkerung rekrutierten. In der Literatur über islamistische Bewegungen ist die Rede von einer „Koalition der Verlierer“, die sich aus Segmenten der Bourgeoisie, proletarisierten Staatsangestellten, dem Industrieproletariat, unterbeschäftigten Intellektuellen, Notabeln bzw. Angehörigen der Oberschicht, Agrarkapitalisten und Studenten zusammensetzt.¹¹

Zurecht weist Gilles Kepel¹² darauf hin, dass der Erfolg und das Geschick der Islamisten nicht in der Mobilisierung und Einbindung der Unterschichten liegt, sondern vielmehr in der Fähigkeit, eine Synthese zwischen den Unterschichten und den aufsteigenden (frommen) Mittelschichten herzustellen. Denn die Islamisten pflegen einen radikalen Diskurs, der die frustrierten

¹⁸ Vgl. Joel Beinin, *The Working Class and Peasantry in the Middle East: From Economic Nationalism to Neoliberalism*, in: *Middle East Report*, 210 (1999), S. 18–22.

¹⁹ Vgl. Herta Müller, *Marktwirtschaft und Islam: Ökonomische Entwicklungskonzepte in der islamischen Welt unter besonderer Berücksichtigung Algeriens und Ägyptens*, Baden-Baden 2002.

¹⁰ Vgl. Domenico Losurdo, *Was ist Fundamentalismus?*, in: *Marxistische Blätter*, 7 (2002), S. 8; Nilufer Narli, *The Rise of the Islamist Movement in Turkey*, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), *Revolutionaries and Reformers. Contemporary Islamist Movements in the Middle East*, Albany, N.Y. 2003, S. 125–140.

¹¹ Vgl. Abdennasser Djabi, *Al Intikhabat. Eddawla oua El Mujtamaâ (Les élections, l'Etat et la société)*, Algier 1998; N.M. Ayubi, *The Political Revival of Islam: The Case of Egypt*, in: *Middle East Studies*, 12 (1980), S. 481–499; Gudrun Krämer, *Ägypten unter Mubarak: Identität und nationales Interesse*, Baden-Baden 1986, S. 106.

¹² Vgl. Gilles Kepel, *Jihad Expansion et Déclin de l'Islamisme*, Paris 2000, S. 9.

Unterschichten mobilisiert, und propagieren gleichzeitig mittelschichtorientierte Wirtschaftsprogramme, die deren sozialen Aufstieg ermöglichen sollen.¹³ Während sich die Mittelschichten erhofften, durch ihre Integration in die Bewegung die Regierenden zu Reformen zu zwingen, hielten die Unterschichten die Herrschenden für korrupt und bestanden auf ihrer Beseitigung, notfalls mit Gewalt.¹⁴ Auch die Verhaltensstrategien dieser Bewegungen, zwischen moderat und radikal, hängen von der Machtbalance der beiden Schichten innerhalb der Bewegungen und von der Fähigkeit der Mittelschichten, die Unterschichten zu disziplinieren, ab. Somit wird auch die Macht der beiden Flügel, moderat und radikal, davon beeinflusst, welche Strategien der Staat anbietet, um breitere gesellschaftliche Schichten an sich zu binden. Diese Strategien sind wiederum von den staatlichen finanziellen Spielräumen, folglich von der Rente, abhängig.

Gerade wegen der politischen und soziologischen Heterogenität ihrer Anhängerschaft und den daraus resultierenden diametral entgegengesetzten politischen Erwartungen der beiden gesellschaftlichen Schichten können sich solche Bewegungen nur schwer wie eine moderne politische Partei organisieren und sind deswegen zum Scheitern bzw. zur Spaltung verurteilt. Zugleich scheint gerade nach den Bürgerkriegserfahrungen in Algerien und Ägypten – wobei die Fälle Palästina und Libanon aus anderen Gründen eine Ausnahme bilden – Gewalt als Strategie islamistischer Bewegungen gescheitert zu sein.¹⁵ Der radikale Flügel der Bewegungen ist auf der nationalen Ebene militärisch besiegt worden. Der moderate Flügel hingegen sieht Optionen in der politischen Partizipation durch Duldung und/oder Kooptation durch die Staatsklasse. Die Angehörigen der neuen Mittelschicht haben kein Interesse an einem Konflikt mit dem Staat und seinem Sicherheitsapparat, sondern erhoffen sich bessere Aufstiegsmög-

lichkeiten. Daher sind sie auch zum Konsens mit den herrschenden Eliten bereit.

Beispiele aus Asien zeigen, dass die Rolle dieser neuen Mittelschicht als Träger einer politisch-demokratischen Kultur umstritten und unsicher ist. In vielen Ländern haben sie sich mit den autoritären Regimen arrangiert. Die Angehörigen der neuen Mittelschichten haben kein großes Interesse an einer demokratischen Entwicklung, sondern vielmehr an einer staatlich gelenkten Kapitalisierung. Ihren Aufstieg und ihren Status sehen sie in der Stärkung staatlicher Aufgaben.¹⁶ Die neuen Mittelschichten erhoffen sich einen Zugang zu den staatlichen, politischen Renten durch verschiedene Aufstiegsmöglichkeiten in der Bürokratie und dem Staatsapparat. So kam es zugleich zur Radikalisierung und Internationalisierung der islamistischen Bewegungen (*Al Qaida*) sowie zur Integration moderater islamistischer Parteien (MSP in Algerien, *El Wasat* in Ägypten).

Jedoch hängt der Wille zur Partizipation nicht allein von den islamistischen Parteien ab. Letzten Endes, trotz fast 20 Jahren kosmetischer Reformen in der MENA-Region, entscheiden immer noch die autoritären Regime darüber, welchen Akteuren der Zugang zum politischen System gewährt wird. Zwischen Integration, Exklusion und Inklusion verfolgen die Staaten der MENA-Region unterschiedliche Strategien in ihrem Umgang mit islamistischen Parteien.¹⁷

Islamistische Parteien: Wahlen, Programme und Strategien

Die islamistischen Parteien befinden sich seit einigen Jahren in einem intensiven Lern- und Transformationsprozess. Nach Wahlerfolgen bei den ersten freien und pluralistischen Wahlen in vielen Staaten der MENA-Region haben auch diese Parteien, zumindest auf lokaler Ebene, politische Verantwortung übernommen. Somit müssen sie nicht nur ihren

¹³ Vgl. Janine Clark, *Social Movement Theory and Patron-Clientelism. Islamic Social Institutions and the Middle Class in Egypt, Jordan, Yemen*, in: *Comparative Political Studies*, 7 (2004) 8, S. 941–968.

¹⁴ Vgl. Stephen C. Pelletiere, *A Theory of Fundamentalism: An Inquiry into the Origin and Development of the Movement*, Strategic Studies Institute, Carlisle 1995.

¹⁵ Vgl. Olivier Roy, *L'islam mondialisé*, Paris 2002.

¹⁶ Vgl. Thomas Schwinn, *Konvergenz, Divergenz oder Hybridisierung? Voraussetzungen und Erscheinungsformen von Weltkultur*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2006), S. 213.

¹⁷ Vgl. Holger Albrecht/Kevin Köhler, *Dimensionen des politischen Islam – Eine Einführung*, in: dies. (Hrsg.), *Politischer Islam im Vorderen Orient. Zwischen Sozialbewegungen, Opposition und Widerstand*, Baden-Baden 2008, S. 19.

Wählern, sondern auch den Medien Rede und Antwort stehen.¹⁸ Islamistische Parteien pflegen zwar weiterhin einen populistischen Diskurs, jedoch sind sie längst von der Realpolitik eingeholt worden. Inzwischen wissen auch die Kader dieser Parteien, dass es keine Patentrezepte für gesellschaftliche und sozio-ökonomische Probleme gibt, etwa nach dem Motto *al-Islam huwa al-Hall*, der Islam ist die Lösung. Somit sind sie nicht nur gezwungen, Wahlprogramme vorzulegen, sondern diese auch in öffentlichen Diskussionen zu verteidigen, wie der Fall Ägypten zeigt.¹⁹ Zudem sind selbst Stammwähler dieser Parteien kritischer geworden. Rhetorische oder religiöse Qualitäten allein sind nicht mehr ausreichend für eine gute Platzierung auf der Kandidatenliste.²⁰ Auch die Präsenz in den Medien und in modernen Kommunikationsräumen wie dem Internet ist eine Kompetenz, die sich islamistische Parteien im Zuge der Parteienkonkurrenz angeeignet haben, wie Ivesa Lübben für die Muslimbrüder in Ägypten beschreibt: „Keine Organisation (. . .) hat auch nur eine annähernd vergleichbare Internetpräsenz, hat mehr Chatrooms und Websites als die Muslimbruderschaft.“²¹

Zugleich vollzieht sich durch den Einzug in die Nationalparlamente eine Institutionalisierung und Modernisierung der Parteistrukturen. Durch die Teilnahme an Parlamentsausschüssen und parlamentarischen Arbeitsgruppen lernen die Abgeordneten islamistischer Parteien nicht nur mit ideologischen Gegnern (etwa Nationalisten und Kommunisten) zusammenzuarbeiten, sondern auch, auf unterschiedlichen Politikfeldern ökonomisch und politisch und nicht religiös zu argumentieren. Dieser Lernprozess schlägt auf die innerparteilichen Debatten und die Streitkultur durch und führt zur „Deradikalisierung“ und Professionalisierung.²² Die Beispiele der algeri-

schen MSP und der marokkanischen PJD (*Parti de la Justice et du Développement*) zeigen, dass sich islamistische Parteien mit einer längeren parlamentarischen Tradition zunehmend von den pyramidal-hierarchischen Parteistrukturen und von charismatischen Führungspersönlichkeiten trennen.²³ In islamistischen Parteien etablieren sich nach und nach innerparteiliche Demokratie mit programmatischer Ausrichtung und die dazu gehörigen Flügelkämpfe. Die Kandidaten für den Parteivorsitz müssen, wie die letzten Parteitage der MSP und PJD zeigten, um die Zustimmung der Mitglieder werben und sich einer harten innerparteilichen Konkurrenz stellen. An der Führungsspitze der Parteien ist der Trend zu erkennen, dass sich zunehmend eine technokratische Elite auf Kosten der alten religiösen durchsetzt. Für diese neue Elite ist die Partizipation an Wahlen und die Präsenz in Parlamenten zur höchsten Prioritäten geworden. Damit gewinnen islamistische Parteien zunehmend an Autonomie gegenüber ihren konservativen Mutterorganisationen.

Die Partizipation am politischen Wettbewerb ist mit politischen Kosten verbunden. Die islamistischen Parteien scheinen in ein „Partizipationsdilemma“ geraten zu sein: Durch ihre Kooptation nehmen sie es in Kauf, bei den Marginalisierten der Gesellschaft, einem wichtigen Teil ihrer Anhängerschaft, an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Erfahrungen islamistischer Parteien in Marokko, Algerien, Jordanien und im Jemen zeigen, dass die Parteien durch solche Prozesse schwächer und nicht stärker geworden sind. Auch die politische Einflussnahme, die sich solche Parteien durch die Präsenz in den Parlamenten oder durch die Beteiligung an Regierungskoalitionen versprochen haben, entpuppt sich oft als unrealistisch. Die Parteien sehen ihre Rolle nun häufig als Wächter der islamischen Moral und beschränken sich auf die Durchsetzung einiger eher kosmetischer Gesetze, etwa des Verbots der Ausstrahlung der so genannten „Star Akademie“²⁴ in Algerien und Kuwait.

¹⁸ Vgl. John L. Esposito/Mohammed A. Muqtadar Khan, Religion and Politics in the Middle East, in: Deborah J. Gerner (Hrsg.), Understanding the contemporary Middle East, Boulder, Col. 2000, S. 319–343.

¹⁹ Vgl. Ivesa Lübben, Die ägyptische Muslimbruderschaft – Auf dem Weg zur politischen Partei? in: H. Albrecht/K. Köhler (Anm. 17), S. 75–97.

²⁰ Interviews des Autors mit Gird Fath, Abgeordneter der MSP, Algier, Februar 2007.

²¹ I. Lübben (Anm. 19), S. 84.

²² Vgl. Mona El-Ghobashy, The Metamorphosis of the Egyptian Muslim Brothers, in: International Journal of Middle East Studies, 37 (2005) 3, S. 373–395.

²³ Vgl. Eva Wegner, The Contribution of Inclusivist Approaches Towards the Islamist Opposition to Regime Stability in Arab States: The Case of the Moroccan Parti de la Justice et du Développement. Working Paper RSCAS, European University Institute, San Domenico, Nr. 42 (2004).

²⁴ Diese TV-Show ähnelt der Unterhaltungssendung „Deutschland sucht den Superstar“. Sie wird im Libanon produziert und in die arabische Welt ausgestrahlt.

Gewollt oder ungewollt sind islamistische Parteien längst zur Hauptsäule der autoritären Regime geworden. Durch ihre so genannte „kritische“ Partizipation verleihen sie den Regimen Legitimation und verhindern die Entstehung eines schlagkräftigen Oppositionsblocks. Weiterhin profitieren die ins Parlament gewählten Mitglieder islamistischer Parteien direkt und indirekt von der staatlichen Rentenvergabe und von diversen anderen Begünstigungen, etwa der Vergabe von Importlizenzen. Die Gehälter von Abgeordneten sind in diesen Ländern unverhältnismäßig hoch. Inzwischen verfolgen auch viele Mitglieder islamistischer Parteien vor allem ihre Geschäftsinteressen und sind in Korruptionsaffären verstrickt.

Moderate Islamisten als Partner für Europa?

Die Außenpolitik Europas gegenüber der arabisch-islamischen Welt basiert spätestens mit der im Jahre 1995 in Barcelona initiierten Euro-Mediterranen Partnerschaft (EUROMED) auf den beiden Säulen Demokratisierung und Marktwirtschaft. Das Ziel Europas ist die Schaffung einer Zone des Friedens, der Sicherheit und der Prosperität an seiner Peripherie durch den Export von Demokratie und Marktwirtschaft. Jedoch scheint diese Strategie, wie der Ausgang dieses so genannten Barcelona-Prozesses zeigt, weitgehend gescheitert zu sein.²⁵ Einer der Hauptgründe scheint in den mangelnden Ambitionen der herrschenden Eliten der Staaten südlich des Mittelmeers bei der Vollendung des Projekts zu liegen, da die Umsetzung der Demokratieförderung der EU nur auf Kosten der Machthaber im Süden erfolgen kann. Auch die von der EU vorgesehene Stärkung der Zivilgesellschaft wird dort zum Teil als Plan zur Entmachtung der herrschenden Eliten verstanden.²⁶

Es drängt sich die Frage auf, ob islamistische Parteien als Partner für die EU in Frage kommen, um die oben beschriebenen Ziele

der EU zu realisieren. Wie stehen islamistische Parteien Demokratie und Marktwirtschaft gegenüber? Eine Analyse der Parteiprogramme ergibt, dass islamistische Parteien zwar Marktöffnung fordern und die staatsinterventionistische Vergeudung von Ressourcen kritisieren, dem Staat aber weiterhin eine wichtige Rolle zuweisen, insbesondere in den Außenwirtschaftsbeziehungen, wo sie am Argument erlittener kolonialer Ausbeutung festhalten.

Die Texte dieser Parteien entwickeln sich von einer kulturalistisch gefärbten Beschreibung von Prinzipien der *moral economy* zu einer pragmatischen Darstellung von Politiken, die Markt und Plan unter den Bedingungen der Globalisierung mit dem Schutz der nationalen Wirtschaft vor Importkonkurrenz und der Förderung von Exportmöglichkeiten verbinden, von denen Beschäftigung und technologische Entwicklung erwartet werden. Die Parteien plädieren in ihren Programmen für größere Spielräume für den Privatsektor bei gleichzeitiger Verstärkung des Wohlfahrtsstaates und verurteilen Verschwendung und Korruption. Sie sind gegen Planwirtschaft, sprechen sich aber nicht etwa für die Abschaffung des öffentlichen Sektors, sondern für seine Regulierung durch den Staat aus. Islamistische Parteien lehnen einen „wildem“ Kapitalismus ab,²⁷ lassen jedoch Raum für Privatbesitz. Sie sprechen sich gegen einen starken Staat und staatliche Einmischung aus, wobei sie die Rolle des Staates bei der Organisation des Wirtschaftssystems betonen. Moderate Islamisten plädieren außerdem für eine soziale Marktwirtschaft nach europäischem Vorbild.

Diese programmatische Ausrichtung ist strukturell bedingt. Da die Angehörigen der neuen Mittelschichten die Hauptklientel islamistischer Parteien ausmachen, sind auch die wirtschaftlichen Programme auf die Mittelschicht ausgerichtet.²⁸ Ironischerweise sind es Islamisten, die am stärksten den Vereinbarungen des Washingtoner Konsenses, ein von IWF und Weltbank propagiertes Konzept

²⁵ Vgl. die Beiträge in APuZ, Barcelona-Prozess, (2005) 45.

²⁶ Vgl. Muriel Asseburg, Demokratieförderung in der arabischen Welt – hat der partnerschaftliche Ansatz der Europäer versagt? in: Orient, 46 (2005) 2, S. 272–290.

²⁷ Vgl. Abdallah Djaballah, *Shar'iyyat al-Amal as-siyasi* (Legitimation der politischen Arbeit), Algier 2002.

²⁸ Vgl. Janine Clark, *Islam, Charity, and Activism. Middle-Class Networks and Social Welfare in Egypt, Jordan, and Yemen*, Bloomington 2004.

von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, das u. a. Leitlinien zur Haushaltsdisziplin, zur Senkung der Steuersätze und zur Liberalisierung des Handelspolitik enthält, verpflichtet sind.¹²⁹ Die Rolle des Staates wird dabei überwiegend in der Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen gesehen.¹³⁰

Zur Frage nach dem Verhältnis von moderaten islamistischen Parteien zur Demokratie bzw. zur Frage der Vereinbarkeit von Demokratie und Islam ist eine Fülle an wissenschaftlicher Literatur vorhanden. Dabei kommen die Autoren zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen, die von Kompatibilität bis zur Unverträglichkeit von Islam und Demokratie reichen.¹³¹ Dies scheint einerseits der Tatsache geschuldet zu sein, dass es an empirischem Datenmaterial mangelt, zum anderen mag es auch an einer gewissen Vorsicht liegen, die eine Reihe von Autoren an den Tag zu legen scheinen, wenn sie über den – zugegebenermaßen – interpretierbaren Begriff der Demokratie im Verhältnis zu politischen Grundeinstellungen islamistischer Parteien schreiben.

Tatsache ist, dass islamistische Parteien Demokratie aus strategischen und/oder Überzeugungsgründen in ihren Programmen fest verankert haben. Sie tendieren immer mehr dazu, Förderer und Forderer der Demokratie zu sein. Dabei wird Demokratie aber nicht als westliches Produkt verstanden, sondern oft auf ihre technische Seite reduziert. Islamistische Parteien treten für mehr Transparenz und für die Etablierung und Einhaltung demokratischer Spielregeln ein. Durch die Einbindung in das parlamentarische und bürokratische System lernen die Parteien nationale Interessen in den Vordergrund zu stel-

len und ihre Ideologie hintanzustellen. Darüber hinaus ist ein wachsender Pragmatismus im Verhalten moderater islamistischer Parteien bei der Handhabung politischer Probleme sowie eine zunehmende Bereitschaft zur Kooperation mit säkularen Akteuren festzustellen.¹³²

Auch in Bezug auf Kontakte mit der für die EU sowie die Agenturen der Entwicklungspolitik so wichtigen Zivilgesellschaft ist es mittlerweile nicht mehr zu bestreiten, dass islamistische Parteien auf Grund ihrer „Volksnähe“ gute Beziehungen zu diversen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen pflegen.¹³³ Aufgrund der ökonomischen und politischen Programme könnten moderate islamistische Parteien also geradezu als perfekte Partner für den Westen gelten, um Frieden in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas zu schaffen.

Dabei gibt es auf Seiten islamistischer Parteien – auch nach den Erfahrungen von Hamas in den Palästinensischen Gebieten nach ihrem Wahlerfolg und der widersprüchlichen Haltung des Westens – zunehmend Skepsis gegenüber der Frage, ob „der Westen“ mit „Demokratie“ auch wirklich Demokratie meint.

¹²⁹ Vgl. Bradford Dillman, Globalization, Modernization, and the Islamic Salvation Front in Algeria, in: Mary Ann Tétreault/Robert A. Denemark (Hrsg.), Gods, Guns and Globalization: Religious Radicalism and International Political Economy, Boulder, Col. 2004, S. 153–189.

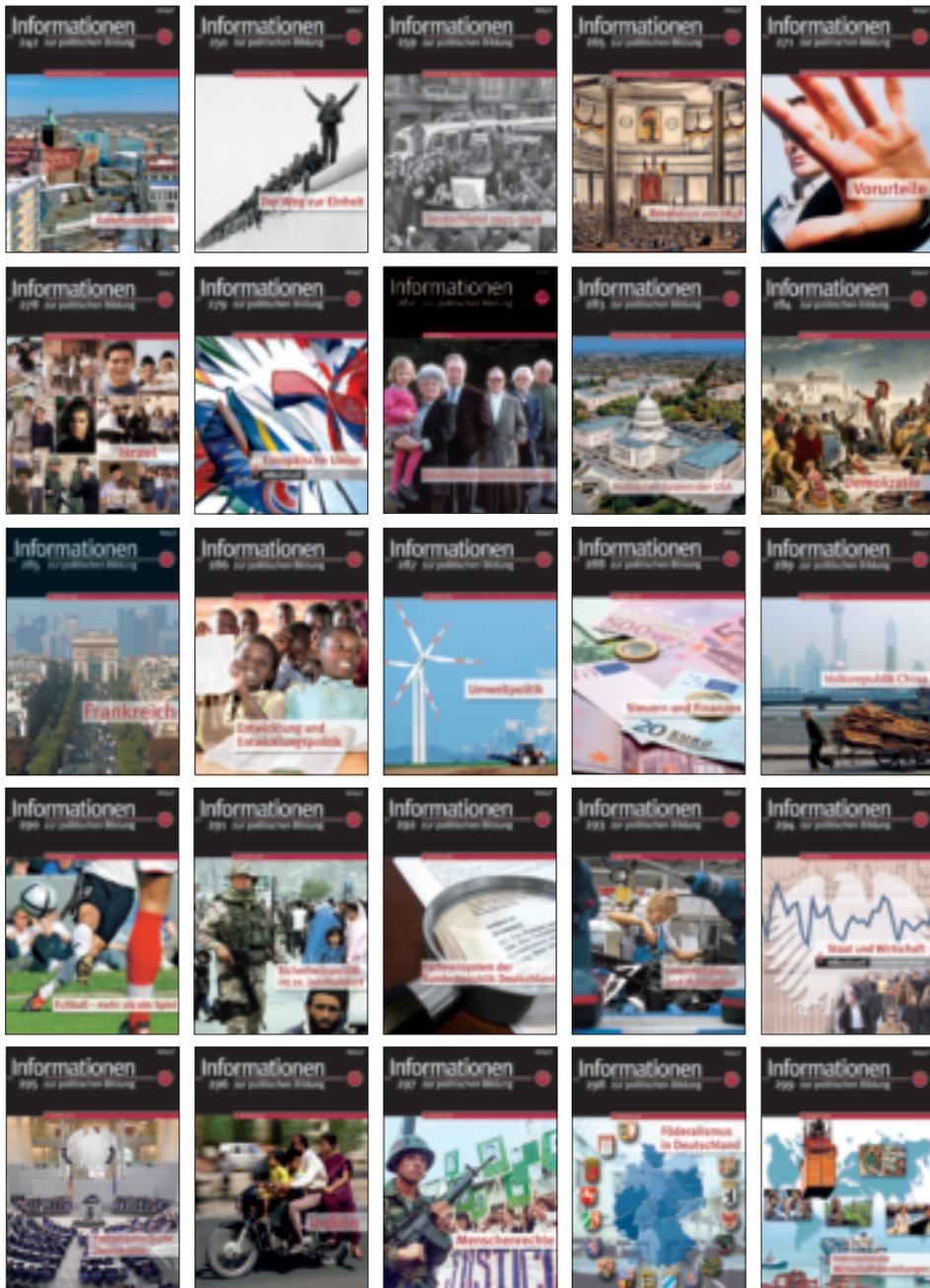
¹³⁰ Vgl. Herta Müller, Wider den Souveränitätsverlust des Staates im Globalisierungsprozeß. Islamisierung als regionale Entwicklungsstrategie, in: Peter Gärtner (Hrsg.), Staatlichkeit im Epochenbruch? Antworten aus der Perspektive des Südens und Ostens, Hamburg 2001, S. 92 f.

¹³¹ Vgl. Carlos Garcia-Rivero/Hennie Kotze, Electoral Support for Islamic Parties in the Middle East and North Africa, in: Party Politics, 13 (2007) 5, S. 611–636.

¹³² Vgl. Ray Takeyh, The Lineaments of Islamic Democracy, in: World Policy Journal, 18 (2001) 4, S. 59–67; Graham E. Fuller, Islamists In The Arab World: The Dance Around Democracy, Carnegie Paper, Washington, D.C., Nr. 49 (2004).

¹³³ Vgl. Yahia H. Zoubir, State and Civil Society in Algeria, in: dies. (Hrsg.), North Africa in transition: state, society, and economic transformation in the 1990s, Gainesville, FL 1999, S. 29–42.

... besser, man hat sie alle!



Unsere Antwort auf Wissenslücken: Die Informationen zur politischen Bildung.
Recherchieren und bestellen: www.bpb.de/publikationen

APuZ

Nächste Ausgabe 48/2008 · 24. November 2008

Polizei

Bernhard Frevel

Polizei, Politik und Wissenschaft

Carsten Dams

Die Polizei in Deutschland 1945–1989

Michael Bäuerle

Polizeirecht in Deutschland

Hermann Groß

Deutsche Länderpolizeien

Martin H. W. Möllers · Robert Chr. van Ooyen

Bundeskriminalamt, Bundespolizei und „neue“ Sicherheit

Wilhelm Knelangen

Europäisierung und Globalisierung der Polizei

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Extremistische Parteien *APuZ* 47/2008

Richard Stöss

- 3-7 **„Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?**
Die Erklärungskraft des Parteityps „extremistische Parteien“ ist gering, weil damit Parteien erfasst werden, die sich in den meisten Merkmalen deutlich unterscheiden.

Eckhard Jesse

- 7-11 **„Extremistische Parteien“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?**
Die Frage nach den Erfolgsbedingungen extremistischer Parteien vermittelt aufschlussreiche Erkenntnisse über die Gefährdungen des demokratischen Verfassungsstaates.

Cas Mudde

- 12-19 **Radikale Parteien in Europa**
Die größte Herausforderung für die europäischen Liberaldemokratien bildet heute die radikale Rechte, insbesondere der radikale Rechtspopulismus. Das 21. Jahrhundert könnte zur Epoche des politischen Radikalismus werden.

Armin Nolzen

- 19-26 **Die NSDAP vor und nach 1933**
Von 1929/30 an wuchs die NSDAP von einer Splitterpartei zur Massenbewegung, in deren Apparaten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nahezu zwei Drittel der deutschen Bevölkerung organisiert waren.

Luke March

- 26-33 **Die Kommunistische Partei in der Sowjetunion und in Russland**
Der Aufsatz untersucht die Entwicklung der KPdSU zu ihrer Nachfolgerin, der KPRF, und beschreibt den Extremismus beider. Die KPRF unterscheidet sich stark von ihrer Vorgängerin.

Jürgen P. Lang

- 34-39 **Wandel und Beharrung: SED und PDS**
Jahrzehntelang hatte die SED die Diktatur aufrechterhalten. Als PDS etablierte sich die Partei in einer freiheitlichen Demokratie, ohne jedoch deren Werte und Prinzipien grundsätzlich anzuerkennen.

Rachid Ouaiassa

- 40-45 **Der Aufstieg islamistischer Parteien**
Die islamistischen Parteien befinden sich in einem Partizipationsdilemma. Die Struktur ihrer sozialen Basis führt zur zunehmenden Mäßigung und Professionalisierung. Zugleich verlieren sie Zustimmung und Verhandlungsmacht.